



Ronald Reagan war einer der Besten
Mein persönlicher Rückblick auf den Mann, der mir die Freiheit brachte
SEITE 4

Liste islamistischer Anschläge und Anschlagversuche in Deutschland 2000-2016

SEITE 14-15



Ein offener Brief an Kurt Beck, den Vorsitzenden des ZDF-Verwaltungsrates

SEITE 23



KOLUMNE DES HERAUSGEBERS
DR. R. KORENZECHER



Liebe Leserinnen und liebe Leser, kaum haben wir uns von dem Jahresbeginn 2017 erholt, da stehen uns in unserer schnelllebigen Zeit bereits neue Eindrücke und Ereignisse bevor, von denen viele unser Lebensgeschehen wesentlich beeinflussen werden.

Mit gewohntem Engagement und großer Schaffensfreude hat unsere Redaktion in dem anbrechenden Monat Februar für Sie, unsere Leser, bereits die zweite Ausgabe unserer Jüdischen Rundschau dieses Jahres vorbereitet und freut sich auf Ihren fortgesetzten Zuspruch und Ihre für unsere Arbeit unverzichtbaren Anregungen.

Zwischenzeitlich, am 20. Januar dieses Jahres, ist der Wechsel im Weißen Haus, im wichtigsten Amt der Welt, vollzogen worden. Die für die USA, die westliche Welt und für Israel überaus unglückliche und viel zu lange Doppel-Amtszeit des bisherigen Präsidenten Barack Hussein Obamas ist unwiderruflich zu Ende gegangen und wird sicher in der künftigen Geschichtsschreibung nicht annähernd so gut abschneiden, wie es uns die linksromantisierenden Bessermenschen, Israel-Delegitimierer und Islam-Appeaser jenseits und diesseits des Atlantik glauben machen wollen.

Auch wenn unsere Politik und unsere Medien dies in der Mehrzahl nicht einräumen mögen: Die Bilanz der Amtszeit Obamas, das Erbe und die Belastungen, die Obama dem neuen Präsidenten Donald J. Trump, Amerika und der Welt hinterlassen hat, sind in der Tat desaströs und fatal.

Hierzu gehören – um nur die wichtigsten zu nennen – die Gesinnungs-immanente Begünstigung der aggressiven Expansion der islamischen Welteroberungs-ideologie durch Islam-Affinität und Islam-Appeasement sowie die Gefährdung der physischen Existenz Israels und Destabilisierung des Weltfriedens durch den schändlichen Atomwaffen-für-Iran-Deal.

Seite 2 ►►

Österreich 3,70 €; Italien 3,70 €; Schweiz 4,60 CHF; Luxemburg 3,80 €; Belgien 3,90 €; Niederlande 4,50 €; Slowakei 4,50 €; Slowenien 35 KN



Deutsche Journalisten toben gegen Trump



Dr. Nikoline Hansen

Amerika hat gewählt und die Gemüter in großen Teilen der Welt sind beunruhigt. Insbesondere die Medien bemühen sich dem ausgerufenen postfaktischen Zeitalter alle Ehre zu bereiten und überstürzen sich in Kommentaren, in denen Weltuntergangsstimmung heraufbeschworen wird. Nun ist es sicherlich schwer zu akzeptieren, dass in der so genannten zivilisierten Welt, in der man sich nach außen erheblich darum bemüht Anstand zu zeigen, ein Mensch Präsident wurde, der viele Eigenschaften, die man mit Zivilisation, Fortschritt und eben Anstand verbindet, augenscheinlich nicht vorweisen kann. Höflichkeit scheint ihm ein Fremdwort zu sein. Frauen und Minderheiten scheint er Verachtung entgegenzubringen, und seine hervorragendste Eigenschaft ist es, die Hemdsärmel hochzukrempeln und zu agieren.

Darüber hinaus scheint er allerdings durchaus ein gewisses Charisma zu besitzen – denn auch wenn sein Wahlsieg dem amerikanischen Wahlsystem geschuldet ist, so hat er es doch verstanden, eine deutliche Anzahl von Wählern hinter sich zu vereinen. Dabei spielte neben seiner unnachahmlichen hemmungslosen Chuzpe, die er nicht nur in seinen privaten Geschäften, sondern auch im Wahlkampf an den Tag gelegt hatte, sicher auch die Hoffnung eine Rolle, die sein größtes Wahlversprechen war: „Make America great again“. Heißt auch: gib denen, die täglich um ein menschenwürdiges Leben kämpfen, eine Chance und belebe den alten Traum wieder, der einst hieß „vom Tellerwäscher zum Millionär“. Bekämpfe ein verfilztes

und korruptes politisches System, das über kurz oder lang jeden Staat in den Untergang treiben kann.

Es ist vielleicht nicht erstaunlich, dass die Wahl, deren Ausgang niemand so hatte kommen sehen wollen und der die überwältigende Mehrheit der deutschen Medien, Politiker und Bürger mit schmerzlicher Überraschung traf, da man Donald Trump für ein absurdes Faktum, das niemals Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika werden können würde, hielt – und ihn wohl nach wie vor für unfähig hält, dieses Amt zu bekleiden. Selbst nachdem er es geschafft hatte als Kandidat der Republikaner in die finale Runde des Wahlkampfes vorzudringen, wurde er belacht, als Witzfigur vorgeführt und wegen seiner uncharmanten direkten Art als untragbar lächerlich und damit unwählbar erachtet.

Der Schock war umso größer als sich dies als Irrtum entpuppte. Der deutsche Außenminister setzte ein erstes Zeichen, indem er die Gratulation verweigerte. Die deutschen Medien brachen in Panik aus, und in weiten Teilen der Bevölkerung kam es zu hysterischen Reaktionen. Besonders beliebt war die Befürchtung, dass eine der ersten Amtshandlungen des Präsidenten sein würde, „den roten Knopf“ zu drücken und einen Atomkrieg vom Zaun zu brechen. Ein ansonsten reflektierter Journalist einer der großen deutschen Printmedien schreibt eine Woche nach Amtsantritt:

„Wutausbrüche, Lügen vor der Presse, radikale Erlasse: Trump lässt sich von niemandem zähmen, selbst enge Berater verzweifeln. Der US-Präsident regiert wie ein Unterschriftenautomat – und hat noch große Pläne.“

Nun muss man sich fragen, ob jemand, der „sich von niemandem zähmen“ lässt, zugleich ein „Unterschriftenautomat“ sein kann – irgendjemand muss die Texte ja vorbereiten, und auch der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika regiert nicht alleine. Im Gegenteil, es sieht so aus als wisse er genau, was er dort unterschreibt; es ist extrem konservativ und lockt seine Gegner aus der Reserve. Insofern muss man sich auch fragen, weshalb durchaus verständliche Schritte wie die Ankündigung, künftig deutlich genauer hinzuschauen, wofür das Geld der amerikanischen Steuerzahler ausgegeben wird, nicht nur Empörung, sondern geradezu Panik hervorrufen – „30 Sekunden näher am Weltuntergang“ titelt die Münchner Abendzeitung.

Es ist vielleicht auch diese vehement gelegnete moralisch integre Grundüberzeugung, die Israel Hoffnung beschert. Denn eine der letzten Amtshandlungen Obamas, die Überweisung einer nicht unerheblichen Finanzspritze an die Palästinensische Autonomiebehörde, wurde von Trump sofort gestoppt. Alleine die Spekulation darüber, dass mit dem Amtsantritt Trumps die US-Botschaft nach Jerusalem verlegt werden könnte, hatte bereits zur Androhung von Gewalt seitens der „Palästinenser“ geführt – für den ehemaligen deutschen Außenminister Steinmeier ein Grund, diese Ankündigung Trumps in bewährter Manier als Provokation zu werten. Nun zeigt sich allerdings, dass Trump wohl zumindest für diesen Konflikt einen guten Berater an seiner Seite hat, auf die er sicher auch hören wird: es handelt sich schließlich um seinen Schwiegersohn.

GEORGES GOBET, AFP

◀◀ Fortsetzung von Seite 1

KOLUMNE DES HERAUSGEBERS DR. R. KORENZECHER

Als erhebliche Belastungen zu nennen sind auch der Flächenbrand und Verlust des westlichen Einflusses im Syrien-Krieg und dem gesamten Mittleren Osten, die unnötige Verschärfung des Ost-Europa-Konflikts und vor allem die vorwiegend betriebene Zerrüttung des traditionell wichtigen Verhältnisses zu dem verlässlichsten USA-Verbündeten Israel.

Noch am letzten Tag seiner nahezu irreparablen Schäden hinterlassenden Amtszeit hat B. Hussein Obama noch versucht am frühen Morgen des 20. Januar, nur wenige Stunden vor der Verabschiedung Präsident Trumps, diskret und gegen den Willen des Kongresses in einer persönlichen spendablen Geste der „Palästinensischen“ Autonomiebehörde 221 Millionen Dollar zu überweisen. Schon kurz zuvor hatte Obama, ebenfalls ohne Zustimmung des US-Kongresses 250 Mio. Dollar an die Autonomiebehörde überwiesen.

Dabei verwendet diese – wie der Obama-Administration bekannt war – gemeinsam mit anderen Subventionen auch aus der EU das Hilfgeld, um ihren „Martyrer-Fonds“ zu unterhalten. Dieser hat den Zweck „die Familien gefangener Islam-Terroristen und von Selbstmordattentätern zu finanzieren“.

Auch Obama war klar, dass diese Politik der „Belohnung für das Töten“ die von Obamas Anti-Israel-Politik finanzierte Behörde der arabischen Usurpatoren von Judäa und Samaria eindeutig für die Liste der Sponsoren des Terrorismus qualifiziert und daher nach Auflagen des amerikanischen Kongresses nicht finanziert werden durfte. Außer zur Zeit der Präsidentschaft Obamas, dessen in seiner Person begründete Abneigung gegen Israel keine Mäßigung kannte, hatten die übrigen US-Präsidenten derartige Verbote des Kongresses stets respektiert. Dieses Mal konnte der neue Präsident Trump noch das Schlimmste verhindern und die Zahlung Obamas in letzter Minute verhindern, mit der neue Anschläge und neuer Terror gegen Israel hätte finanziert werden können.

Mit der sofortigen Blockade der Terror-Finanzierung Obamas durch Donald Trump gibt es guten Anlass zur Hoffnung, dass der neue, vom amerikanischen Volk gewählte und nunmehr inaugurierte Präsident Donald J. Trump für den Beginn einer neuen Ära und eine fundamentale Umkehr der Obama-Politik nicht zuletzt auch gegenüber Israel steht.

Für die Sprecher und Moderatoren unserer Nachrichtensendungen und Politmagazine ist der politische Super-GAU eingetreten und sie werden nicht müde, in ihren missbrauchten von uns pflicht-finanzierten Sendungen täglich Scharen von amerikanischen Trump-Gegnern und enttäuschten Clinton-Wählern aufzuspüren, um uns in schwärzesten Farben die bevorstehende Apokalypse an die Wand zu malen, die auch vor persönlichen Beleidigungen Trumps durch unsere Politiker nicht Halt machen.

„Donald Trump hat nicht alle Tassen im Schrank“, ereifert sich während einer Klausurtagung seiner Fraktion unter Überschreitung jeder diplomatischen und Höflichkeits-gebotenen Verhaltensnorm der Fraktionsvorsitzende Thomas Oppermann, der trotz des Israel-Lügen-Verbreiters Martin Schulz keinesfalls zufällig an rasanter Stimmen-Schwindsucht leidenden ehemaligen Volkspartei SPD.

Der unzulässiger- und infamerweise mit dem dadurch entwerteten Ignatz-Bubis-Preis prämierte, viel zu langjährige deutsche Atom-fürden-Iran Außenminister F.-W. Steinmeier, der nun auch noch sehr bald für sein umfängliches politisches Versagen mit dem durch seine Bald-Wahl beschädigten Amt des Bundespräsidenten belohnt wird und der sich nicht genug beeilen konnte, als erster die Niederschlagung des erfindenen Putsch gegen Erdogan als Sieg der türkischen Demokratie zu bezeichnen, hatte es ihm ja vorgemacht, indem er Trump noch während des amerikanischen Wahlkampfes als „Hassprediger“ beschimpfte.

Der Hass der gutmenschlichen Hassgegner-Lobby ist aus dem Ruder gelaufen und kennt gegen Trump weder eine Mäßigung noch eine Grenze.

Mit jedem ohne Zeitverlust schon in der ersten Woche seiner Amtszeit eingelösten Wahlversprechen steigert sich die Wut der frustrierten Schlechtverlierer-Lobby aus linksromantisierendem politischen Establishment und Bessemensch-Gesinnungsmedien. Hinzu kommt auch noch die Furcht unserer Politiker, dass Trumps schlechtes und unerhörtes Beispiel, seine dem Wähler abgegebenen Versprechen auch wirklich ernstzunehmen und zu erfüllen, Schule macht und die hiesigen Politiker tatsächlich an der Erfüllung ihrer Wahlzusagen gemessen würden. So kennt man das hier nicht und so will unsere Politik das auch nicht kennenlernen.

Seit Jahrzehnten bestehen in sechzehn islamischen Unrechtsstaaten zutiefst diskriminierende Total-Einlass-Sperren für israelische Staatsangehörige.

Also steigert sich die postfaktische Berichterstattung über Trump in Rage und produziert jeden Tag neue Stillblüten.

Trump will die US-Botschaft nach Jerusalem verlegen. Das ist unerhört – eine weitere beispiellose Provokation des amerikanischen Scharfmachers und ein Grund für die Muslime der westlichen Welt den Krieg zu erklären.

Wen interessiert da noch der bereits 1995 zum Gesetz gewordene Jerusalem Embassy Act des US-Kongresses, der seither schon immer den Umzug der Botschaft der USA in Israel nach Jerusalem vorsieht. Als letzter US-Präsident vor Donald Trump hat B. Hussein Obama dieses Wahlversprechen abgegeben, das er natürlich gebrochen hat und vor ihm schon andere US-Präsidenten.

Postfaktisch geht es auch zu bei der polemisch-hetzerischen Berichterstattung und dem ausufernden Protest der Gutmenschen über ein weiteres erfülltes Wahlversprechen Trumps, die US-Beschränkungen für die Einreise von Personen aus einer Reihe besonders Terror-unterstützender muslimischer Staaten. Nicht genug, dass bereits Präsident Obama das Instrument der Einreisebeschränkung gegenüber Gefährder-Staaten eingesetzt und massive Einreisbeschränkun-

Wen interessiert da noch der bereits 1995 zum Gesetz gewordene Jerusalem Embassy Act des US-Kongresses?

gen gegenüber Venezuela und dem Irak verfügt hat – damals kaum beachtet und schon gar nicht unter Hasstiraden der Gesinnungsmedien, der Hollywood-Luxus-Schickeria und unserer unkontrollierten Terrorerlaubnis-Politik.

Seit Jahrzehnten bestehen in sechzehn islamischen Unrechtsstaaten, darunter auch Iran und Saudi-Arabien, von denen einige zu den heute von amerikanischen Reisebeschränkungen betroffen sind, zutiefst diskriminierende Total-Einlass-Sperren für israelische Staatsangehörige und sämtliche Personen, gleich welcher Nationalität mit einem israelischen Visum im Pass, ohne dass dies bis jetzt auch nur den geringsten Anlass zu Protesten unserer Politik, unserer Medien und der linken Szene über den tumben antisemitischen Rassismus der betroffenen islamischen Staaten geliefert hat.

Würde es jemand wagen, nur einen Bruchteil der Beleidigungen und des über Trump kübelweise ausgeschütteten Links-Edelmensch-Unrats gegen derartige Lichtgestalten wie beispielsweise Erdogan oder die anderen mit Merkel, Steinmeier und ihren unkritischen Mitläufern so innig befreundeten schrecklich demokratischen, islamischen Frauen-Steinigungs- und Schwule-zum-Tode-Verurteilungs-Diktatoren auszusprechen, dann könnte ihn niemand mehr vor der einseitig erblindeten Saubermann-Truppe unseres Justizminister Maas und dem Staats-

anwalt schützen.

Kurzum, statt die Chance der überfälligen grundlegenden Richtungsänderung in den USA mit Dank und Erleichterung zu erkennen, erfolgt unbelehrbarerweise – sogar vor dem Hintergrund der neuerlichen hier geschehenen islamischen Bluttaten – Widerstand gegen den neuen amerikanischen Präsidenten durch eben dieselben hiesigen Realitätsverweigerungs-Politiker, die vor dem Ermächtigungsgesetz-Kalifen Erdogan bis zur Übelkeit zu Kreuze kriechen und bei Staatsbesuchen und Konferenzen mit Hingabe nahezu jede blutverschmierte Hand eines islamischen Diktators drücken.

Die westlichen Gesellschaften müssen umdenken! – betont der US-Präsident Donald J. Trump und nennt als einer der wenigen westlichen Politiker die Urheberschaft des Islam und die Verantwortung unserer Politik auch für die Morde von Berlin beim Namen.

Umdenken, das müssen wir wirklich. Die ersten deutschen Politiker, wie etwa Horst Seehofer beginnen das allmählich zu verstehen. Allerdings ist dies von unseren Merkels, Schulzen, Stegners, Maassen, Steinmeiers und all den anderen mehr, die in der Sicherheit ihrer chauffierten Limousinen und Bodyguard-geschützt, plakativ und publikumswirksam vor den Kameeras ihrer Gesinnungs-verwandten Medien, Tränen über die Opfer islamischen Terrors vergießen, aber – wie die heutigen haarsträubenden Enthüllungen über die ideologisch gefärbten Nachlässigkeiten unserer Politik gegenüber ausschließlich islamischen Terrorverdächtigen belegen, vor allem die Blendung des Wählers über das eigene politische Versagen und ihre Wiederwahl im Blick haben.

Besonderes Nachdenken und die überfällige Umbesinnung sollte der jetzige, an doppelter Moral und Bigotterie kaum zu überbietende Anti-Trump-Aufschrei der hiesigen und weltweit

versammelten Bessemensch-Lobby auch bei den leider gar nicht wenigen naiven israelischen und jüdischen Schein-Gutmensch-Stimmen hierorts und auf beiden Seiten des Atlantiks auslösen

Schon die Unterstützung von jüdischer Seite für das amerikanische Merkel-Pendant, die Islam- und Iran-Deal-Unterstützerin Clinton, war in kaum nachvollziehbarer Weise irrational.

Umso mehr ist es das Einreihen der jüdischen und israelischen Linken in den Chor der globalen Bessemenschen und Trump-Basher, das den Impetus der Trump-Administration für die Unterstützung des sonstig alleingelassenen und von Obama und dem Westen verrätene jüdischen Staates sabotiert und schwächt, ohne dafür auch nur das geringste Entgegenkommen seitens der Muslime und des linken hiesigen und weltweiten Israel-Hasser und „Jerusalem gehört nicht den Juden“-Establishments erwarten zu dürfen.

Die präsidiale Amtszeit des amerikanischen Gespanns Trump und Pence ist das keine Sekunde zu früh gekommene überaus erforderliche Korrektiv für die verfehlte, von mangelndem politischen Gespür geprägte Verschärfung des weitgehend vermeidbaren Osteuropa-Konflikts. Sie ist auch das überfällige Korrektiv für die bei B. Hussein Obama in seiner Person begründete gefährliche Begünstigung islami-

scher Unrechtsregime und für das massive anti-israelische Sentiment seiner desaströsen Politik und ihres Erfüllungsgehilfen J. Kerry.

Das allen Verunglimpfungen durch die weltweite, linksromantisierende Pseudo-Bessemensch-Politik und die ihr vergesellschaftete Trump-Dämonisierungs-Journaille zum Trotz erfolgte Wahlbeben in den USA und der damit einhergehende heilsame Schock für unsere hiesige, das wohlverstandene Sicherheitsanliegen der ihr anvertrauten, auch der jüdischen Bürger kaum noch ernstnehmende Politik, lässt uns schon im Jahr 2017 nicht nur eine realistischere Haltung zu der islamischen Expansion in Europa, sondern die längst überfällige positive Veränderung des Proporz in der zum blanken Judenhasser-Club degenerierten UN(nütz)-Organisation und ihrer Terror-gegen-Israel-finanzierenden Unterverbände, wie beispielsweise der UNRWA.

Der Hinweis Trumps, dass die NATO obsolet ist, ist nicht nur wegen des geringen europäischen Finanzbeitrages keinesfalls verwunderlich. Was soll man von einem westlichen Verteidigungsbündnis erwarten, in dem nach Ansicht Obamas und unserer fehlbesetzten Politik der Demokratie-verachtende Panislamist Erdogan – statt seines unmittelbaren Ausschlusses – als wesentliche Stütze der Verteidigung unserer westlichen Demokratien angesehen wird.

Auch die von der neuen Trump-Administration vorgesehene substantiell wichtige Beendigung der Atombewaffnung des islamischen Holocaustleugner- und Holocaustbereiter-Regimes durch die Sistierung des leichtfertigen, von B. Obama und besonders auch von F.W. Steinmeier favorisierten Schand-Deals mit den verbrecherischen und demokratie-feindlichen Mullahs aus Teheran lässt Hoffnung für die Sicherung des Weltfriedens und besonders auch für die Sicherheit Israels aufkommen.

Die dem Duo Trump und Pence am Herzen liegende Umkehrung der unter Barack Hussein Obama aktiv betriebenen Entfremdung zwischen den USA und Israel ist geeignet, die gewachsenen guten Beziehungen der USA zu seinem natürlichen und verlässlichen Verbündeten Israel, der einzigen Demokratie im Mittleren Osten, wieder vollständig herzustellen. Mit der von D. Trump angekündigten Verlegung der amerikanischen Botschaft nach Jerusalem werden gegen alle Beschlüsse der Israel-Feinde aus der UN die wirklichen historischen Zusammenhänge richtiggestellt und dem ungeteilten Jerusalem endgültig die berechnete Anerkennung als ewige Hauptstadt des jüdischen Staates Israel zuteil.

Auch wenn Donald Trump nicht der charismatisch daherkommende Liebling der von den vielen Partys und ihrem ausschweifenden Luxus-Lifestyle gelangweilten Hollywood-Schickeria ist und unserem dissonanten, der Strukturauflösung unserer westlichen Werte und dem Anwachsen des islamischen Judenhasses mit ideologisch-geprägter Tatenlosigkeit zusehenden Bessemensch-Chor zutiefst missfällt – er könnte durchaus ein adäquater Nachfolger des seinerzeit ebenfalls Gutmensch-diffamierten und unterschätzten Präsidenten Ronald Reagan werden, ohne den eine Beendigung des jahrzehntelangen Kalten Krieges nicht möglich gewesen wäre.

In jedem Falle hat er im wohlverstandenen Interesse des Staates Israel und im Interesse des Erhalts unserer schwer errungenen westlichen, freiheitlich-demokratischen Lebensart die Chance verdient, die ihm durch unsere Medien und unsere Politik in nie dagewesener und nirgendwo anders – außer auch noch gern gegenüber Israel – praktizierter Weise schon zu Beginn seines Amtes verweigert wird.

Wir, die Redaktion und ich wünschen dem neuen US-Präsidenten in unser aller Sinne Schaffenskraft und Erfolg.

Dem Staate Israel, unseren Lesern und uns allen wünschen wir Wohlergehen und alles erdenklich Gute

Am Israel Chai!
Ihr Dr. Rafael Korenzecher

Anti-Trump-Proteste: Wenn der Feminismus Hijabs verteilt

Warum viele Frauen auf dem Women's March für eine frauenfeindliche Agenda instrumentalisiert wurden



Von Melissa Kaiser

Westliche Pro-Islam-Demo in den USA

Am 21. Januar fand als Reaktion auf Trumps Vereidigung zum Präsidenten der USA weltweit der sogenannte Women's March statt. Initiiert wurde das Ereignis zunächst von der Hawaiianerin Teresa Shook. Zentrale Kritik wurde bereits im Vorfeld der Veranstaltung auf zahlreichen Plattformen der sozialen Medien artikuliert und hitzig aufgerollt. Diese richtete sich vor allem gegen zahlreiche misogynen Äußerungen Trumps während seines Wahlkampfes.

Innerhalb kürzester Zeit gab es so viele Anmeldungen, dass ein Team aus fünf Frauen die Organisation übernehmen musste. Darunter unter anderem Tamika Mallory, Bürgerrechtlerin und ehemalige Direktorin des National Action Network, sowie Linda Sarsour, die mit ihrer ganz speziellen Agenda für unerwartete Bilder auf dem „Women's March on Washington“ sorgte, der von einer halben Million Menschen getragen wurde.

Sarsour, „palästinensisch“-amerikanische Direktorin der Arab American Association of New York und ehemalige Unterstützerin Bernie Sanders', twitterte am 12. Mai 2015 verstörende Nachrichten über ihre Haltung zum islamischen Regelwerk der Scharia, welche sie unkritisch glorifizierte. Sie vermittelte den Eindruck, dass sie einer Einführung derselben in den USA wohlgesonnen war und ist.

Stimmen innerhalb der westlichen Medienlandschaft wollen diese bedenkliche Ansicht Sarsours bereits relativiert wissen. Grund hierfür sind Twitter-Aussagen der Aktivistin, wonach sich die Regeln der Scharia lediglich auf Speisegesetze reduzieren ließen. Der angeführte Zusatz, es handle sich schlicht um einen islamischen Lebensweg, wird von genannten Stimmen weder expliziter hinterfragt oder ganz unter den Tisch fallengelassen. Dass Linda Sarsour zudem die antizionistische BDS-Bewegung unterstützt und Sätze formuliert, wonach nichts unheim-

licher als der Zionismus wäre, sollte jede Frau ins Grübeln bringen, die ernsthaft an ihren Rechten interessiert ist.

Zum einen deshalb, da Israel als Behälter von Frauen- und Menschenrechten im Allgemeinen kaum ein geeignetes Ziel für eine solche Kritik darstellt, zum anderen weil es wichtig ist, seine Kritikfähigkeit gegenüber jenen zu bewahren, welchen man sich mit seiner Kritik anvertraut und gemein macht. Mit denen man gemeinsam auf der Straße für legitime Forderungen kämpft. Denn dieser Kampf kann sich nach außen durchaus als unglaublich darstellen, wenn auf einem Women's March auf zahlreiche Köpfe Hijabs gebunden werden. Dieser ist nicht nur ein Stück Stoff, er ist eine politische Aussage – gerade im Kontext einer Frauenrechtsveranstaltung. Auch

beschneiden wird und seine Sorgen dahingehend zu artikulieren. Es ist aber bedenklich, wenn das Tragen und Umbinden dieses Stück Stoffs zu einer Zeremonie ausartet, wie auf dem Women's March in Washington geschehen. Die iranische Online-Bewegung „My stealthy freedom“ kritisierte diese Romantisierung und forderte dazu auf, sich endlich mit der Entscheidung iranischer Frauen zu solidarisieren, welche den Hijab ablehnen. Diese sind seit der Iranischen Revolution 1979 gezwungen, diesen in der Öffentlichkeit zu tragen.

Die ägyptisch-amerikanische Journalistin Mona Eltahawy, welche sich als feministische Muslimin bezeichnet, stellte unmissverständlich klar, acht Jahre lang gegen den Hijab-Zwang gekämpft zu haben. Sie werde sich nicht auf die Seite je-

in großen Teilen säkularer Gesellschaft versteht, bietet sich der Hijab als ein provokantes Symbol an. Nicht nur, weil er für viele Menschen aufgrund ihrer Assoziation mit dem Wahabismus und Salafismus provokanter Natur ist, sondern weil durchaus das Interesse vonseiten der Islamisten besteht, diese Provokation und Abgrenzung zu erhalten.

Wer diesen Fragen ausweicht, der verrät nicht nur die unterdrückten Frauen in betreffenden islamischen Gesellschaften, die sich teils zu Wort meldeten, der verrät auch das, wofür der Feminismus stand und immer noch steht und all seine Kämpferinnen, die sich nicht vor der Verantwortung und Kritik versteckt haben.

Die bittere Wahrheit ist, dass die Israelsolidarität Trumps zumindest für einige Aktivistinnen der Hauptgrund für die Teilnahme am Women's March war. Eine willkommene Gelegenheit, Antizionismus im Deckmantel des Feminismus und der Menschenrechte an die Menschen zu vermitteln und sie zu manipulieren, unkritisch ein Kleidungsstück zu zelebrieren, welches für viele Frauen das zentrale Symbol der Unterdrückung ist. Dennoch ist der Antisemitismus einiger Menschen nicht automatisch Grund, den gesamten Marsch als antisemitisch zu deklarieren oder als antidemokratisch einzustufen. Die USA sind nicht grundlos für eine sehr lebhaft Demokratie bekannt.

Wichtig für die Authentizität des Women's March ist nun die rasche Aufarbeitung der berechtigten Kritik, Ehrlichkeit zu sich selbst und eine ebenbürtige Stellungnahme für die allzu oft vergessenen Frauen in dieser Welt. Jene Frauen, die nicht das Glück haben mit wehendem Haar auf die Straßen zu gehen und für ihre Rechte einzustehen. Das wäre – auch völlig unabhängig von Donald Trump – ein Zeichen dafür, wie wichtig der Feminismus heutzutage trotz aller Kritik noch immer ist und dass er sich nicht von Islamisten entmachten lässt.

„ Linda Sarsour unterstützt BDS. “

dann, wenn das Stoffmuster aus Stars and Stripes besteht.

Diese Aussage könnte gewaltiger nicht sein. Der patriarchalisch-oppressive Charakter und Ursprung, welcher dem Hijab zugrunde liegt, soll in sein Gegenteil verklärt werden. Er soll auf diesem schleichenden Wege das Symbol des modernen und westlichen Feminismus werden. Ein Symbol, das gleichzeitig antirassistische Momente aufweist, welches Kritik jedweder Art abwehren soll. Immerhin werde der Hijab von einigen, ja sogar vielen Frauen freiwillig getragen, so das Argument. Unterschlagen wird bei dieser Aussage jedoch, dass diese Freiwilligkeit, die Möglichkeit des „pro-choice“ vor allem in Ländern wie den USA ausgelebt werden kann. Unbestritten, dass diese Freiwilligkeit auch in Ländern wie dem Iran einmal existiert hat.

Es ist legitim, um diese Freiwilligkeit bangen zu dürfen, sich zu fragen, ob eine Präsidentschaft Trumps diese Freiheit

ner stellen, die auf dem Women's March Propaganda für diesen betrieben haben.

Natürlich werden viele Teilnehmerinnen von dieser Angelegenheit nichts mitbekommen haben. Reaktion auf die Vorkommnisse darf daher keine pauschale Verurteilung des Marsches sein. Der moderne Feminismus muss sich dennoch aus seiner Komfortzone heraustreten und den aufkommenden kritischen Fragen hinsichtlich solcher Ereignisse stellen.

Wie solche mehr als anschaulichen Beispiele zeigen, wird die größte Herausforderung für den Feminismus in seinem Umgang mit Rassismus, dem politischen Islam und den Problemen der Frauenfeindlichkeit in der westlichen Gesellschaft als Gesamtes darstellen. Es darf nicht sein, dass der Feind eines Feindes zwingend ein Freund sein muss. Gerade weil sich die islamische Welt in ihrem Selbstbild, aber auch von anderen Akteuren als Antagonismus zur westlichen,

Ronald Reagan, einer der besten amerikanischen Präsidenten

Mein ganz persönlicher Rückblick auf den Mann, der mir die Freiheit brachte

Von Attila Teri

„Du ewiggestrige Kalter Krieger!“ – beschimpfen mich regelmäßig noch heute linke Freunde, Bekannte oder Wildfremde, wenn ich mal wieder verbal in den Ring steige gegen die Nachfolger der Kommunisten, „Die Linke“. Ich muss jedes Mal schmunzeln, denn für mich ist es eher ein Lob und beileibe keine Beleidigung. Womit ich sie dann erst recht auf die Palme treibe. Die meisten von ihnen, die der jüngeren Generation angehören, wissen gar nicht wovon sie eigentlich reden. Denn zum Glück mussten sie diese Zeit nicht miterleben. Mit Stacheldraht, Selbstschussanlagen und bis zu den Zähnen bewaffneten Soldaten gesicherte Grenzen kennen sie nur aus Erzählungen – wenn überhaupt. Genauso wie die ständige Bedrohung durch das „Reich des Bösen“.

So nannte damals der letzte aktive „Kalter Krieger“ die Sowjetunion. Es war Ronald Reagan, der 40. Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika – für mich die prägende Figur auf der letzten Etappe des damals noch endlos erscheinenden Kampfes zwischen bolschewistischer Diktatur und westlicher Demokratie.

Nicht nur aufgrund unserer orientierungslosen und gefährlichen Gegenwart lohnt es sich die Amtszeit von Reagan in Erinnerung zu rufen. Es gibt auch mehr als nur einige Parallelen zum neuen US-Präsidenten. Allerdings muss Donald Trump noch zeigen, was sein Vermächtnis wird.

Als 1981 Ronald Reagan ins Weiße Haus einzog, war ich gerade mal 21 Jahre alt. Seit drei Jahren wohnte ich in München, nachdem ich Ende 1977 vor der kommunistischen Diktatur in Ungarn mit meiner Mutter geflohen bin. Ich war immer noch dabei zu lernen, dass ich nun endlich sagen, aber vor allem auch tun und lassen konnte, was ich mochte – ohne Angst vor Repressalien der Staatsmacht. Allerdings plagten mich immer noch Alpträume. Es war stets die selbe Szenerie: Aus unerklärlichen Gründen fand ich mich in Budapest wieder, wusste nicht, wie ich plötzlich hinkam, es war mir nur klar, ich bin wieder eingesperrt. In der Regel wachte ich an dem Punkt schweißgebadet auf und atmete tief durch, als ich realisiert habe, alles ist gut, ich bin in München. Ich bin in Freiheit! Und die war leider damals auch in der Bundesrepublik bedroht.

Die Sowjetunion ersetzte ab 1976 ihre auf Mitteleuropa gerichteten Mittelstreckenraketen durch die neuen SS-20-Raketen mit höherer Reichweite und größerer Sprengkraft. Damit hätten die Russen im Kriegsfall Westeuropa zerstören können, ohne dass man dort Zeit zum Reagieren gehabt hätte. Das Gleichgewicht des Schreckens zwischen den Supermächten war damit verschoben. Die einzig adäquate Antwort darauf war der NATO-Doppelbeschluss vom Dezember 1979. Demnach sollten in Westeuropa Pershing-II-Raketen und Marschflugkörper aufgestellt werden. Gleichzeitig dazu bot die NATO Moskau Verhandlungen über die Beschränkung der Raketen auf beiden Seiten an. Ironie des Schicksals: die Entscheidung fiel noch in die Amtszeit von Jimmy Carter, dem wohl schlechtesten und schwächsten Präsidenten der USA in der Nachkriegszeit – nicht nur meiner bescheidenen Meinung nach.

Dann kam Ronald Reagan mit einer Kampfansage an die Sowjetunion – wie



Ronald Reagan am Brandenburger Tor, 1987

es sich für einen ehemaligen Hollywood-Schauspieler, der in seinem „ersten Leben“ als Westernheld glänzte, eben gehört. Ich konnte dadurch erheblich ruhiger schlafen, aber die „Blumenkinder“ der naiven Friedensbewegung, die ihre Freiheit im Westen uneingeschränkt genießen durften, liefen Amok, auch in der Bundesre-

überzeugte seine deutschen Verbündeten und so beschloss der Bundestag im November 1983 die Stationierung der neuen US-Mittelstreckenraketen in Westdeutschland. Einen Tag später brach die Sowjetunion die Genfer Gespräche ab. Reagan blieb dennoch hart und unnachgiebig. Breschnew sagte dazu: er könne

tionen in alle Ostblockländer. Ich lauschte schon als Kind immer den Sendungen, obwohl es verboten war und man allein schon für das Zuhören eine Gefängnisstrafe bekommen konnte. Als Mitarbeiter des Senders war es mir klar, ich werde vermutlich nie wieder meine alte Heimat wiedersehen, denn als Propagandisten der amerikanischen Imperialisten galten wir als Landesverräter. Eine Rückkehr hätte langjährige Haftstrafen nach sich gezogen. Wenn nicht gar mehr.

Dann betrat 1985 Michail Gorbatschow die internationale Bühne. Und langsam zeigte die rigorose Politik Regans Wirkung. Den Russen ging tatsächlich nach und nach das Geld aus. Diesem Umstand musste auch Gorbatschow Tribut zollen. Es tut mir leid, wenn ich seinen Fans alle Illusionen raube, wenn ich behaupte, dass das der Grundstein dafür war, dass schließlich die Mauer zum Einsturz brachte. Ich bin felsenfest davon überzeugt, dass erst die Not „Gorbi“ auf den Pfad der Tugend führte und nicht seine plötzlich entdeckte Liebe zur Demokratie.

„Reißen Sie diese Mauer nieder!“ rief ihm Reagan bei seiner berühmtesten Rede am 12. Juni 1987 im Schatten des Brandenburger Tores zu. Damals schien es nur eine freundliche Aufforderung zu sein. Zwei Jahre später war es so weit. Sie fiel tatsächlich. Die Sowjetunion war schlicht und ergreifend pleite und nicht mehr im Stande ihr Schreckensregiment aufrechtzuerhalten. Die unerbittliche, standhafte und konsequente Politik Regans besiegte am Ende die Diktatur.

Mir persönlich brachte er die Freiheit. Denn nun durfte ich nach 13 Jahren meine alte Heimat wieder besuchen. Ohne Angst! Europa war endlich vereint und frei! In meinen Augen war Ronald Reagan ein Held. Damit stand ich im Gegensatz zu vielen anderen, die in ihm nur eine Hassfigur sahen. Wie heute in Trump. Ihr Wahlspruch 1980 bzw. 2016 war übrigens der gleiche: „Make America great again!“

„Reißen Sie diese Mauer nieder!“ rief Reagan bei seiner berühmtesten Rede am 12. Juni 1987 im Schatten des Brandenburger Tores zu. Damals schien es nur eine freundliche Aufforderung zu sein. Zwei Jahre später war es so weit.

publik. Ihre beliebteste Parole, „Frieden schaffen ohne Waffen“, trieb nicht nur mir den Angstschweiß auf die Stirn. So viel Dummheit ist lebensgefährlich! Sie kostete mehr oder weniger auch Helmut Schmidt die Kanzlerschaft, nachdem seine eigenen Genossen ihm in den Rücken fielen und ihn damit so geschwächt haben, dass die FDP die Koalition mit der SPD platzen ließ. Der Weg war frei für Helmut Kohl. Aber ich schweife etwas vom Thema ab. Anhand der Vergesslichkeit von manchen Sozialdemokraten im Lande sei es mir verziehen!

Reagan führte zwei Jahre lang mit Leonid Breschnew, dem größten Betonkopf der Russen, Abrüstungsverhandlungen in Genf – erfolglos. Ich erinnere mich noch gut an die Fernsehbilder. Sie wirkten genauso hohl und sinnlos wie die Berichte von den endlosen Friedenskonferenzen wegen der Kriege in der Ukraine oder in Syrien. Es gibt allerdings einen gewaltigen Unterschied. Im Gegensatz zu Obama beließ es Reagan nicht nur beim Reden, irgendwann reichte es ihm! Er

sich nicht erinnern, dass irgendjemand im letzten Drittel dieses Jahrhunderts mit so einer Inbrunst die Sowjetunion zu seinem militärischen Gegner erklärt und sein Rüstungsprogramm mit Blick auf den Zusammenstoß mit uns aufgebaut hätte. Niemand hätte Reagan mehr adeln können!

Ohne finanzielle Rücksicht auf Verluste machte er das Leben der Russen zur Hölle. Ob mit der massiven militärischen Unterstützung der Mudschahedin in Afghanistan im Krieg gegen die sowjetische Aggression, oder in Afrika und Mittelamerika, wo er den Einfluss Moskaus bekämpfte. Als ob er sich im stillen Kämmerlein gesagt hätte, „ich rüste sie einfach kaputt und Sorge dafür, dass ihnen das Geld ausgeht!“

Er beeinflusste auch mein eigenes Leben nachhaltig. Ab 1984 arbeitete ich als Redakteur in der ungarischen Abteilung von Radio Freies Europa in München. Der amerikanische Sender lieferte von 1950 bis Anfang der 1990er Jahre in den jeweiligen Landessprachen freie Informa-

Trumps Einreisestopp – Die Hysterie und die Fakten

Weniger bekannte Hintergründe zur neuen Verordnung des US-Präsidenten

Von Joachim Steinhöfel

Kein Tag ohne Skandal. Was hat Trump jetzt wieder angerichtet? Man darf sich aktuell gänzlich von der Hoffnung verabschieden, in den deutschen Qualitätsmedien auch nur Restbestände von seriöser Berichterstattung vorzufinden. In einer Zeit, in der wichtige Wahlen bevorstehen und das „heute-journal“ von einem „außergewöhnlichen Interview“ spricht, wenn ein gewisser Norbert Röttgen (CDU) dort über 8 Minuten ankündigen darf, in die USA reisen zu wollen, um gegen Trump „Allianzen (zu) schmieden...auch (mit) republikanischen Senatoren“. Vielleicht sollte Röttgen Berlins Bürgermeister Müller (SPD) gleich mitnehmen. Denn dieser hat den amerikanischen Präsidenten jüngst angewiesen, den Mauerbau an der mexikanischen Grenze zu unterlassen. Die beiden könnten richtig was bewegen.

Heute erregt sich die rechtschaffene Welt über Trumps Erlaß zum zeitlichen begrenzten Einreisestopp für Bürger aus Ländern, die durch jihadistische Bürgerkriege zerrissen oder unter der Kontrolle feindseliger jihadistischer Regierungen sind.

Wenn man genau hinsieht, keine so unvernünftige Regelung. Und vor allem keine, die so sehr von der bisher in den USA gängigen Praxis abweicht. Schauen wir etwas genauer hin:

Hat Trump seine Androhung aus dem Wahlkampf wahrgemacht, einen Einreisestopp für Muslime zu verhängen? Mitnichten. Er ist, zurecht, ganz erheblich zurückgerudert. Die Länder mit dem größten muslimischen Bevölkerungsanteil stehen nicht auf der Liste (Indonesien, Pakistan, Indien, Bangladesch, Nigeria). Berichte von einem angeblichen „muslim ban“ sind mithin lupenreine „fake news“. Ebenso die von einem beginnenden „Religionskrieg“, wie man sie leider auch im sonst lesenwerten „Handelsblatt Morning Briefing“ findet. Betroffen sind bislang Irak, Iran, Sudan, Syrien, Libyen, Somalia und Jemen. Also genau die Länder aus dem von der Obama-Regierung erlassenen „Visa Waiver Program Improvement and Terrorist Travel Prevention Act of 2015“ und dessen Ergänzung aus 2016. Man könnte allerdings eine sehr lebhaftige Debatte darüber führen, ob es nicht geboten gewesen wäre, auch Saudi-Arabien in die Liste der Länder aufzunehmen, hinsichtlich deren Bürger der Einreisestopp verhängt wurde. Präsident Carter hat die Einwanderung aus dem Iran untersagt, soweit die Personen nicht beweisen konnten, Feinde des Khomeini-Regimes zu sein, Präsident Obama hat die Einwanderung aus dem Irak weit länger unterbunden, als dies aktuell durch die „Trump-Verordnung“ der Fall wäre. Tatsachen, die bedauerlicherweise keinerlei Erwähnung finden.

Die Verordnung enthält eine moderate Begrenzung der zukünftigen Flüchtlingszahlen insgesamt, sowie zeitlich befristete Regelungen, die die Immigration von Personen aus jihadistischen Konfliktgebieten betreffen. Die Einreise von Bürgern aus diesen Gebieten wird für 90 Tage gestoppt, um den Behörden Gelegenheit zu geben, zuverlässigere Sicherheitsüberprüfungen, als die bisherigen, zu implementieren. Die Zahl der Flüchtlinge pro Jahr wird auf 50.000 begrenzt. Jegliche Aufregung hierüber ist unangemessen.

Präsident Obama hat die Zahl der aufzunehmenden Flüchtlinge erst 2016 massiv aufgestockt. Trumps Zahl von 50.000 bewegt sich im Mittel der von den USA



US-Präsident Trump beim Unterzeichnen einer seiner vielen neuen Verordnungen

zugelassenen Flüchtlinge während der Amtszeiten von George W. Bush und Obama (bis 2015).

2002 kamen 27.131 Flüchtlinge in die USA, weniger als 50.000 in 2003, 2006 und 2007, Obama war etwas großzügiger und zog die Grenze von 2013 bis 2015 bei 70.000, 2011 und 2012 durften auch bei ihm nur knapp mehr als 50.000 Flüchtlinge einreisen.

Trump will die Sicherheitsüberprüfung von Bürgern aus diesen Ländern verbessern und Flüchtlingszahlen genehmigen, die dem Durchschnitt der Jahre 2002 bis 2015 entsprechen. Der Einreisestopp soll dem Heimatschutzministerium Gelegenheit geben, die Informationen und Anforderungen an die Herkunftsstaaten zu ermitteln, die es in die Lage versetzen zu prüfen, ob die reisende Person ein Sicherheitsrisiko darstellt. Nicht so abwegig, wenn man nur daran denkt, dass man in Somalia einen Pass für \$ 100 erwerben kann. Der Zeitraum des Einreisestopps kann verlängert oder verkürzt werden, je nachdem ob die betroffenen Länder die angeforderten Informationen zur Verfügung stellen. Die Verordnung enthält eine wichtige Ausnahme, wonach im Rahmen einer Einzelfallprüfung Einreisen auch jetzt genehmigt werden können (und müssen, z.B. bei Personen, die den USA, beispielsweise im Irak als Übersetzer usw. geholfen haben).

Es ist bekannt, übrigens auch in Deutschland und Frankreich, dass sich Terroristen unter die Flüchtlinge mischen. Einwanderer aus Somalia haben Terrorattacken auf amerikanischem Boden verübt und versucht, das Land zu verlassen, um sich IS anzuschließen. Man darf in Europa wie in den USA davon ausgehen, dass die aktuellen Sicherheitsmaßnahmen unzureichend sind (offenbar auch hierzulande: „Die Innenminister von CDU und CSU wollen die Sicherheitsgesetze massiv verschärfen.“)

Die USA sind nicht gewillt, mit „Vergleichgültigung und mürrischer Indifferenz“ versuchte oder vollendete Terroranschläge durch muslimische Immigranten als lästige Alltagsvorfälle hinzunehmen. Woraus sich zwanglos das Erfordernis

nach einer Anpassung und Verbesserung der bestehenden Sicherheitsgesetze ergibt.

Wer den Text der „executive order“ gelesen hat, weiß, dass das Einreiseverbot sich nicht auf Personen mit Aufenthaltsgenehmigung oder „green card“ bezieht. Soweit es hier Behördenversagen gibt, wäre dies völlig inakzeptabel und müsste von der Trump-Administration unverzüglich unterbunden werden. Geschähe dies nicht, wäre dies eine groteske Fehlentscheidung und ein Skandal, der jede Kritik verdiente. Stümperhaft wirkt die Implementierung der Verordnung auch insofern, als dass es offenbar unterschiedliche Verlautbarungen zur Behandlung von Inhabern der „green card“ aus der Administration gibt.

Die am wenigsten zwingende und folgerichtige Passage betrifft den unbefristeten Stopp der Aufnahme von Flüchtlingen aus Syrien. Die allerdings nichts anderes darstellt, als eine Rückkehr zu der von Obama bis 2016 betriebenen Politik. Der Bürgerkrieg in Syrien begann 2011 und die USA unter Obama nahmen

2011 – 29

2012 – 31

2013 – 36

2014 – 105 und

2015 – 1.682

syrische Flüchtlinge auf. Die US-Demokraten sollten sich also ihr verlogenes, scheinheiliges Heulen und Zähneklappern, das sie gerade anstimmen, und das twittern von Fotos von leidenden syrischen Kindern sparen. Ganz abgesehen von der eindeutigen Gesamtverantwortung, die Obama durch sein außenpolitisches Versagen für die Krise in Syrien ohnehin trägt. Er hat beim Völkermord und beim Giftgaseinsatz zugeschaut, IS blühen und gedeihen lassen und nur Kleinstmengen an Flüchtlingen Zuflucht gewährt. Wenn die Freiheitsstatue Kopf steht, wie die „Huffington Post“ jetzt meint, dann hat sie mit dieser Leibeserüchtigung mitten der Regierungszeit Obamas begonnen.

Unter den Flüchtlingen befinden sich Terroristen, die auch die USA treffen wollen und die in Europa mehrfach erfolgreich waren. Wenn eine Regierung vor diesem

Hintergrund der Meinung ist, die aktuellen Sicherheitsgesetze seien unzureichend und bedürften der Ergänzung, ist ein befristeter Einreisestopp ebenso klug wie geboten. Und verhältnismäßig.

Ein mit rustikaler Rhetorik über Gesetzesverschärfung unterfüttertes „Weiter so“, wie man es offenbar auf dem europäischen Festland für ausreichend hält, ist für einen Staat, der den Schutz seiner Bürger ernst nimmt, kein gangbarer Weg. Trumps Verordnung ist auch mitnichten ein Verrat an amerikanischen Werten, die deutschen Politikern und Journalisten urplötzlich ganz besonders bedeutsam und verteidigungsbedürftig zu sein scheinen. Der richtige Weg ist der Richtung Sicherheit und kontrollierbarer Grenzen der USA mit einem großen Tor für Einreisewillige und echte Flüchtlinge.

Zum Autor:

Joachim Steinhöfel, geboren in Hamburg, ist einer der profiliertesten deutschen Wettbewerbsrechtler. Sein prozessuales Wirken trug wesentlich zur Liberalisierung des bundesdeutschen Wettbewerbsrechts bei.

Seit 2007 betreibt Steinhöfel das politische Blog steinhoefel.com, seit 2008 erscheinen seine Beiträge regelmäßig auf der politischen Meinungsseite „Die Achse des Guten“, seit 2015 auch bei „Tichys Einblick“. Die Seite fühlt sich liberalem und konservativen Gedanken, der Freiheit und der Aufklärung verpflichtet.

Parallel zu seinem Studium der Rechtswissenschaften an der Universität Hamburg war Steinhöfel für den ersten landesweit ausstrahlenden, privaten Rundfunksender (Radio Schleswig-Holstein) tätig, um der monopolistischen akustischen Notversorgung durch die öffentlich-rechtlichen Anstalten ein Ende zu bereiten.

Später moderierte er Sendungen für RTL und RTL 2 und trat als Werbe-Testimonial für Europas größten Anbieter von Unterhaltungselektronik, den er auch anwaltlich vertrat, auf. 1999 gewann er den Werbepreis „Effie“ in Silber für die Kampagne „Gut, dass wir verglichen haben“. Der Effie gilt als wichtigster deutscher Marketingpreis.

Mein offener Brief an Kulturrelativisten & Dschihadismus-Apologeten

Die Argumente der Islamismus-Verharmloser sind schwach

Von Anastasia Iosseliani

Liebe Ladies & Fellas,

alle Jahre wieder scheint es, muss ich gegen diese irrsinnigen Kulturrelativisten & Dschihadismus-Apologeten anschreiben, ja anschreien... Es ist einerseits ermüdend & andererseits bitter notwendig, denn sie kriechen aus allen Löchern, aus denen man sie kriechen lässt.

Hier ist so ein Paradebeispiel für Kulturrelativismus, dieses Mal versucht ein tunesischer Politologe zu erklären, warum aus Tunesien so viele Dschihadisten ausreisen, um sich in Syrien oder dem Irak entweder dem IS anzuschließen, oder anderswo Menschen für den IS zu ermorden. Als Erklärung für die Anschläge von Berlin & Nizza, welche in beiden Fällen von kriminellen, tunesischen Schulabbrechern verübt wurden, benutzt dieser Politologe die Jugendarbeitslosigkeit unter Akademikern in Tunesien.

Ich persönlich finde das in höchstem Masse bizarr, unaufrichtig & unseriös. Dazu einige Fakten über die Dschihadisten-Krise in der Ummah im Allgemeinen & in Tunesien im speziellen:

Dschihadisten stammen aus allen Schichten, von einem reichen Osama Bin Laden, der aus einem der angesehensten Clans Saudi-Arabiens stammt, bis zu einem Schulabbrecher wie Anis Amiri, ist alles dabei.

Tunesien hat die höchste Anzahl an Dschihadisten weltweit, welche sich außerhalb Tunesiens in die Dienste unterschiedlicher Terrorgruppen wie dem IS stellen. Konservative Schätzungen gehen von 5.000 bis 8.000 tunesischen Dschihadisten aus.

Der politische Islam ist an sich keine Modeerscheinung, er flackerte immer wieder in der 1.400-jährigen Geschichte des Islams auf & manifestierte sich mit der Gründung der Muslimbruderschaft 1928 zu einer greifbaren Organisation, welche seitdem ständig gewachsen ist & heute Vorbild für viele andere Organisationen (Hamas in Gaza) & Parteien (Ennahda in Tunesien) ist.

Den Aufstieg des politischen Islam ging einher mit der Islamischen Revolution im Iran einerseits & dem Versagen des Baathismus/arabischen Nationalismus andererseits. Der politische Islam ist die fragile Brücke, welche die persischen Schiiten & die arabischen Sunniten für einen kurzen Zeitraum eine Illusion der Einigkeit geben konnte.

Das waren nun ein paar Fakten zu Dschihadismus & Islamismus – kommen wir nun zu den eigentlichen Gründen, warum ich es in höchstem Maße unaufrichtig & unseriös finde, wenn Kulturrelativisten & Dschihadismus-Apologeten z.B. die Jugendarbeitslosigkeit in Tunesien als Entschuldigung für tunesische Dschihadisten innerhalb & außerhalb von Tunesien, benutzen wollen. Zuallererst mal hat nicht nur Tunesien eine hohe Jugendarbeitslosigkeit unter Akademikern, sondern z.B. auch Griechenland oder Spanien. Diese Staaten haben aber kein solches Dschihadismusproblem wie Tunesien. Nun könnten Dschihadismus-Apologeten & Kulturrelativierer einwenden, dass beide Staaten nicht erst seit gestern Demokratien sind & eine halbwegs funktionierende Zivilgesellschaft haben.

Dazu möchte ich mein bestes Beispiel aufführen: Ich bin zu einem Viertel Georgierin, habe als Kind eine Zeit lang



Georgien, Tbilisi

in Tiflis gelebt & weiß ein, zwei Dinge über dieses Land. Unter anderem, dass Georgien über 600 Jahre okkupiert war, zuerst vom Persischen Reich, dann, nach

seine Probleme nicht & georgische Politiker & Wissenschaftler üben sich nicht in Apologetentum, wenn sie auf die noch vorhandenen Probleme in Georgien an-

größert & darum bin ich der Ansicht, dass man aufhören soll Apologeten eine Stimme zu geben. Denn das eigentliche Problem bei Dschihadismus ist nicht die Jugendarbeitslosigkeit unter Akademikern in Tunesien, wie der Fall Anis Amri so schön zeigt, sondern der Dschihadismus selber ist das Problem. Der Dschihadismus, welcher die Essenz des politischen Islam ist, dessen Ziel es ist, einen weltweiten islamischen Staat zu erschaffen, in welchem nur die Scharia gilt & Nicht-Muslime entweder getötet oder als Dhimmi, als Menschen zweiter Klasse, leben müssen.

Anastasia Iosseliani betreibt in der Schweiz den Blog www.pinkkoshernostra.com

„ Georgien hat sicher kaum weniger Probleme als Tunesien, exportiert seine Probleme aber nicht. “

dem Vertrag von Golestan, von Russland. 1991 wurde Georgien wieder unabhängig & hat seitdem zwei Kriege, zuerst einen Bürgerkrieg in den Neunzigern & dann, 2008, einen Krieg gegen Russland & eine demokratische Revolution überlebt. Trotzdem exportiert Georgien

gesprochen werden. Es erübrigt sich zu sagen, das Georgien, trotz all der oben genannten Fakten, im Gegensatz zu Tunesien, kein Dschihadisten-Problem hat.

Summa summarum meine ich, dass dieses Apologetentum in Bezug auf Dschihadismus das Problem nur ver-

BEAUVITÉ®

... wo die Schönheit zu Hause ist.

Kosmetik • Friseur • Maniküre • Pediküre • Permanent Make-up • Wimpernverlängerung
Dauerhafte Haarentfernung • Lipolaser • Kryolipolyse • Kavitation • Mesotherapie
Faltenunterspritzung • Multipolare Radiofrequenz

Fasanenstraße 40 • 10719 Berlin • Tel.: (030) 88 91 64 59

WWW.BEAUVITÉ.DE



Schlachtfeld Erziehungssystem

Warum sich die „Palästinensische“ Autonomiebehörde die Bildungsreform des marokkanischen Königs zur Entradikalisierung zum Vorbild nehmen sollte

Von Jerome Lombard
(Redaktion Audiatur)

König Mohammed VI. von Marokko weiß, dass sein Land ein ernsthaftes Problem mit dem extremistischen Islam und der dschihadistischen Radikalisierung seiner Jugend hat. Ungefähr 1.500 junge Marokkaner sollen sich in Syrien und dem Irak der Terrororganisation „Islamischer Staat“ angeschlossen haben, um in den „Heiligen Krieg“ zu ziehen. Das nordafrikanische Königreich ist damit eines der Länder, das die größte Anzahl von ausländischen Kämpfern auf Seiten der Dschihadistenmiliz stellt.

Vor diesem Hintergrund ist sich Marokkos König bewusst, dass ein wirkungsvoller Kampf gegen den Hass auf Andersgläubige und für Toleranz und Respekt bereits in der Schule bei den Kindern und Jugendlichen beginnen muss. Dort sind die islamistischen Fundamentalisten insbesondere im Religionsunterricht stark vertreten. Dort wird der Kampf um die Köpfe zukünftiger Generationen geführt. Aus diesem Grund hatte König Mohammed VI. im Herbst des vergangenen Jahres die Generalüberarbeitung der Lehrpläne und Schulbücher für den Religionsunterricht an staatlichen Schulen, der in Marokko „Islamische Erziehung“ heißt, angeordnet.

Eine von dem Monarchen eingesetzte 70-köpfige Kommission bekam die Aufgabe, alle Texte und Koranpassagen in den Lehrbüchern zu streichen, die Intoleranz gegenüber anderen, nicht-islamischen Lebensformen betonten, die Gleichberechtigung der Geschlechter verneinten und den Islam als die einzig wahre Religion darstellten, zu streichen. Derartige Inhalte waren im marokkanischen Religionsunterricht bis dato überaus präsent, hatte doch der Vater und Vorgänger von Mohammed VI., König Hassan II., in den 1980er und 90er Jahren die Rückbesinnung auf traditionell-islamische Werte in Abgrenzung zu der zu jener Zeit im Land sich verbreitenden sozialistisch-kommunistischen Ideologie gefördert. Damit übergab Hassan II. die Ausbildung von Religionslehrern zwangsläufig in die Hände der Fundamentalisten.

Die 2016 von seinem Sohn eingesetzte Reform-Kommission hat fleißig und schnell gearbeitet. Seit diesem Jahr gelten neue Lehrpläne, die Verwendung der überarbeiteten Schulbücher ohne extremistische und diskriminierende Passagen im Unterricht ist für alle Lehrer verpflichtend. Von zivilgesellschaftlichen Aktivisten, die schon seit langem eine Reform des Bildungssystems zur Bekämpfung der Radikalisierung der Jugend in Marokko fordern, hat König Mohammed IV. viel Lob für seinen Schritt bekommen. In der Tat ist die Entscheidung des Monarchen mutig und vor allem ein wichtiger Schritt zur Verhinderung weiterer islamistischer Früh-Indoktrination im Land.

Dass Marokkos Ansatz der Entradikalisierung Beispiel in den anderen Maghreb-Staaten und den arabischen Ländern machen wird, ist derweil eher unwahrscheinlich. Für eine solche Reform des Erziehungssystems braucht es eine starke Persönlichkeit wie den marokkanischen König (der in seinem



König Mohammed VI. von Marokko

Land traditionell auch als Anführer der Gläubigen gilt), der neben dem Willen auch die politische Macht zur Durchsetzung derartiger Entscheidungen gegen die Interessen der islamisch-fundamentalistischen Kreise besitzt. Dass aber eine Entradikalisierung des Erziehungssystems nach marokkanischem Exempel in vielen arabisch-muslimi-

israelische Lehrervereinigung führt in ihrem Bericht unzählige Beispiele für eine indirekte und direkte Indoktrination an „palästinensischen“ Schulen an, die einer frühen Radikalisierung der Kinder und Jugendlichen Auftrieb geben. So heißen bereits Grundschulen nach verurteilten Terroristen und ausgesprochenen Antisemiten wie bei-

de Sprache, die in Marokko gerade als ein die islamistische Radikalisierung fördernder Missstand aus den Lehrbüchern ersatzlos entfernt wurde. Israelische Politiker weisen immer wieder auf die dem „palästinensischen“ Bildungssystem immanente Aufhetzung zu Gewalttaten hin. Anfang des Monats, als ein 26-jähriger „palästinensischer“ Attentäter in Jerusalem einen Lastwagen in eine Menschenmenge steuerte, 4 Menschen ermordete und 13 weitere teils schwer verletzte, wies die Likud-Politikerin Tzipi Hotovely auf die Verbindung von hasserfüllter Indoktrination und Terror hin: „Es ist nicht akzeptabel, dass Studenten, die in der Nähe des Zentrums unserer Hauptstadt leben, sagen, dass es ihr Wunsch sei, Schahid (Märtyrer) zu werden.“ Mit Verweis auf die Herkunft des Attentäters aus einem Ost-Jerusalem Stadtteil sagte Hotovely weiter: „Wir sollten die volle Kontrolle über das Bildungssystem in den Stadtvierteln von Ost-Jerusalem bekommen.“

Der dschihadistische Terrorismus erwächst einer radikal-fundamentalistischen Auslegung des Korans. Es ist der Antriebsmotor aus ein und derselben Ideologie, die sich einen fanatisierten Islamisten in Rabat in die Luft sprengen, in Jerusalem mit einem Lastwagen in eine Menschenmenge rasen, oder sich in Syrien dem IS anschließen lässt. Eine gegen die Aufhetzung zu Hass und Gewalt und auf Toleranz und Frieden abzielende Bildungs-Reform wie in Marokko, wäre daher auch in den Palästinensergebieten eine akute Notwendigkeit. Sie sollte von all denjenigen, die es sich zum Ziel gesetzt haben, den Frieden im Nahen Osten zu fördern und dabei einseitig Israel kritisieren, kompromisslos eingefordert werden.

„Eine Kommission bekam vom König die Aufgabe alle intoleranten Passagen aus Lehrbüchern zu streichen.“

schen Ländern eines der wichtigsten Gebote der Stunde sein sollte, beweisen einmal mehr die Palästinensischen Autonomiegebiete (PA).

Ein im Juli 2015 von der „Association of Secondary School Teachers in Israel“ veröffentlichter Bericht mit dem Titel „Palestinian Authority Education – A Recipe for Hate and Terror“ zur Untersuchung des Radikalisierungspotentials an Schulen, höheren Bildungseinrichtungen und Universitäten unter der Hoheit der PA, bescheinigt dem „palästinensischen“ Bildungssystem ein hohes Radikalisierungspotential. Wörtlich heißt es in dem Bericht: „Die Palästinensische Autonomiebehörde leitet ihr Kinder dazu an, Israel das Existenzrecht abzuspochen, sie bringt ihnen bei, Juden als böse zu betrachten und sie ermuntert sie, Terroristen als Vorbilder anzusehen.“

Die Vermittlung universeller Werte wie Toleranz und eine Erziehung zu Frieden kommen, wie im Falle Marokkos vor der jüngsten Reform, in den Lehrplänen hingegen nicht vor. Die

spielsweise die „Amin Al-Husseini Elementary School“ in El Bireh, die nach dem Nazi-Kollaborateur und Großmufti von Jerusalem, Amin Al-Husseini, benannt wurde.

Der Bericht deckt auf, dass in den von den PA-Behörden herausgegebenen Schulbüchern dem Staat Israel konsequent das Existenzrecht abgesprochen wird, Gewalt und Terror gegen die „zionistischen Besatzer“ gerechtfertigt wird und der Kampf für die Vernichtung des jüdischen Staats als „heiliger“, religiöser Krieg beschrieben wird. In einem von dem Palästinensischen Ministerium für Religiöse Angelegenheiten herausgegebenen Lehrbuchs für die 8. Klassenstufe (Im Bericht S. 35) heißt es beispielsweise: „Die muslimischen Staaten brauchen heute zwingend den Dschihad und die Dschihad-Kämpfer, um das geraubte Land zu befreien und um die geraubten Länder Palästinas und der Levante von den stehlenden Juden zu säubern.“

Es ist diese zu Hass und zum Dschihad gegen die „Ungläubigen“ aufrufen-

Linke können nicht antisemitisch sein?

Eine deutsche Autorin klärt auf

Von Karl Pfeifer

Die deutsche Ethnologin Sina Arnold leitet ihr 487 Seiten umfassendes Buch über „Antisemitismuskurse in der US-amerikanischen Linken nach 9/11“ mit folgenden Absatz ein:

„If you have not been called anti-Semitic, you are not working hard enough for justice in Palestine“ (Wenn du nicht als antisemitisch bezeichnet wurdest, arbeitest du nicht hart genug für Gerechtigkeit in Palästina). Diese Aufschrift findet sich auf einem T-Shirt, welches die Mitbegründerin der für die Gaza Freedom Flotilla bekannt gewordenen Free Gaza Movement vermarktet. Die 73-jährige US-Amerikanerin Greta Berlin ist seit den 1960er Jahren Aktivistin in pro-palästinensischen und linken Bewegungen. Wie ist es zu erklären, dass eine selbsternannte Streiterin für eine Gesellschaft jenseits von Rassismus und Diskriminierung stolz darauf ist, als antisemitisch bezeichnet zu werden? Welcher Antisemitismusbegriff liegt diesem Wunsch zugrunde? Von welchen Akteuren und aus welcher politischen Richtung erwartet Greta Berlin den als Kompliment begriffenen Antisemitismusvorwurf?

Nach diesem fulminanten Einstieg folgen „Theoretische Bezüge und Forschungsstand“ und die sehr interessante Kapitel „Antisemitismus in den USA – Ein historischer Überblick“, „Traditionslinien linker Antisemitismuskurse“, „What’s left of the Left? Die US-Linken nach 9/11.“

Arnold stellt gute Fragen und ist eine scharfe Beobachterin und Analytikerin. Zum Beispiel weist sie darauf hin, dass der deutsche Begriff „Israelkritik“ im Englischen kein Äquivalent hat – doch bereits ein Hinweis auf die Sonderstellung des Landes in der öffentlichen Wahrnehmung ist, gibt es doch keine vergleichbaren feststehenden Bezeichnungen im Deutschen für kritische Positionen gegenüber anderen Ländern, etwa „Chinakritik“ oder „Russlandkritik“.

In diesen Fällen werden stets einzelne Aspekte der Politik kritisiert, nicht das ganze Land. Die korrekte Bezeichnung für Positionen die frei von Antisemitismus konkrete politische Entwicklungen in Israel kritisieren, müsste genau das ausdrücken: „Kritik an israelischer Politik“. Einige Studien weisen nach, dass antiisraelische Positionen und Antizionismus stark mit klassischem Antisemitismus korrelieren. Natürlich wird der Vorwurf mit dem Argument abgewehrt, „dass Linke per Definition nicht antisemitisch sein könnten“. Obwohl es niemand einfallen würde, zu behaupten, Linke würden ihre Frau nicht prügeln.

2010 beobachtete Arnold eine linke antiisraelische Demonstration in New York, an der auch muslimische Gruppen teilnahmen:

„Die Vernichtungsdrohungen, der positive Bezug auf den Holocaust wie auch die Gleichsetzung von Zionisten mit Kakerlaken und die Charakterisierung von Israel als ‚Krebsgeschwür‘ wurden von den anwesenden Linken über mehrere Stunden toleriert.“

Über eine Ikone der Linken in den USA und Europa schreibt sie: „Auch die Äußerungen Judith Butlers, die 2006 auf einer Veranstaltung Hamas und Hisbollah als „progressive soziale



Die anti-israelische, pro-„palästinensische“ Aktivistin Greta Berlin

Bewegungen“ und als „Teil der globalen Linken“ charakterisierte, deuten auf eine Toleranz gegenüber Akteuren hin, die linken Grundwerten von Geschlechtergerechtigkeit, der Akzeptanz queerer Lebensweisen oder Antiautoritarismus entgegenstehen.“

pirie“ kommen lediglich 30 Personen aus verschiedenen linksradikalen Bewegungen, Gruppen und Grüppchen zu Wort, diese – meiner Meinung nach – zu kleine Auswahl ist wenig repräsentativ und daher problematisch.

Auch in diesem Teil ihres Buches

„ Wenn du nicht als antisemitisch bezeichnet wurdest, arbeitest du nicht hart genug für Gerechtigkeit in Palästina.“

Wenn bei linken Demonstrationen in den USA Banner hochgehalten werden mit Sprüchen wie „Hitler was right. Jews are blood suckers“ „Hitler hatte recht, Juden sind Blutsauger“ oder der Vorschlag kommt, „gut zu Tieren sein, alle Juden sterilisieren und kastrieren“, dann kann Arnolds Behauptung „Es finden sich vereinzelte Beispiele für offene antisemitische Aussagen, die trotz der Fülle der Beispiele aber nicht repräsentativ für die weitere Linke erscheinen“ hinterfragt werden, zumal jüdische Studenten an amerikanischen Universitäten häufig physisch und verbal angegriffen werden.

Im zweiten Teil „Im Gespräch – Em-

verwendet die Autorin gelegentlich eine fachchinesisch verschwurbelte Sprache, die spätestens vom Verlag hätte beanstandet werden müssen, denn eine Wissenschaftlerin, die über die USA schreibt, muss wissen, dass gerade amerikanische Wissenschaftler sich bemühen, so zu schreiben, dass jeder intelligente Leser den Text auf Anhieb verstehen kann.

In den Interviews erwähnt mehr als die Hälfte der Befragten über den Antisemitismus den antimuslimischen Rassismus, was auf eine Konkurrenzlogik hinweist.

Arnold reagiert auf den aus der Luft gegriffenen Vorwurf, der Zionismus sei

eine kolonialistische Bewegung:

„Der Zionismus als Siedlungsbewegung agierte nicht zentral koordiniert von einem kolonialen ‚Mutterland‘ aus. Die Aneignung von Land geschah zudem nicht durch Raub oder primär durch physische Gewalt – weitere Merkmale kolonialer Herrschaft – sondern durch Bodenkauf.“

Auffällig auch, dass die Befragten die durch Selbstmordattentate gefährdete Situation von Israel ignorieren – niemand äußert Empathie gegenüber Zivilisten, die bei Attentaten ums Leben kommen.

„Ja selbst für das Töten komplett Unbeteiligter – z.B. Restaurantbesucher – wird teilweise Verständnis geäußert.“

Die Frage, ob Israel ein Nationalstaat wie jeder andere sei wurde von den 30 Befragten nur von vier bejahend beantwortet. Sechs Interviewpartner verwendeten von sich aus, d.h. ohne entsprechenden Stimulus Gleichsetzungen zwischen Israel und dem Nationalsozialismus.

Die Autorin hat auch im Forum der wichtigsten Website von www.occupywallst.org Posts und Kommentare gefunden, die Juden mit Vampiren gleichsetzen, sie als „hakennasige Bestien“ bezeichneten, oder behaupteten „Die Protokolle der Weisen von Zion“ wären wahr u.ä.m.

Die Hochschätzung der Verfasserin für „Breaking the Silence“ teilt der Rezensent nicht, denn deren Beschuldigungen gegen die israelische Armee sind nutzlos, weil anonym.

Sina Arnold fragt: „Wie kann es kommen, dass eine monoperspektivische Kritik an Israel die Norm in linken Diskursen ist? Warum wird existierendem Antisemitismus mit Skepsis und Gleichgültigkeit begegnet, obwohl er der Logik eines linken Weltbildes zufolge Beachtung finden müsste? Und warum schließlich gibt es eine Abwehr, sich mit dem Antisemitismusvorwürfen auseinanderzusetzen – entgegen einem linken Selbstverständnis, das zumindest dem Ideal nach von Reflexion und Selbstkritik geprägt ist?“

Gute Fragen, die auch sehr vielen europäischen Linken zu stellen sind, deren manichäische Weltsicht leider oft genug mit antisemitischen Stereotypen einhergeht.

Sina Arnold:

Das unsichtbare Vorurteil, Antisemitismuskurse in der US-amerikanischen Linken nach 9/11, Hamburger Edition, 2016

Sie interessieren sich für die „Jüdische Rundschau“, möchten sie aber aus bestimmten Gründen nicht abonnieren. Deswegen haben Sie die Zeitung ab und zu im Zeitungskiosk gekauft. Aber Sie laufen nicht gerne zum Zeitungskiosk oder finden da die Zeitung nicht immer. Möglicherweise ist Ihre Beweglichkeit begrenzt oder Sie möchten es lieber bequem...

DANN HABEN WIR EIN TOLLES ANGEBOT FÜR SIE!

Sie können auf unserer Website www.juedische-rundschau.de die aktuelle Ausgabe der „Jüdischen Rundschau“ bestellen und online bezahlen. Die Zeitung wird innerhalb von 24 Stunden nach Bestellung und Bezahlung an Sie verschickt und kommt direkt zu Ihnen per Post in einem neutralen Briefumschlag.

Iran: „Moderater“ Rafsandschani gestorben

Ein Exil-Iraner blickt zurück

Von Kazem Moussavi

Akbar Hashemi Rafsandschani, Vorsitzender des Schlichtungsrates der Islamischen Republik Iran (IRI) und von 1988 bis 1989 Oberbefehlshaber der iranischen Streitkräfte, ist kürzlich an einem Herzinfarkt gestorben. Er und sein damaliger Adjutant Hassan Rouhani sind für tausende Morde während des Iran-Irak-Kriegs verantwortlich.

Rafsandschani zählte zu den brutalsten Menschenrechtsverletzern des Nahen Ostens und galt als wichtigster Vertrauter des Revolutionsführers Ayatollah Khomeini. Er war unter anderen an den Massakern von 1988 nach Khomeinis religiöser Fatwa an Tausenden oppositionellen politischen Gefangenen im Iran mitbeteiligt. Nach dem Tod Khomeinis verhalf er 1989 im Wächterrat Ali Khamenei zur Wahl zum religiösen Führer des Iran.

Rafsandschani ist laut Urteil des Berliner Kammergerichtes Auftraggeber der Mykonos-Morde in Berlin 1992 gewesen. Gegen ihn lag ein internationaler Haftbefehl der argentinischen Justiz (9. November 2006) vor, wegen des Massenmordes im jüdischen Gemeindezentrum AMIA in Buenos Aires (18. Juli 1994). Als Initiator der heimlichen Atom- und Raketenprojekte sagte er 2001 bei der Al-Quds-Kungebung des Regimes: „Es reicht die Explosion einer Atombombe in der Nähe von Tel Aviv, um Israel zu vernichten.“ Er betonte außerdem im Juli 2015, dass der jüdische Staat bald von der Landkarte gewischt werden könne (7. Juli 2015).



Akbar Hashemi Rafsandschani

Rafsandschani, der zweitmächtigste Politiker im System, stand nämlich immer loyal zu seinem Führer. Seine Kritik bloß

an politischen Details des Systems hatte dazu beigetragen, dass ihm vom Westen völlig fälschlich eine Öffnung des Systems

pagiert hatte.

zugetraut wurde. Rafsandschani und sein Schüler Hassan Rouhani spielten die Europäer erfolgreich gegen die USA bei den Atomverhandlungen aus, um die Sanktionen abzuschaffen – wodurch die Taktik Khameneis und seiner Revolutionsgarden mit dem Atom-Deal belohnt wurde.

Nach dem Deal wurde schließlich die vermeintlich nicht-staatliche islamische Azad-Universität Rafsandschani in Deutschland u.a. an den Standpunkten Erfurt, Essen und Köln eingerichtet. Der Kapitalwert seiner Vermögen und der seiner mafiosen Familie wird auf über 250 Milliarden Dollar geschätzt. Damit werden auch Lobbygruppen, die Einfluss auf die westliche Iranpolitik einnehmen sollen sowie die Terrorpolitik der Revolutionsgarde inneriranisch und weltweit finanziert und die vom Iran gesteuerte Hisbollah und die „palästinensischen“ Terrorgruppen unterstützt.

Der Verlust von Rafsandschani ist für das klerikalfaschistische Regime unübersehbar. Er stellt auch eine bittere Situation für die deutsche sowie europäische Appeasementpolitik dar, die ihn als einen der so genannten Reformer im System pro-

(Zuerst erschienen bei „Mena Watch“)

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

in der digitalen Welt, in der wir leben, darf unsere Redaktion sich nicht auf die gedruckte Zeitung beschränken. Denn die Verbreitungsmöglichkeiten der Zeitung auf Papier sind beschränkt. Sie bekommt man nicht unbedingt in jedem Presseiosk – besonders in kleineren Orten ist das problematisch. Sie wird nicht überall ins Ausland ausgeliefert, und wenn, dann mit einigen Tagen Verspätung. Eine Abo-Lieferung ins Ausland kostet zusätzlich.

Aber auch wenn alle diese Schwierigkeiten auf Sie nicht zutreffen und Sie vor der Haustür einen Presseiosk haben, wo die Zeitung regelmäßig angeboten wird, möchten Sie möglicherweise nicht immer vor die Tür gehen und in der Zeitung blättern (falls das vom Kioskbesitzer geduldet wird), bevor Sie sie kaufen.

Für alle, die es bequem, schnell und ohne geografische Einschränkungen mögen, bieten wir nun eine neue Vereinfachung:

Kaufen Sie jede einzelne Ausgabe der „Jüdischen Rundschau“ oder abonnieren Sie die Zeitung als e-Paper.

Das bringt Ihnen nur Vorteile:

- Sie können die Zeitung lesen noch bevor sie an die Kioske und zu den Abonnenten der Druck-Ausgabe kommt.
- Sie können die Zeitung bzw. einzelne Artikel bequem elektronisch archivieren, ohne viel Papier zu Hause zu stapeln.
- Sie können sich vor der Kaufentscheidung einen Eindruck über den Inhalt der aktuellen Ausgabe verschaffen, ohne einen kritischen Blick des Kioskbesitzers ertragen zu müssen.
- Sie können die Zeitung an jedem Ort der Welt lesen, wo Sie Internet haben – ohne zeitliche Verzögerungen und ohne Aufpreis.
- Sie sparen Geld – die Einzelausgabe kostet als e-Paper 3 Euro statt 3,70 Euro am Kiosk, das Jahresabo 33 Euro statt 39 Euro für die Druckausgabe.
- Und nicht zuletzt tragen Sie sogar zum Schutz der Umwelt bei.

Um all diese Vorteile zu nutzen, brauchen Sie nur unsere Website www.juedische-rundschau.de zu besuchen. Ein Button für den Kauf der Zeitung als e-Paper finden Sie sowohl auf der Hauptseite (oben rechts und ganz unten im Menü „Service“) als auch hinter jedem einzelnen Artikelausschnitt in der Online-Version der Zeitung.

USA: Allianz von Feminismus und Islamismus?

Die Gedankenlosigkeit der Trump-Hasser

Von Gerd Buurmann

Ein nicht zu unterschätzender Teil des Problems Donald Trump sind seine Gegnerinnen und Gegner, denn im Protest gegen den 45. Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika gehen sie zur Zeit Bündnisse ein, die sie später noch schwer bereuen werden.

Gehen wir zurück in das Jahr 1979. Mit dem Einmarsch sowjetischer Truppen in Afghanistan im Dezember 1979 begann ein zehnjähriger Stellvertreterkrieg zwischen der sowjetischen Besatzungsmacht in Afghanistan und den islamischen Guerillas (Mudschaheddin), die von den Vereinigten Staaten, Saudi-Arabien und Pakistan unterstützt wurden. Im Kampf gegen die Sowjetunion verharmlosten die USA den Islam. Der Krieg endete im Jahr 1989 mit dem Abzug der sowjetischen Truppen. Die sowjetisch gestützte Regierung unter Präsident Mohammed Nadschibullah konnte sich zwar noch ein paar Jahre halten, aber im Jahr 1992 nahmen die Mudschahedin Kabul ein und gründeten im April den Islamischen Staat Afghanistan. Der Rest ist bittere Geschichte aus Frauenhass, Terror und Unterdrückung.

Im Protest gegen Donald Trump geschieht diese Verharmlosung wieder.

Man kann zu Religionen stehen, wie man will. Jeder Mensch kann seinen eigenen unsichtbaren Freund haben. Ich verstehe jedoch nicht, wie sich eine Frau ein Kopftuch umbinden kann und glaubt, damit für Frauenrechte zu protestieren. Denken jene Frauen wenigstens einen kurzen Augenblick an all jene Geschlechtsgeossinnen, die sich aus Protest gegen die islamischen Terrorregime dieser Welt, ihre Schleier vom Leibe reißen und damit nicht selten ihr Leben riskieren? Vermutlich nicht, denn sonst könnten sie das Kopftuch so wenig tragen, wie ein Jude eine Hakenkreuzarmbinde.

Ich habe nicht prinzipiell etwas gegen das Kopftuch. Es ist nicht wichtig, was auf dem Kopf drauf ist, sondern was in dem Kopf drin ist. Wer die Kopfbedeckung jedoch mit einem unsichtbaren Freund begründet, der einem Feldherrn vor eineinhalb Jahrtausenden gesagt haben soll, wie sich Frauen von heute anziehen sollen, hat meiner bescheidenen Meinung nach noch viel Platz im Kopf frei. Warum tragen wohl keine Männer Niqab? Aus dem gleichen Grund, aus dem sie sich keine unbequemen Schuhe anziehen. Weil wir nicht bescheuert sind! Es ist unbequem und schränkt die Bewegungsfreiheit ein.

Ich verstehe einfach nicht, wie eine Frau den Islam verharmlosen kann. Kein Mensch kann ernsthaft „Nein“ zu Frauendiskriminierung sagen und dabei den Koran nicht kritisieren.

Ich verstehe sehr gut, was eine Frau gegen Donald Trump haben kann, aber ich verstehe absolut nicht, wie Frauen und Männer weltweit in Massen gegen den Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika auf die Straße gehen können, ein Land, wo Frauen und Männer gleichberechtigt sind und homosexuelle Menschen heiraten können, aber jahrelang in Massen zu Hause geblieben sind, während in islamischen Ländern, Frauen unter Schleiern gezwängt, gesteinigt und massenhaft in Stadien erschossen wurden. Sämtliche Länder, in denen Homosexuelle hingerichtet



Linda Sarsour

werden, sind islamisch. Ein vergleichbarer Protest wie gegen Donald Trump bleibt jedoch gegen diesen Hass aus. Nicht mal Meryl Streep hält eine Rede und auch Madonna spielt nicht mit dem Gedanken, die Kaaba in Mekka in die Luft zu sprengen.

Ich bin Barack Obama von Herzen dankbar, dass unter seiner Präsident-

„Wer die Kopfbedeckung jedoch mit einem unsichtbaren Freund begründet, der einem Feldherrn vor eineinhalb Jahrtausenden gesagt haben soll, wie sich Frauen von heute anziehen sollen, hat meiner bescheidenen Meinung nach noch viel Platz im Kopf frei.“

schaft Homosexuelle das Recht bekommen haben, heiraten zu dürfen. Ich hatte Tränen in den Augen, als ich das Weiße Haus in den Farben der LGBT-Community sah. Ich mochte Obama und habe für Hillary Clinton Wahlkampf gemacht. I was with her. Ich liebe die Freiheitsstatue, die mit ihrer Fackel der Aufklärung, die die Welt erleuchtet, Migranten einlädt, in den USA nach Glück zu streben. Ich bin für ein Freihandelsabkommen mit den USA. Ich bin Feminist, liberal und stehe fest an der Seite Israels. Somit sorgt ein großer Teil meiner Überzeugungen dafür, dass ich Donald Trump mit einem gehörigen Maß an Unbehagen begegne. Aber viel mehr Unbehagen bereitet mir ein Teil seiner Gegner. Und damit meine ich nicht so sehr jene Chaoten, die durch Straßen marodieren, Autos anzünden und Geschäfte verwüsten, obwohl das wirklich der widerlichste Teil der Protestbewegung darstellt – ich meine jene Menschen, die bedenkliche Allianzen mit Ideologen eingehen, die im Zweifel ihre Ideologien und Religionen über Menschenleben stellen.

Es braucht diese Allianzen nicht. Der Gegner meines Feindes ist nicht unbedingt mein Freund!

Der Islam ist nicht gerade die beste Waffe gegen Donald Trump. Im Gegenteil, ein Buch, das von einem mäßig gebildeten Mann handelt, der sich zu Höherem berufen fühlt und eine gewalttätige Bewegung im vermeintlichen Namen des Volkes lostritt, taugt nicht wirklich dazu, Donald Trump zu kritisieren.

Der Protest gegen Donald Trump braucht vielmehr die Macht der Gewissheit, dass die Mehrheit in Amerika und Europa für Menschenrechte ist und selbst ein Präsident der USA das nicht so einfach ändern kann! Eine Mehrheit spricht sich dafür aus, dass Homosexuelle selbstverständlich heiraten dürfen. Die Mehrheit ist ganz klar gegen Diskriminierungen von Menschen aufgrund ihrer Hautfarbe und ihres Geschlechts. Zudem gibt es genug Menschen in den Vereinigten Staaten von Amerika, die den zweiten Verfassungszusatz verteidigen, der jedem Bürger und jeder Bürgerin das Recht zugesteht, eine Waffe zu besitzen, egal welche Hautfarbe er hat und mit welchem Geschlecht sie ins Bett geht. Jeder Mensch, der versucht, einer bewaffneten Amerikanerin, ihre Bürgerrechte zu nehmen, wird Bekanntschaft mit ihrer Waffe machen und auch bewaffnete Homosexuelle werden sich heute gewiss nicht mehr von einer amerikanischen Regierung ficken lassen.

In der Geschichte der USA gab es viele Diskriminierungen. Bis zum 3. Februar 1870 durften schwarze Männer nicht wählen und erst am 18. August 1920 wurde beschlossen, dass auch

Populisten berufen sich gerne auf den „gesunden Menschenverstand“ oder auf die „Stimme des Volkes“. Nicht selten in der Geschichte hatte manch ein Populist tatsächlich eine erschreckende Mehrheit von unaufgeklärten Vollhons im Rücken, aber heute ist das in den USA nicht mehr so. Die Welt ist unzweifelhaft voller Arschlöcher, aber in Amerika sowohl wie in Europa ist die Zahl der Stimmen im Volk, deren gesunder Menschenverstand sich gegen Diskriminierung ausspricht und keine Angst vor dem Zweifel hat, in der Mehrheit. Heute sind Menschenrechte populär. In der Verfassung der Vereinigten Staaten von Amerika heißt es:

„Wir halten diese Wahrheiten für ausgemacht, dass alle Menschen gleich erschaffen von ihrem Schöpfer mit gewissen unveräußerlichen Rechten begabt worden sind, darunter sind: Leben, Freiheit und das Streben nach Glück.“

Menschenrechte brauchen keine Mehrheit! Es braucht keine Mehrheit, die sagt, Frauen haben dieselben Rechte wie Männer. Es braucht nur eine Frau, die das sagt und sie hat recht! Es ist aber schön, wenn Menschenrechte populär sind und in den USA sind sie das. Das ist die Stimme des amerikanischen Volkes! Sie soll, sie darf, sie muss sich ständig gegen die Regierung oder den Präsidenten erheben, wenn sie gegen diese populäre Überzeugung verstoßen. Der aktuelle Protest gegen den Präsidenten ist somit ein patriotischer Akt. Ziviler Ungehorsam ist in den USA Bürgerpflicht. Dennoch gilt: Augen auf bei der Wahl der Bündnispartner!

Unter Barack Obama ist die staatliche Diskriminierung von Homosexuellen gefallen. Jeder Amerikaner und jede Amerikanerin genießt heute die gleichen Rechte, unabhängig vom Geschlecht, der Hautfarbe, der religiösen Überzeugungen und sexuellen Präferenzen. Es brauchte die Macht der Verfassung, den Willen des Volkes und die Bereitschaft der Regierung, diese Freiheit zu erstreiten. Sie zu verteidigen, wird die Aufgabe der Zukunft sein und wenn wir dabei mal nicht auf den Präsidenten oder die Regierung zählen können, so gibt es immer noch die Verfassung und den Willen des Volkes.

Bei der Verteidigung der Werte der USA wird es Gefahren von innen und von außen geben, aber eins sollte nie vergessen werden, die Gefahr von außen wird immer versuchen, das Gleichgewicht im Inneren der USA zu stören. Niemals ist die USA verletzlicher, als in Zeiten der Spaltung. Und deshalb:

Das Einzige, was wir zu fürchten haben, ist die Furcht selbst.

DIE ÄLTEREN AUSGABEN DER „JÜDISCHEN RUNDSCHAU“ SIND IN DER REDAKTION ERHÄLTlich.

Wenn Sie eine oder mehrere Ausgaben brauchen, teilen Sie uns bitte auf dem Postweg (J. B. O., Postfach 12 08 41, 10598 Berlin) mit, welche genau, an welche Adresse sie geschickt werden sollte und legen Sie bitte als Bezahlung Briefmarken zu je 70 Cent bei:

- Für eine Ausgabe – 3 Briefmarken;
- Jede weitere Ausgabe – eine zusätzliche Briefmarke.

„Friedenskonferenz in Paris“

Steuergeldverschwendung zur Israel-Diffamierung

Von Dr. Nikoline Hansen

Es gibt Obsessionen, gegen die ist offensichtlich kein Kraut gewachsen und sie machen auch vor Staatsoberhäuptern nicht halt. Insbesondere eine Obsession hat sich seit geraumer Zeit in geradezu klassischer Konditionierung zu einem Zwangsgedanken entwickelt, der einen Großteil der Mächtigen der Erde nicht davor zurückschrecken lässt, völlig unsinnige und eigentlich nutzlose Konferenzen abzuhalten.

So geschehen in Form eines Gipfeltreffens am 15. Januar 2017 in Paris auf Einladung des noch bis April amtierenden französischen Präsidenten François Hollande. Mit dabei John Kerry, der bereits wenige Wochen vorher anlässlich der Zusammenkunft des Welt-sicherheitsrates im Dezember 2016 bewiesen hatte, dass ihn eine Sorge vor Ende seiner Amtszeit besonders umtreibt: das vermeintlich mögliche Ende der „Zweistaatenlösung“ im Nahen Osten. Mit dabei war natürlich auch sein deutscher Amtskollege Frank-Walter Steinmeier, der offensichtlich – ebenfalls kurz vor Ende seiner Amtszeit – von der gleichen Sorge getrieben ist.

Würde es sich um ein etwas geringfügigeres Problem handeln, so wäre anzunehmen, dass es Menschen geben würde, die den Charakter der Zwangshandlung erkennen und auf psychotherapeutische Behandlung drängen oder schlichtweg dafür sorgen würden, dass das Projekt ad acta gelegt würde. Bei einem angesichts dramatischer Flüchtlingszahlen in Europa und mehreren hunderttausend Kriegstoten allein im Syrienkrieg derart pressierenden Problem wie dem vermeintlichen Fehlen eines Staates in einem Krisengebiet – und hier ist nicht etwa von Kurdistan die Rede – kommen derartige Überlegungen allerdings nicht in Betracht.

Und so wurde einmal mehr eine große „Friedenskonferenz“ mit dem Ziel abgehalten, „Frieden“ zwischen Israel und den „Palästinensern“ anzumahnen – diesmal allerdings sogar in Abwesenheit der Betroffenen.

Wenn man bedenkt, dass „Kritik an Israel“ sehr oft nur als verpackendes Gewand einer zutiefst verinnerlichten antisemitischen Einstellung daher kommt, ist dieses Phänomen nicht so erstaunlich. Erschreckend allerdings die Vehemenz, mit der führende Eliten globaler Mächte sich dem Thema widmen. Auch Obama, der die wohl in ihm mit der Vergabe des Friedensnobelpreises gesetzten Hoffnungen offensichtlich nicht erfüllen konnte, ließ es sich nicht nehmen, noch in seinem letzten Interview darauf hinzuweisen, dass die „israelische Siedlungspolitik“ die Zweistaatenlösung in weitere Ferne rücken würde – eine Verteidigung seiner demokratischen Endzeitpolitik, Israel nicht durch ein Veto vor unsäglichen Resolutionen der Weltgemeinschaft zu schützen wie im Dezember 2016 mit Durchwinken der UN-Resolution 2334 geschehen.

Erschreckend ist besonders die Panik und die Geschäftigkeit, mit der die internationale Weltgemeinschaft dem künftigen Amerika und der antizipiert veränderten Politik im Nahen Osten den Krieg zu erklären scheint: Denn alle gehen davon aus, dass die Politik Trumps den Palästinensern deutlich weniger Spielraum für ihre infamen



Die Teilnehmer der Pariser „Friedenskonferenz“

Machtspielchen lassen wird – was wiederum offensichtlich vielen Interessen entgegenläuft.

Die offiziellen Fotos der Konferenz zeigen den noch amtierenden deut-

Das ist beeindruckend, denn wieder einmal wird die Androhung von gewaltsamem Protest weniger verurteilt als eine mögliche politische Entscheidung, bei der es sich um eine durchaus

te sich am Ende, die Resolution zu unterzeichnen: Großbritannien. Aus London ließ man verlautbaren, man sei nur als Beobachter in Paris gewesen und habe erhebliche Bedenken an der Zweckmäßigkeit einer derartigen Konferenz, an der die Konfliktparteien nicht beteiligt sind. Es wird abzuwarten bleiben, ob derart einseitig geprägte Erklärungen überhaupt noch Auswirkungen auf die künftigen politischen Entwicklungen haben werden, auch wenn sie offensichtlich von einer breiten europäisch-arabischen Allianz unterstützt werden.

„ Nur ein Land weigerte sich die Resolution zu unterzeichnen: Großbritannien. “

schen Außenminister neben einem Kufiyaträger im saudiarabischen Stil – auch wenn Repräsentanten der beiden streitenden Parteien nicht dabei waren, waren die arabischen Länder doch reichlich vertreten. Steinmeiers Facebookstatus dazu: „sehr dankbar hier: Paris“, denn:

„Wir befinden uns 2017 in einem entscheidenden Jahr für den Nahost-Friedensprozess. Wenn ich die Zeichen richtig deute, dann gibt es Überlegungen, die Botschaft der USA nach Jerusalem zu verlegen. Wenn schon die Überlegungen dazu führen, dass jetzt von der palästinensischen Seite Maßnahmen und Reaktionen angebroht werden, dann spürt man schon zu Beginn dieses Jahres, dass wir möglicherweise vor dem Risiko neuer Eskalationen stehen.“

legitime Überlegung handelt.

Einzig und allein ein Land weiger-

ROSA & BELLA

fine flowers

Schlüterstr. 63 – 10625 B | Tel.: 32769600 | www.rosaundbella.de

„Martin Schulz ist kein Diplomat!“

Einen humaneren Umgang als den Israels mit seinen Feinden hat es in der Geschichte noch nie gegeben!

Von Gerd Buurmann

In einem Bericht vom 24. Januar 2017 über den Kanzlerkandidaten der SPD für den Bundestagswahlkampf 2017, Martin Schulz, präsentierte das Magazin „ZDF heute“ eine Nachricht etwas alternativ. Dort hieß es:

„Schulz ist außenpolitisch erfahren. Ein Diplomat ist er nicht. Bei einem Besuch in der Knesset 2014 provozierte er israelische Siedler. Empörung im Saal.“

Herr Schulz provozierte also in der Knesset. Leider unterließ es das ZDF zu erklären, womit er provoziert hatte, nämlich mit einer knallharten Lüge. Das hätte die „israelischen Siedler“ allerdings ins Recht versetzt und das konnte das ZDF vermutlich nicht zulassen. Im Jahr 2014 provozierte Martin Schulz in der Knesset, indem er folgende Frage in den Raum stellte:

„Wie kann es sein, dass Israelis 70 Liter Wasser am Tag benutzen dürfen und Palästinenser nur 17?“

Die Frage sorgte bei so manchem israelischen Parlamentarier für Unmut, denn er suggerierte damit, dass die Palästinenser auf dem Trockenen säßen, während den Israelis genügend Wasser zur Verfügung hätten. Die Zahlen waren jedoch nicht nur falsch, sie ließen auch völlig außer Acht, dass die Gebiete Judäa und Samaria („Westjordanland“) erst durch Israel eine vernünftige und ausreichende Wasserversorgung bekamen.

Als Israel nach dem Sechstagekrieg im Juni 1967 die Kontrolle über das Westjordanland übernahm, ließ die Regierung ein Wassernetz bauen, das bis 1972 die Wasserversorgung der Palästinenser um 50 Prozent erhöhte. Als immer mehr israelische Siedlungen gebaut und durch Pipelines verbunden wurden, schloss man die palästinensischen Städte und Dörfer entlang dieser Pipelines ebenfalls an fließendes Wasser an. Die Wassermenge stieg bis 1995 kontinuierlich an und die Zahl der Orte mit fließendem Wasser erhöhte sich von vier auf 309.

Das erste Osloer Abkommen 1994 sah vor, dass Israel die Kontrolle über die palästinensische Wasserversorgung in Gaza an die Palästinensische Autonomiebehörde (PA) abgibt und zudem eine Wassermenge von fünf Millionen Kubikmeter pro Jahr nach Gaza liefert. Israel akzeptierte dies und half gerne bei der Gewinnung von Wasser. Es wurde ein Joint Water Committee (JWC) mit gemeinsamen israelisch-palästinensischen Teams ins Leben gerufen, um die Wasserversorgung in den palästinensischen Gebieten zu verbessern. Die Wassermenge stieg so weiter kontinuierlich an. Im Jahr 1995 gab es dann schon 708 Orte mit fließendem Wasser. Alles nur Dank Israel!

Hinsichtlich des Wasserverbrauchs von Israelis und Palästinensern bestand somit vor 1967 ein erheblicher Unterschied, aber vierzig Jahre später und dank der Hilfe Israels sieht das heute ganz anders aus. Heute verbraucht Israel laut einer Recherche von Alex Feuerherdt 150 Kubikmeter pro Kopf und Jahr und in der palästinensischen Autonomie sind es 140. Die Menge, die Martin Schulz in der Knesset angab, war somit falsch. Er hatte sie von einem jungen Palästinenser ungeprüft übernommen, wie er später einräumen musste.

Die Rede löste im Jahr 2014 eine hitzige Debatte aus. Leider ging es bei der Debatte nur um die Wasserfrage. Der Rede wohnte jedoch ein Eklat inne, der zwar viel skandalöser war als die Tatsache, dass Martin Schulz sich mit der Litermenge von Wasser



DER SPD-Kanzlerkandidat Martin Schulz

vertan hatte, sie wurde aber nicht groß thematisiert. Martin Schulz gab Israel damals indirekt und höchstwahrscheinlich ungewollt die Empfehlung, den Gazastreifen flächendeckend zu bombardieren! Er sagte nämlich:

„Die Generation meiner Großeltern hätte die Aussöhnung mit dem Erzfeind Frankreich nicht für möglich gehalten. Doch es gelang, durch die Einsicht in die Notwendigkeit, dass wir, wenn wir uns in Europa nicht in immer neuen Kriegen selbst zerfleischen wollen, gar keine andere Wahl haben, als Frieden zu schließen und zusammenarbeiten und ich glaube auch für Israelis und Palästinenser trifft der Satz

fressen, dass für die Alliierten nur noch eine physische Zerstörung Deutschlands geboten schien. Die Alliierten beschlossen, nicht mehr zu verhandeln und stattdessen dem deutschen Volk das Genick zu brechen. Sie bombten Städte wie Dresden, Mannheim, Köln und Berlin in Grund und Boden. Erst als die Nazis am Boden lagen, als der deutsche Stolz in den feurigen Staub des Zweiten Weltkriegs gedrückt worden war, gelang das deutsche Volk zur „Einsicht in die Notwendigkeit“ des Friedens.

Im Jahr 2014 bemühte Martin Schulz in der Knesset die europäische Geschichte als Beispiel für gelungene Konfliktlösung, wohlwissend, dass er bei diesem Vergleich

Die Zahlen waren jedoch nicht nur falsch, sie ließen auch völlig außer Acht, dass die Gebiete Judäa und Samaria (Westjordanland) erst durch Israel eine vernünftige und ausreichende Wasserversorgung bekamen.

zu: ‚a peace of no choice‘. Es gelang durch die Bereitschaft unserer Nachbarn, dem Kriegsschuldigen Deutschland die Hand zur Versöhnung zu reichen. So konnte Deutschland in die internationale Gemeinschaft zurückkehren und eine stabile Demokratie werden.“

Das waren die Worte von Martin Schulz. Er schlug vor, Israel solle sich an Europa ein Beispiel nehmen und den Nahostkonflikt europäisch lösen. Bis heute ist das der brutalste Vorschlag, den ich je im Umfeld des Nahostkonflikts gehört habe, wenn auch der effektivste Vorschlag. Wir wissen schließlich alle, was der „Hand der Versöhnung“ vorausging. Es ist kein Geheimnis, was nötig war, dem „Kriegsschuldigen Deutschland“ die „Einsicht in die Notwendigkeit“ des Friedens zu geben, nämlich die bedingungslose Kapitulation Deutschlands.

Deutschland hatte sich so sehr von der menschlichen Wertegemeinschaft verabschiedet und war derart vom Hass zer-

einer Seite die Rolle der Deutschen zuweisen musste und es waren ganz klar nicht die Israelis. Er sprach:

„Israel ist die Realität gewordene Hoffnung eines Volkes, frei in seinem Heimatland zu leben. Israel ist ein durch die Taten mutiger Menschen wahr gewordener Menschheitstraum. Sich von den Fesseln der Vorurteile und Verfolgung zu befreien, um in Freiheit und Würde zu leben, diese Sehnsucht teilen Menschen auf der ganzen Welt. Israel ist heute eine starke Demokratie, eine pulsierende, offene Gesellschaft mit all ihren Konflikten und einer modernen Wirtschaft. Dort, wo Kibbuze einst die Wüste zum Blühen brachten, stehen heute hunderte Start-ups und High-Tech-Forschungszentren, in denen die Erfindungen der Zukunft erdacht werden: die kleinsten Mikrochips und Roboter, Computertomographen und Ultraschall-Scanner. Israelische Forschung ist Weltführer in vielen Bereichen: bei acht Millionen Einwohnern sieben große Forschungsuniversitäten,

darunter das Technion in Haifa und das Weizmann-Institut in Revlion, außerdem 12 Nobelpreisträger. Israel hat eine Gesellschaft auf den Werten der Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit gebaut.“

Das klingt nicht wie eine Beschreibung von Nazideutschland! Wer in Martin Schulz Vergleich des Nahostkonfliktes mit dem Zweiten Weltkrieg die Nazis sind, ist mehr als deutlich:

Die Nazis haben Juden zu Bakterien erklärt und ihre Vernichtung gefordert, wie die Hamas heute. Die Nazis haben ihre Kinder zum Judenhass erzogen und eine Lust am Judenmord erzeugt, wie die Hamas heute. Die Nazis wollten Deutschland „judenrein“ haben. Manche arabische Staaten haben dies erreicht! Die Nazis haben in ihrem Programm zur Verfolgung der Juden aufgerufen. Die Charta der Hamas fordert die Vernichtung aller Juden. Nicht zufällig ist der Gruß der Hisbollah und der Hamas daher der Hitlergruß.

Israel hat bisher nicht so gehandelt wie die europäischen Alliierten im Zweiten Weltkrieg. Statt die Menschen flächendeckend zu bombardieren, die die Vernichtung aller Juden per Verfassung fordern, baut Israel lieber einen Zaun, um bei den Grenzkontrollen unterscheiden zu können zwischen mörderischen Judenhassern, die dann nicht ins Land gelassen werden, und friedfertigen Bürgerinnen und Bürger des Gazastreifens, die Israel betreten dürfen, obwohl es im Gegenzug dazu im Gazastreifen verboten ist, dass ein Jude das Land betritt. Israel könnte Bomben werfen, tut es aber nicht. Bomben treffen nämlich alle, auch die Unschuldigen! Israel baut einen Zaun und unterscheidet, wer gut und böse ist. Der israelische Zaun ist somit ein Schutz der unschuldigen Araber! Einen humaneren Umgang mit Feinden in Zeiten eines Krieges hat es in der Geschichte der Menschheit vorher noch nie gegeben! Israel erträgt das Leid seiner Feinde nicht.

Israel könnte den Blick abwenden von seinen Feinden und sie ihrem Schicksal überlassen. Israel könnte die Grenze dicht machen für sämtliche Güter. Stattdessen lässt Israel ständig medizinische Güter die Grenze passieren und behandelt Araber in israelischen Hospitälern. Israel könnte zusehen, wie die Menschen in den autonomen „palästinensischen“ Gebieten verdursten. Stattdessen verhandelt Israel mit seinen Feinden über die Menge an Wasser, die das befeindete Volk angibt, von Israel zu benötigen. Wenn dann die Menge an Wasser verhandelt wurde, liefert Israel mehr!

Wer Juden hasst, ist jedoch mit nichts zufrieden, was Juden machen. Selbst wenn Juden das Volk, dessen politischen Führer den Judenmord predigen, mit Wasser versorgen, ist es dem Judenhasser nicht genug, Martin Schulz sagte vor der Knesset:

„In Europa können wir uns nur schwer vorstellen, welche körperlichen und seelischen Wunden der Terrorismus hinterlässt, was es für Eltern in Sederot und Ashkelon bedeutet, jeden Tag Angst haben zu müssen, dass ihre Kinder bei einem Raketenangriff auf dem Schulweg oder in der Schule ums Leben kommen könnten. Deshalb: Israel hat das Recht, seine Menschen zu schützen.“

Wie Hitler einst besiegt wurde, wie der Friede Einzug hielt in Europa, wissen wir heute. Im Jahr 2014 schlug Martin Schulz diese Lösung indirekt Israel vor. Ich möchte mal sagen, da hat Martin Schulz wirklich bewiesen, dass er kein Diplomat ist.

Die gutmenschliche Rassismus-Rechtfertigung

Sie degradieren im islamkritischen Kontext Muslime zu einer Gruppe, die nicht in der Lage wäre mit Kritik umzugehen

Von Melissa Kaiser

Der berühmte „casus knacktus“ beim bisher schlecht als recht erkannten Rassismus in unserer Gesellschaft liegt in seinem vermeintlichen wohlwollenden Ursprung. Das „Fremde“ wird mit ausschließlich verminderten Reflexionsfähigkeiten und Mangel an Selbstkritik assoziiert.

Aus diesem Grund gelten für bedauerlicherweise eine nicht zu unterschätzende Anzahl an Menschen genau jene Gruppen als besonders schützenswert. Beschützt vor Kritik, die einen Prozess der Selbstkritik einleiten oder zumindest fördern könnten. Deutlich wird dies vor allem bei der routinieren Anwendung kulturellrelativistischer Aussagen in Diskussionen um die problematischen kulturellen Differenzen zwischen beispielsweise nordafrikanischen und europäischen Staaten.

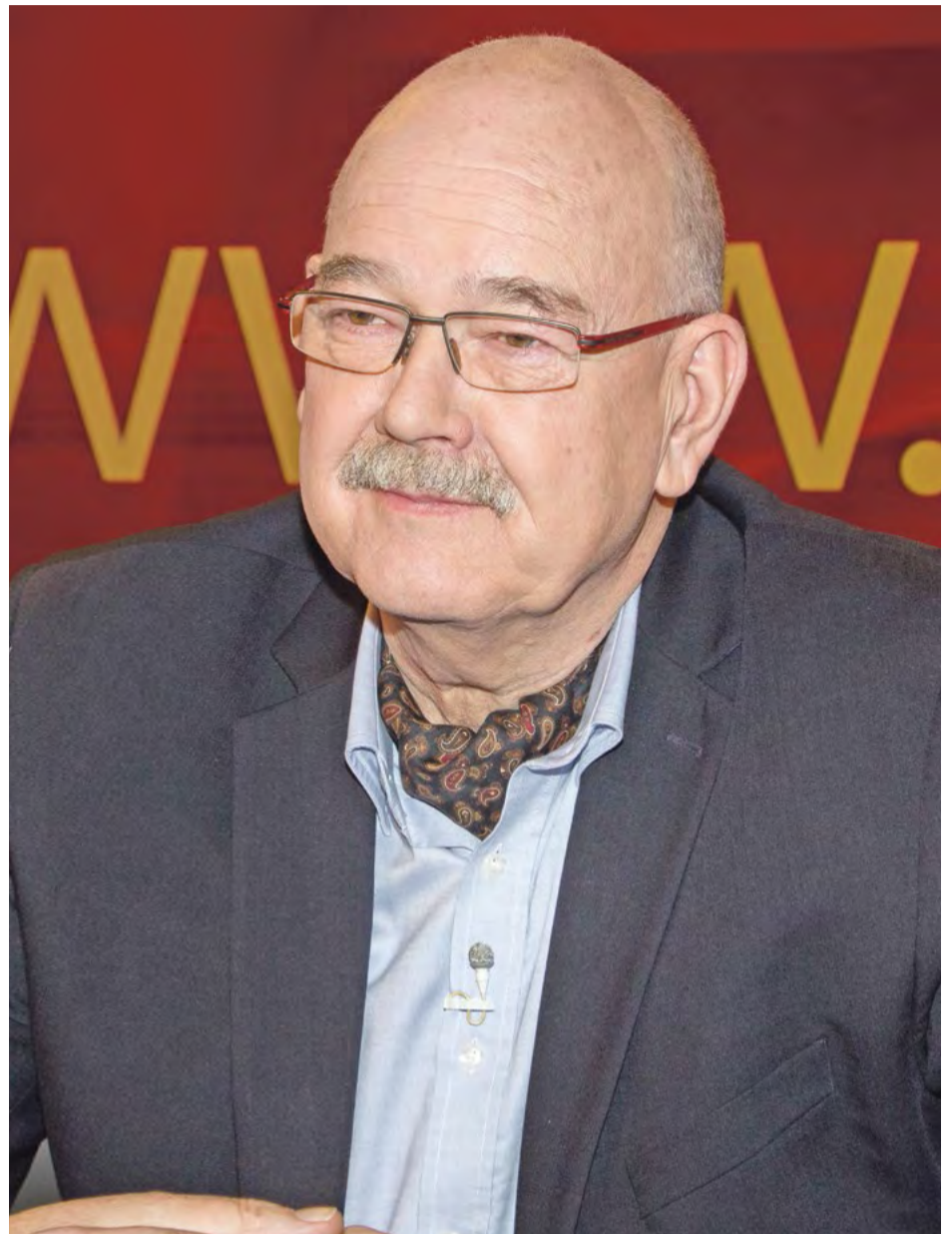
Reale Probleme werden auf diese Weise verbal ausradiert und teilweise auch lächerlich gemacht. Gleichmacherei scheint das neue Differenzieren in der gesellschaftspolitischen Auseinandersetzung zu sein. Auf diese Weise werden Spannungen, die logischerweise aus kulturellen Besonderheiten können, gleichgesetzt mit Problemen, die einen ganz anderen Ursprung haben. Der Islamwissenschaftler Abdel Hakim-Ourghi forderte die Gesellschaft zu Recht auf, Muslime nicht wie

wenn Talkshows gebetsmühlenartig das Mantra der alles und jeden erfassenden Islamophobie wiederholen, möchte man zumindest fast gar nicht mehr zum Vorwurf machen.

Besonders auffällig und beliebt beim Rassismus der regressiven Linken ist zudem auch das Instrumentalisieren von Flüchtlingen als Grund „endlich wieder stolz auf Deutschland sein zu können“. So getätigt beispielsweise vom ehemaligen Leiter des ARD Studios Brüssel Rolf-Dieter Krause. Wie bitte? Ist das also der gute Nationalstolz? Flüchtlinge als Objekt, um sich ein Gefühl erlauben zu dürfen, das man bei anderen nicht müde wird vernichtend zu kritisieren?

Wäre ich Muslima, so wäre ich von dieser Weise des „besonderen Schutzes“ durchaus brüskiert. Wer diese Art von kulturellem Rassismus einmal fokussiert, der wird staunen, wie salonfähig und häufig dieser in der deutschen innenpolitischen, aber auch in der gesamt-europäischen oder generell westlichen Debatte um den Islam anzutreffen ist.

Die Religion ist kein angeborener Bestandteil eines Menschen. Jedoch könnte man bei einigen „Antirassisten“ den Eindruck bekommen, diese sehen das ganz und gar nicht so. Da ist der Islam ein genetischer Bestandteil des Menschen, man ist beruhigt, wenn die fromme Muslima das Kopftuch mit der Freiheit der westlichen Emanzipation



Rolf-Dieter Krause: Dank „Flüchtlingen“ will er endlich wieder stolz sein können.

„ Wenn Kultur nicht mehr als historisch bedingt und stattdessen unveränderbar gilt, dann ist Kultur schon zum funktionalen Äquivalent des Rassenbegriffes geworden. “

Kuscheltiere zu behandeln oder sie als solche zu betrachten.

Und genau darin liegt der Kern des „Kuscheltierrassismus“: Er degradiert im islamkritischen Kontext Muslime zu einer Gruppe, die nicht in der Lage wäre mit Kritik umzugehen. Andere betonen mit einer bestimmten Wortwahl aber sinngemäß, diese Kulturen „sein noch nicht so weit“. Das heißt nichts anderes als „diese Menschen sind zu blöd, um zu kapieren“. Und genau dies ist nicht der Fall. Hier wird ein rhetorisches Mittel bedient, um sein besonderes Wohlwollen und seine besondere Nachsichtigkeit mit Muslimen als besonders progressiv zu verkaufen. Tatsächlich ist das ein immenses Kernproblem der regressiven Linken, Muslime als Kollektiv eine bestimmte Rückständigkeit zu unterstellen, die es unmöglich macht, Islamkritik als das zu erkennen was sie ist: Kritik und keine Hetze. Wenn sie sich abseits der Sachlichkeit bewegt, dann verdient sie den Namen der Kritik schlichtweg nicht.

Anstatt die Komfortzone für eine Gruppe weiter auszubauen, in welcher man sie vor jeglicher Kritik zu bewahren versucht, wäre es ratsam, diese Komfortzone schleunigst aufzugeben. Wer braucht schon Menschen, die einem ständig vorhalten und einzureden versuchen, wie diskriminiert man doch von allen Menschen in der Gesellschaft werde. Dass man dies dann auch irgendwann selbst zu glauben beginnt,

verteidigt, um sicherzugehen, dass diese Freiheit noch existiert. Dass mitten unter uns eine Menge Frauen leben, die gerne das Gegenteil aussprechen möchten, aber nicht können, ist diesen Gruppen keine einzige Sekunde

der Sorge wert. Vielmehr stehen diese Menschen noch ganz vorne an, wenn es darum geht, die Burka in ihrem Wesen und ihrer Häufigkeit als harmlos zu relativieren.

Wenn Kultur nicht mehr als historisch bedingt und stattdessen unveränderbar gilt, dann ist Kultur schon zum funktionalen Äquivalent des Rassenbe-

griffes geworden. Eine Denkweise, die eben nicht nur bei der rechtsextremen Bevölkerungsschicht vorzufinden ist. Auch wenn dies in der Gesellschaft und im vielbeschworenen Kampf gegen Rechtspopulismus gerne übersehen wird, weil das die Pseudodifferenzierung im Sinne des Gleichmachens sabotieren würde.

Kampfkunstschule Mikoyan Karate, Kampfkunst, Selbstverteidigung

Kampfkunst und Nahkampf wie Systema liegen voll im Trend. Wachsende Kriminalität macht Selbstverteidigung immer wichtiger. Der erfolgreiche Weg zur körperlichen und geistigen Stabilität beginnt mit der Wahl der richtigen Kampfschule. Aram Mikoyan hat diesen Trend erkannt und bietet in seiner Kampfkunstschule auf die Bedürfnisse der Schüler abgestimmten Unterricht. Er schult den Umgang und das Verhalten in möglichen Gefahrensituationen und stärkt zugleich das Selbstbewusstsein. Ob Manager, Hausfrau oder Schüler, jeder kann in eine gefährliche Situation geraten. So bietet die Kampfsportschule verschiedenste Kurse bereits ab dem 3. Lebensjahr. Von Kinderkarate, Frauen-Selbstverteidigung bis Senioren-Selbstverteidigung dienen die Kurse der Stärkung des Selbstbewusstseins, der Verbesserung der Konzentrationsfähigkeit und dem Stressabbau. Die Kampfkunstschule bietet auch Kurse in den Bereichen Karate, Nahkampf Systema, Kyokushinkai, Tae-Kwon-Do, Kickboxen, Thaiboxen, Boxen, MMA. Die Kampfkunstschule zeigt sich mit erfahrenen und erfolgreichen Meistern in einer puristischen und angenehmen Unterrichtsatmosphäre und einem qualitativ hochwertigen Equipment. Im Trend liegt auch der angebotene Nahkampfstil „Systema“. Aram Mikoyan trainierte selbst 8 Jahre beim Schöpfer des Stils und kann dadurch das Original aus erster Hand wiedergeben. Wir befinden uns im Herzen der City Berlin West, nur wenige Gehminuten vom Kurfürstendamm, in der Uhlandstraße.



Kontakt:
Uhlandstraße 19 10623 Berlin
Tel.: +49 (0)30 88 6281 80
eMail: kontakt@kampfkunstschule-mikoyan.de
Weitere Informationen unter
www.kampfkunstschule-mikoyan.de



**KAMPF
KUNST
SCHULE
MIKOYAN**

Liste islamistischer Anschläge und Anschlagversuche in Deutschland 2000-2016

Eine erste Übersicht über die Anschläge



Von Ulrich Jakov Becker

2016

Dezember 2016

Baden-Württemberg

Zwei jugendliche Moslems (17 und 15) aus Mannheim und Kreis Aschaffenburg werden festgenommen, nachdem ihnen ein islamisch-terroristischer Anschlagversuch auf eine öffentliche Einrichtung zu Last gelegt wird. Sie hatten u.a. versucht sich für den Anschlag Schusswaffen zu beschaffen.

23. Dezember 2016

Duisburg

Spezialeinheiten nehmen zwei im Kosovo geborene Brüder (28 und 31) wegen der Vorbereitung eines Anschlags auf ein Einkaufszentrum (vermutlich Centro in Oberhausen) fest.

19. Dezember 2016

Berlin

Der tunesische Terrorist Anis Amri ermordet bei einem Überfahr-Anschlag mit einem Sattelschlepper elf Weihnachtsmarktbesucher (u.a. aus Israel) und verletzt weitere 55. Mehrere Stunden zuvor hatte er den polnischen Fahrer des LKW auf einem Parkplatz erschossen und dann den Tatort observiert, während er Glaubensbrüdern ein Selfie schickte und sie aufforderte für ihn zu beten. Der Islamische Staat bekannte sich zu der Tat. Obwohl Ausweispapiere des Terroristen im Fahrerhaus gefunden wurden, hielten deutsche Behörden und Medien die Identität des Täters lange Zeit verdeckt. Der Terrorist konnte nach dem

Anschlag fliehen und wurde am 23. Dezember bei einer Routinekontrolle bei Mailand von einer Polizeistreife erschossen, nachdem er das Feuer auf sie eröffnet hatte. Im nachhinein wurde bekannt, dass der Terrorist den Behörden seit längerem als potentieller IS-Terrorist und Gefahr bekannt war.

16. Oktober 2016

Hamburg

Mord an einem 16-jährigen Jugendlichen durch einen Täter, der zwischen 23 bis 25 Jahre alt, 1,80 bis 1,90 Meter groß sein soll und eine „südländische Erscheinung“ sowie einen Dreitagebart gehabt haben soll. Der Junge wurde ohne Grund und sofort hinterrücks niedergestochen und seine 15-jährige Freundin stieß der Angreifer ins Wasser. Der Islamische Staat bekannte sich zu der Tat.

26. November 2016

Ludwigshafen

Ein 12-jähriger moslemischer Deutsch-Iraker mit IS-Verbindung versucht auf dem Ludwigshafener Weihnachtsmarkt eine selbstgebaute Nagelbombe zu zünden. Der Sprengsatz detoniert nicht. Der Attentäter versucht es abermals am 5. Dezember nahe des Ludwigshafener Rathauses, abermals ohne Erfolg, und wird von aufmerksam gewordenen Beamten festgenommen.

Oktober 2016

Sachsen

Festname des Syrers Jaber al-Bakr. Er soll einen Anschlag auf einen Berliner Flughafen geplant haben. Der 22-Jähri-

ge erhängt sich in seiner Zelle.

September 2016

Schleswig-Holstein

Festnahme dreier Syrer (17, 18 und 26), die im Auftrag des IS Anschläge in Deutschland geplant haben sollen.

September 2016

Köln

Ein 16-jähriger syrischer Zuwanderer wird festgenommen, nachdem er via Internetkontakt vom Islamischen Staat Anleitungen zum Bombenbau erhielt und einen Anschlag geplant haben soll.

24. Juli 2016

Ansbach

Ein 27-jähriger Syrer, der sich seit zwei Jahren als „Flüchtling“ in Deutschland aufhielt und IS-Kontakte pflegte, begeht einen Selbstmordanschlag mit Rucksackbombe vor einem Weinlokal. 15 Verletzte. Der Islamische Staat bekannte sich zum Anschlag.

18. Juli 2016

Würzburg

Axtangriff eines minderjährigen „Flüchtlings“ in einer Regionalbahn unter „Allahu Akbar“-Schreien. Ein zufällig vor Ort befindliches Polizei-Sonderkommando kann den Täter erschießen, nachdem er auch sie angegriffen hatte. 5 Schwerverletzte. Der Islamische Staat bekannte sich zum Anschlag.

Juni 2016

Bundesweit

Spezialkräfte der Polizei nehmen drei mutmaßliche IS-Anhänger in Nord-

rhein-Westfalen, Baden-Württemberg und Brandenburg fest, die einen Anschlag in der Düsseldorfer Altstadt geplant haben sollen.

19. Mai 2016

Bad Friedrichshall

Ein pakistanischer „Flüchtling“ ermordet eine 70-jährige Rentnerin in ihrer Wohnung und hinterlässt einen Zettel mit islamischen Inhalten.

10. Mai 2016

Grafing

Deutscher Moslem sticht auf Passanten unter „Allahu Akbar“ und „Ihr Ungläubigen!“ ein. Ein Toter, drei Verletzte.

16. April 2016

Essen

IS-inspirierter Täter verübt Bombenanschlag auf Sikh-Hochzeitsgemeinde. 3 Verletzte.

März 2016

Berlin

Ein 19-jähriger Syrer wird wegen vermutlichen Anschlagsplänen in Berlin festgenommen. Er soll u.a. Anschlagziele ausgekundschaftet haben.

26. Februar 2016

Hannover

Das 15-jährige moslemische Mädchen Safia S. mit marokkanischen Wurzeln sticht auf Bundespolizisten ein und verletzt ihn schwer. Sie gab in einem Chat an, bei einem Türkeiaufenthalt vom Islamischen Staat für einen Anschlag in Deutschland angeworben zu sein.

Februar 2016

Berlin

Festnahme von vier Terrorverdächtigen Algeriern in Berlin, Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen, nachdem diese einen Anschlag in Berlin geplant haben sollen.

2015

17. November 2015

Hannover

Eine detaillierte Warnung aus Israel verhinderte einen konkreten Terroranschlag in Hannover, u.a. beim Länderspiel Deutschland-Holland im Fußballstadion der Stadt, dem auch Kanzlerin Merkel im VIP-Bereich beiwohnte, bevor auch sie aufgrund einer akuten Warnung evakuiert wurde. Vermutlich war eine zeitversetzte Folge-Anschlagsserie an mehreren Orten nach Pariser Vorbild geplant, die so aber vollständig vereitelt werden konnte. Bis heute gab es keine bekannten Festnahmen oder weitere Aufdeckungen zu dem Anschlag. Es gab widersprüchliche Berichte über einen angeblichen Sprengstofffund in einem Krankenwagen vor dem Stadion.

17. September 2015

Berlin

Der islamische irakische und polizeibekannt Extremist Rafik K. (41), der nicht abgeschoben werden konnte, bedroht Passanten und sticht dann auf eine eingetroffene 44-jährige Polizistin ein und verwundet sie lebensgefährlich. Ihr Kollege erschießt den Täter.

Ende April 2015

Eschborn-Frankfurt

Festnahme eines salafistischen Ehepaars türkischer Herkunft (34 und 35), das im Verdacht steht einen Sprengstoffanschlag am 1. Mai auf ein Radrennen geplant zu haben. Das Rennen rund um den Finanzplatz Eschborn-Frankfurt wurde abgesagt. Bei der Hausdurchsuchung in der Wohnung des Ehepaars in Oberursel fanden Ermittler islamistische Gewaltvideos und im Keller eine Rohrbombe, Munition, Teile eines Sturmgewehrs G3 und eine Übungsgrenate für eine Panzerfaust.

28. Februar 2015

Bremen

Großeinsatz der Bremer Polizei gegen Salafisten aufgrund einer Terrorwarnung. Das islamische Kulturzentrum Bremen wurde durchsucht, in der Innenstadt patrouillierten mit Maschinenpistolen bewaffnete Polizisten und die Schutzmaßnahmen für die jüdische Gemeinde wurden erhöht.

15. Februar 2015

Braunschweig

Aufgrund einer „konkreten“ islamistischen Terrorwarnung wird der Braunschweiger Karneval, mit über 250.000 Jecken der größte Karnevalsumzug Norddeutschlands, von der Polizei abgesagt.

18. Januar 2015

Dresden

Aufgrund einer „konkreten“ islamistischen Terrorwarnung wird eine für den Folgetag geplante PEGIDA-Demonstration abgesagt.

2014

(keine bekannten Vorfälle)

2013

4. August 2013

Eisenhüttenstadt

Zehn Islamisten dringen in die Wohnung eines verheirateten Paares im

Asylaufnahmehaus ein und schlagen sie „wegen unsittlichen Verhaltens“ so schwer, dass die Schwangere ihr Baby verliert und der Mann in stationäre Behandlung muss.

März 2013

Bonn

Vier Islamisten werden unter Terrorverdacht festgenommen. Sie sollen ein Attentat auf den Chef von „Pro NRW“ geplant haben.

2012

Dezember 2012

Bonn

Festnahme des 26-jährigen deutschen Islamkonvertiten Marco G., nachdem er versuchte einen Bombenanschlag gegen den Bonner Hauptbahnhof zu verüben.

24. Dezember 2012

Bonn

Islamisten schneiden einem Inder teilweise die Zunge heraus, weil er ihr Angebot ablehnte zum Islam zu konvertieren.

12. Mai 2012

Bonn

Zwei Polizisten werden während einer Demonstration von einem Islamisten mit einem Messer verwundet.

Mai 2012

Bonn

Ausschreitungen nach dem Zeigen von „Mohammed-Karikaturen“: 29 Polizisten werden von „strenggläubigen Moslems“ mit Flaschen und Stangen verletzt.

2011

2. März 2011

Frankfurt am Main

Mordanschlag am Frankfurter Flughafen. Ein Moslem erschießt unter „Alahu Akbar“-Rufen gezielt zwei amerikanische Soldaten und verletzt weitere schwer. Zwei Tote, zwei Verletzte.

29. April 2011

Düsseldorf

Nach amerikanischen NSA-Hinweisen und einer Polizeiüberwachung erstürmt die GSG 9 zwei Düsseldorfer Wohnungen, nimmt drei Terroristen der El-Kaida-„Düsseldorfer Zelle“ fest, die einen Sprengstoffanschlag auf eine große Menschenmenge geplant haben soll. Ein vierter Terrorist der Zelle wurde später in Bochum gefasst.

2010

26. März 2010

Berlin

Zwei junge jüdische Frauen und ein Mann werden in einer U-Bahn-Station gefragt, ob sie jüdisch seien. Kurz darauf erscheint eine Gruppe Moslems und schlägt die drei brutal zusammen und zerschmettert Flaschen auf ihren Köpfen.

2009

(keine bekannten Vorfälle)

2008

September 2008

Köln

Anschläge in Deutschland

Islamistisch motivierte Attentate in Deutschland

Anschlag ■ verübt □ verhindert

26. Februar 2016

■ **Hannover**

15-Jährige greift mit Messer Polizisten im Hauptbahnhof an

16. April 2016

■ **Essen**

Drei Verletzte bei Sprengstoffanschlag auf Tempel der Sikh

2. März 2011

■ **Frankfurt/Main**

21-jähriger Kosovare tötet am Frankfurter Flughafen zwei US-Soldaten und verletzt zwei weitere

18. Juli 2016

■ **Würzburg**

Ein 17-jähriger Flüchtling greift in einem Regionalzug mehrere Fahrgäste an. Fünf Verletzte

Dezember 2016

□ **Ludwigshafen**

Ermittlungen gegen Zwölfjährigen wegen geplantem Bombenanschlag

April 2002

□ **Ruhrgebiet**

Zerschlagung einer Zelle der El-Tawhid-Gruppe

September 2007

□ **Oberschledorn**

Zerschlagung der Sauerland-Gruppe

April 2011

□ **Düsseldorf**

Zerschlagung einer Al-Kaida-Zelle

8. Oktober 2016

□ **Chemnitz**

Sprengstoff in Wohnung eines 22-jährigen Syers gefunden. Festnahme am 10. Okt.

24. Juli 2016

■ **Ansbach**

Ein 27-jähriger Flüchtling sprengt sich in die Luft. Mehrere Verletzte

© AFP

Drei Moslems zwischen 15 und 17 locken Polizisten im Stadtteil Rondorf in einen Hinterhalt, um sie zu entwaffnen und anschließend offenbar zu ermorden. Die Täter wurden zu Jugendstrafen verurteilt. Ende 2013 wird die Mutter von zwei der drei Täter am Flughafen Köln/Bonn beim versuchten Schmuggel von mehreren Sturmgewehren festgenommen.

28. Februar 2008

Odenwald

Drei christlich-orthodoxe Geschäftsreisende aus Georgien werden von Moslems auf ein einsames Gehöft gebracht. Dort erschießen die Täter zwei der Christen und schächten später den Dritten. Einer der Täter war ein V-Mann des Landeskriminalamts, der durch Blutspuren in seinem LKA-Wagen überführt wurde.

2007

September 2007

Medebach

Verhinderung großer Autobombenanschläge. Drei Terroristen der „Sauerland-Gruppe“ – ein türkischstämmiger Deutscher und zwei deutsche Islamkonvertiten –, Anhänger der „Islamischen Dschihad-Union“, werden in einem von ihnen gemieteten Landhaus von deutschen Spezialkommandos festgenommen. Einer der Terroristen eröffnet das Feuer und schießt einen Polizisten an, bevor er überwältigt werden kann. In dem Haus werden 700 kg Sprengstoffsubstanz und 26 militärische Zünder gefunden. Die drei Terroristen und ein weitere Helfer werden zu mehrjährigen Freiheitsstrafen verurteilt.

2006

31. Juli 2006

Köln

Zwei Kofferbomben in deutschen Regionalzügen zünden, explodieren aber nicht.

Die Täter fliehen ins Ausland und werden später als zwei libanesischen Moslems identifiziert, die u.a. in Deutschland studierten.

2005

(keine bekannten Vorfälle)

2004

Dezember 2004

Köln

Festnahme von drei „Ansar al-Islam“-Terroristen, die einen Mordanschlag gegen den damaligen irakischen Ministerpräsidenten Ijad Allawi während seines Deutschland-Besuches geplant hatten.

2003

März 2003

Verhaftung eines Tunesiers, der angeblich Anschläge auf amerikanische und jüdische Einrichtungen geplant hatte.

2002

April 2002

Berlin / Düsseldorf

Festnahme von zwei El-Kaida/El Tawhid-Terroristen, die Anschläge auf das jüdische Gemeindezentrum Berlin und jüdische Gaststätten in Düsseldorf geplant hatten.

2001

2001 Hamburg Drei der vier Selbstmordpiloten der Terroranschläge des 11. Septembers entstammten einer Hamburger Terrorzelle, wo sie u.a. die Anschläge vorbereiteten und regelmäßig die örtliche Al-Quds (Jerusalem)-Moschee besuchten.

2000

(keine bekannten Vorfälle)

Die schiitische Islamisten-Gruppe „Die Feder“

Die Feder der islamischen Revolution und die „israelische Frage“

Von Roger Letsch

Hält man als Reporter eines englischsprachigen Mediums ein Mikrofon unter die Nase eines Fatah-Führers und fragt nach Israel, kann man ohne Zweifel lange Reden über Besetzung, Rückkehrrecht, Apartheid und andere Nettigkeiten mitschneiden. Wenn das Mikrofon ausgeschaltet ist, wäre die Zurückhaltung auf Seiten des Interviewten sicher kleiner, die er sich bei der Frage nach dem Existenzrecht Israels auferlegen würde. Klar, der Hamas wäre es sogar egal, ob jemand mitschneidet, aber im Großen und Ganzen wissen die arabischen Palästinenser, wo das Geld herkommt, das in den schicken Häusern und fetten Limousinen ihrer Führungskaste steckt, da möchte man nicht ehrlicher sein als nötig. Denn irgendwie reagieren die Europäer immer wieder verstört, wenn sie von den Objekten ihrer Fürsorge erfahren, dass diese nicht nur einen eigenen Staat haben wollen, sondern den der Nachbar gleich mit.

Es gibt aber Politiker eines Staates, die sich noch weniger als die der Hamas zurückhalten, wenn es um die Frage geht, welches Land sich zwischen Jaffa und Jordan erstreckt. Israel selbstverständlich nicht, da ist sich die Staatsführung des Irans sicher! Das war nicht immer so. Bis 1979 gab es eine gut frequentierte Fluglinie Tel Aviv – Teheran und vielleicht erinnert sich auch noch der eine oder andere an die helle Aufregung im Jahre 2010, als man via Google Earth einen Davidstern auf einem Dach des Flughafens in Teheran entdeckte, der einst mit Hilfe israelischer Ingenieure errichtet wurde. Nun, die guten Beziehungen endeten bekanntlich im Jahr 1979, als die „islamische Revolution“ ihren Lauf nahm, deren Ziele Chomeini in insgesamt neun Punkten zusammenfasste:

1. Rückkehr Chomeinis aus dem Exil (das hat ja schon mal geklappt)
 2. Freilassung aller politischen Gefangenen (es war nie die Rede davon, diese nicht gegen neue politische Gefangene auszutauschen, falls man sich damit aufhielt, welche zu machen)
 3. Wiedereröffnung aller Religionschulen (check)
 4. Uneingeschränkte Redefreiheit (nicht uneingeschränkt und frei auch nicht)
 5. Verbot der Pornographie (aus heutiger Sicht gescheitert, wenn man Google fragt)
 6. Recht der Frauen, den Tschador zu tragen (welches man umgehend in eine Pflicht umwandelte)
 7. Unterstützung der Armen (indem man daran arbeitet, das ganze Land in Armut zu stürzen, check)
 8. Unabhängigkeit vom internationalen Kapitalismus und Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Israel (ersteres möchte man heute gern rückgängig machen und bei letzterem wissen wir, dass es nur das Nahziel war)
 9. Abschaffung der neuen, nach der 2500-Jahr-Feier eingeführten Jahreszählung und Rückkehr zum islamischen Kalender. (Geschenkt. Mag jeder nach dem Kalender leben, den er für den richtigen hält)
- Warum belästige ich Sie, liebe Leserin, lieber Leser, mit diesem Exkurs zu Chomeinis Wunschzettel? Weil er in Deutschland gerade wieder sehr aktuell



Der lange Arm der Mullahs reicht bis nach Niedersachsen

wird und sich zu diesem Zweck gewisse Organisationen in Stellung bringen. Dabei gibt sich der Islamismus von der schiitischen Seite einen ganz anderen, geradezu demokratischen Anstrich. Er flüstert, statt zu brüllen. Er lächelt, wenn er belehrt. Er bombt nicht, sondern bohrt. Und er stellt durch seine Flexibilität und Eloquenz ein intellektuelles Problem für unsere Medien dar.

„Die Feder“

Das ist der Name einer selbsternannten „NGO“, auf deren Internet-Startseite bereits neben sehr wenig Text das Portrait des aktuellen iranischen Revolutionsführers und de facto Staatschefs Ali Chämene prangt. Das „N“ für „nicht“ in NGO kann man also schon mal ersatzlos streichen. Erklärend fügt man bei der „Feder“ hinzu:

„Wir sind eine religiös-politische Organisation und haben unsere eigene Sicht auf die Gesellschaft in Deutschland. Wir beobachten, analysieren und kritisieren die Geschehnisse in unserer Gesellschaft aus muslimischer Sicht.“

Das kann man machen, o.k., solange ich nicht mitmachen muss und der „kri-

„Wenn ich im Jahr 2017 lese, dass man die pädagogischen Konzepte der Ahlulbayt, also des inneren Kreises um Mohammed, nicht nur auf die eigenen, sondern auch auf andere Kinder anwenden sollte, widerspreche ich so laut wie ich nur kann.“

tische Blick“ dem des Grundgesetzes standhält. Weiter im Text heißt es aber:

„Wir stehen für eine visionäre und spirituelle Erneuerung des Bewusstseins und sind Anhänger der Islamischen Revolution.“

Das steht da nicht auf Persisch, sondern auf Deutsch. Es geht also um die islamische Revolution in Deutschland – und spätestens jetzt sollte man doch etwas misstrauischer werden und sich mit den Ansichten und Aktionen dieser „Feder“ befassen.

Hannover machte am Samstag, dem 21. Januar 2017 Bekanntschaft mit der Agenda der „Feder“, als diese einen „Infostand“ – wie die „Neue Presse“ dies nannte – in der Fußgängerzone aufstellte, um den Passanten die Aussage „Israel ist illegal“ um die Ohren zu schlagen. Auf dem Tisch gab es zwei Wahlurnen, beschriftet mit „pro“ und „kontra“, in

welche die Passanten schwarze Chips einwerfen sollten. Als ob Passanten in Hannover darüber „abstimmen“ könnten, ob Israel das Recht hat ein Staat zu sein. Man kann ja auch nicht sinnvoll darüber abstimmen, ob die Erde eine Kugel oder Wasser wirklich nass ist.

Die Schlagzeile in der NP zeigt, dass man

von dieser neuen Art der Propaganda völlig überrumpelt wurde. Denn von einem Infostand konnte man eigentlich schlecht sprechen, Informationen wurden dort nicht verteilt. Gespräche waren das Mittel der Desinformation, Provokation das Ziel. Klingelt die Münze im „richtigen“ Kasten, ist ein Bruder oder eine Schwester im Geiste gefunden. Man bedient sich scheinbar des demokratischen Werkzeugs „Wahl“, um seine Vernichtungphantasie der Öffentlichkeit zu präsentieren. Interessantes Detail: ein wütender Bürger stieß den „Wahltsch“ um, was die federführende „Feder“ Hassan Mohsen zu der Feststellung auf seiner Webseite veranlasste, „randalierende Zionisten“ wären am Werk gewesen, worauf man die Polizei hätte rufen müssen. Nun, die Polizei kam tatsächlich, interessierte sich aber weniger für randalierende Zionisten und die Israelfahnen schwenkenden Gegendemonstranten samt SPD-Landtagsabgeordnetem Michael Höntsch, sondern für die nicht angemeldete Aktion der „Feder“, gegen deren Initiator Mohsen sie nun wegen Ordnungswidrigkeit ermittelt.

in Delmenhorst sehr aktiv. Dort ist er Vorsitzender der Partei MDU (Muslimisch Demokratische Union), von der Niedersachsens Ex-Verfassungsschutzchef Hans-Werner Wargel sagte, dass sie „die Demokratie mit den Mitteln der Demokratie bekämpfe“. Eine Aussage übrigens, die Hassan Mohsen als diffamierende Unterstellung zurückweist.

Offenkundiges?

Auf der publizistischen Seite der „Feder“ gibt es denn auch erstaunliches zu lesen. Man vermisst zum Beispiel in der Liste der acht reichsten Männer der Welt die Namen Rothschild und Rockefeller.

„Bei den Rothschilds geht man davon aus, dass sie zwischen 300 Milliarden und eine Billion Dollar besitzen. Also sie alleine besitzen etwa so viel bis drei Mal so viel wie die Hälfte der Menschheit. Bei den Rockefellers sieht es ähnlich aus. Allein John D. Rockefeller Senior besitze über 300 Milliarden und auch sein Bruder gehört zu den Steinreichen.“

Mit dem „Geprüft“ kann es schon mal nicht weit her sein, wenn man von John D. Rockefeller Senior im Präsens spricht, obwohl er seit 1937 tot ist. Woher „man“ diese Informationen überhaupt hat und wie es passieren konnte, dass ausgerechnet diese Schwergewichte durch die Maschen der Forbes-Liste gefallen sein sollen und warum König Midas dort auch nicht auftaucht, steht da leider nicht.

Da Hassan Mohsen Fan des iranischen Revolutionsführers ist, schreibt er natürlich auch darüber, wie so eine richtige Revolution aussehen muss und entdeckt dabei erstaunliches:

„2011 revoltierten Muslime in einigen arabischen Ländern gegen ihre Herrscherelite. Grund dieser Revolution war die immer deutlichere Unterstützung der arabischen Diktatoren für Israel. [...] Imam Chamenei bezeichnet diese Revolutionen der muslimischen Bevölkerung in arabischen Staaten als ‚Islamisches Erwachen‘.“

Was der Imam dabei ganz vergessen hatte, war die Tatsache, dass diese Revolution bereits 2009 begann. Und zwar ausgerechnet im Iran und dort gewaltsam niedergeschlagen wurde.

„Denn eine wahre Revolution ist erst dann eine Revolution, wenn sie sich gegen den herrschenden Unterdrücker richtet.“

So sieht er im Fall Syriens auch nicht die Aufständischen als die Revolutionäre, sondern Assad:

„Da Assad, Russland, Iran und die Hisbollah den Kampf um Syrien gewonnen haben, hat der Einfluss der USA abgenommen. So sind nur jene als Revolutionäre zu bezeichnen, die auf Seiten Assads kämpfen.“

So einfach ist das mit den Revolutionen, wenn man im Nachhinein definieren kann, wer wen unterdrückt hat. Überflüssig zu erwähnen, auf welcher Seite Hassan Mohsen in seinen windschiefen Machtphantasien den IS sieht... natürlich auf der Seite Israels!

Wie man Weihnachten richtig feiert und warum man sich integrieren soll

Wer schon einmal sah, mit welcher verbalen Gewalt und Lautstärke Salafisten wie Pierre Vogel „Da'wa machen“, erkennt meist sofort, dass die hier stattfindende Übergriffigkeit nicht die eines

sanften Einflüsterers ist, sondern die Kampfrunden eines Ex-Boxers sind. Mohsen und seine Federfreunde kommen mit anderem Geschütz daher. Keine Fausthiebe, keine moralischen blauen Flecke, sondern winzige Einstiche, die für Zweifel sorgen. Ahmad Abbas schreibt sich in seinem Artikel „Frohe Weihnachten“ ganz langsam an das Thema heran, beschreibt den typischen Vorweihnachtstress und das festliche Ambiente. Schön. Doch jetzt kommt die Nadel und die Vorwürfe werden langsam in die Blutbahn gepresst:

„Neben dem Weihnachtsbummel kommt die konventionelle Adventsmahlzeit auf den Speiseplan. [...] Das typische Fastengericht [...] gehört zum Weihnachtsmenü vieler Christen dazu. So nutzte man einst die Adventstage, um den Magen von der schweren Kost zu entlasten. Die Fastenzeit endete für gewöhnlich am 1. Weihnachtstag mit einem deftigen Essen zur Belohnung für den schweren Verzicht. Das Fasten an Weihnachten ist heute so gut wie verschwunden. Nur wenige Christen entsagen der nahrhaften Kost und nutzen die Zeit für eine seelisch-körperliche Läuterung.“

Aha, daher weht der Wind! Die Christen feiern ihre Feste nicht mehr richtig, haben das traditionelle Weihnachtsfasten vergessen und müssen sich von Muslimen darüber belehren lassen.

„Auch die Lehren und Weisheiten des ehrwürdigen Propheten Jesu verschwanden aus dem Gedächtnis und haben für das Weihnachtsfest so gut wie keine Bedeutung mehr.“

Ich erspare Ihnen weitere Zitate, denn der ganze Text zielt darauf ab, dass die Christen im Gegensatz zu den Muslimen nicht das tun, was ihnen „ihr Prophet“ aufgetragen habe. Alles freundlich und eloquent verpackt, so dass sicher nicht einmal der Verfassungsschutz daran Anstoß nehmen würde. Ein anderer Text „Warum wir uns integrieren müssen“ lässt bereits in der Headline Hoffnung auf ein harmonisches Zusammenleben aufkeimen. Aber zwischen all den wohlformulierten Mitmenschlichkeiten, zu denen fast jeder vorbehaltlos nicken würde, verstecken sich Absätze wie dieser:

„Gibt es im Kindergarten unserer Kinder einen Elternrat, der über ein pädagogisches Konzept entscheidet? Engagieren wir uns dabei, es kindgerechter zu gestalten! Was nützen uns sonst die vorbildhaften pädagogischen Konzepte der Ahlulbayt, wenn wir nicht versuchen, sie bei der Erziehung unserer und anderer Kinder mit einfließen zu lassen?“

Wenn ich im Jahr 2017 lese, dass man die pädagogischen Konzepte der Ahlulbayt, also des inneren Kreises um Mohammed, nicht nur auf die eigenen, sondern auch auf andere Kinder anwenden sollte, widerspreche ich so laut wie ich nur kann. Nein danke! Für derlei ist in den pädagogischen Konzepten unserer Kindergärten kein Platz.

„Will unser Land ein Freihandelsabkommen mit den größten Verbrechern auf der Erde abschließen? [...] Was nützen mir sonst der elfte und der zwölfte Vers der zweiten Sure des Qur'an, wenn ich nichts dagegen tue, dass unsere Regierung noch intensivere Geschäfte mit den größten Unheilstiftern auf Erden anstrebt?“

Mit den „größten Verbrechern“ sind im Text selbstredend die Vereinigten Staaten gemeint und mit den „größten Unheilstiftern“ ausdrücklich nicht der Iran. Noch eine Einschätzung, der ich mich nicht anschließen kann und die mich an der Tatsache zweifeln lässt,

dass Herr Mohsen auch nur mit einem Fuß auf dem Boden des Grundgesetzes steht – seine Standpunkte klingen doch sehr viel mehr nach Scharia und Da'wa.

Fazit

Die Seite muslim-essay.de, auf der Mohsen früher erbauliche antisemitische Artikel verfasste, (Titelbeispiel: „Gehen Israel die Juden aus“) ist mittlerweile vom Netz, die Domain verschwunden. Es sieht ganz so aus, als hätte Mohsen den Hammer eingepackt und versucht nun, Israel und alle seine Unterstützer mit feineren Waffen zu bekämpfen. Antisemitismus? Ach was, nicht die Bohne! Nur gegen Zionisten, die überall und besonders in Deutschland – und vielleicht noch beim IS – lauern, gegen die kämpft der

Gerontologe. Auffällig viele Studenten der Gerontologie folgen seinem Beispiel, wie man an den Autoren in seinem Umfeld sehen kann. Man darf annehmen, dass dies weniger mit dem Fach, als vielmehr mit den Einflüsterungen von Hassan Mohsen und seines Vorbilds Ayatollah Ali Chamenei zu tun hat. Betrachtet man die Wirkung und Stoßrichtung der Publikationen und Aktionen der „Feder“, wird schnell klar, wessen Tinte diese Plattform und ihr Gründer Hassan Mohsen bislang noch vorwiegend in Norddeutschland verspritzen: Es ist die Ideologie der iranischen Mullah-Gerontokratie, der schiitischen Form eines totalitären Gottesstaates. Israel das Existenzrecht abzuspochen ist dabei nur das augen-

fälligste Merkmal.

Der Verfassungsschutz hat „die Feder“ nach meinen Informationen bislang noch nicht auf dem Radar, in keinem Verfassungsschutzbericht Niedersachsens taucht der Name dieser Organisation auf. Nach den „Israel ist illegal“-Aktionen in Delmenhorst und Hannover sollte er jedoch darüber nachdenken, dies zu ändern. Schon allein um festzustellen, ob und in welcher Richtung und Absicht hier Gelder und Ideen fließen.

Wie sagte doch schon der Dichter Michael Beheim im 15. Jahrhundert: „Der furst mich hett in knechtes miet, ich ass sin brot und sang sin liet.“ – besser bekannt als „Wes Brot ich ess, des Lied ich sing.“



GREGORY'S
JOAILLIER

Unser Service für Sie

Gregory's Joaillier am Kurfürstendamm zeichnet sich nicht nur durch innovatives Design unter der Verwendung edelster Schmucksteine aus. Eine Besonderheit ist die haus-interne Werkstatt mit Goldschmied und Steinfasser, die vor Ort individuell auf Kundenwünsche eingehen können. Exklusive Sonderanfertigungen oder das sensible Umarbeiten von altem Schmuck wird hier professionell und mit größter Sorgfalt erledigt. Sowohl Fasser als auch Goldschmied können jahrelange Erfahrung und Expertise vorweisen und arbeiten auf höchstem Niveau.

Umarbeiten

Geliebter alter Schmuck hat oft einen starken emotionalen Wert, entspricht manchmal aber nicht mehr dem eigenen Geschmack. Gregory's Joaillier hilft Ihnen ein neues Lieblingsstück daraus zu machen, ohne dass es den ursprünglichen Charakter verliert. Von kleinen Änderungen bis hin zur kompletten Neufassung von Steinen und Umnutzung des Trägermaterials erstrahlen die antike Kette oder ein alter Ring in neuem Glanz.

Unikate

Entweder wählen Sie eines der bereits fertigen Unikate von Gregory's Joaillier oder aber Sie bringen einen eigenen Entwurf mit. Gemeinsam mit dem Inhaber Gregoy Loeb wird die Auswahl der Materialien und Steine sowie die Umsetzung besprochen. Leidenschaftlich gerne designt Gregory's Joaillier

Reparaturen und Reinigung

Ein Standard-Service für unsere Kunden: kleine Reparaturen und regelmäßige Reinigung Ihres vielgetragenen Schmucks gehören zum Standard-Repertoire. Selbstverständlich sind wir durch unsere hauseigene Werkstatt in der glücklichen Lage Ihre Schmuckstücke selbst zu reparieren. Gerne stehen wir Ihnen beratend zur Verfügung und machen Ihnen einen unverbindlichen Kostenvoranschlag.

Kurfürstendamm 50A 10707 Berlin

Tel.030 88917555
contact@gregorysjoaillier.com
www.gregorysjoaillier.com

Wehret den Anfängen! (I)

Wem und wozu nutzt die NPD?

Von Hartmut Krauss

Das deutsche Grundgesetz gilt als Dokument, das sowohl Lehren aus dem Scheitern der Weimarer Republik als auch aus der Schreckensherrschaft des Nationalsozialismus ziehen will. Nach einer verbreiteten Auffassung „waren die Verfassungsväter und -mütter bemüht, das neue Staatswesen so diktaturfest wie immer möglich zu machen“ (Mommmsen). Demnach kann angenommen werden, dass das Prinzip „Wehret den Anfängen“ dem Parlamentarischen Rat 1948/49 als Konsens zugrunde lag.

Im Interesse einer nunmehr als „wehrhaft“ zu gestaltenden Demokratie wurde dementsprechend auch die Möglichkeit eines Verbots verfassungsfeindlicher Parteien und Organisationen geschaffen. So heißt es in Artikel 9 (2) GG: „Vereinigungen, deren Zwecke oder deren Tätigkeit den Strafgesetzen zuwiderlaufen oder die sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder den Gedanken der Völkerverständigung richten, sind verboten.“ Zudem wurde in Artikel 139 GG das Fortgelten der Vorschriften über Entnazifizierung festgeschrieben: „Die zur ‚Befreiung des deutschen Volkes vom Nationalsozialismus und Militarismus‘ erlassenen Rechtsvorschriften werden von den Bestimmungen dieses Grundgesetzes nicht berührt.“ Die Neukonstituierung neonazistischer Organisationen zu verhindern und deren Fortwirken auszuschließen ist demnach kein rechtlich-normatives Problem, sondern primär eine Frage des politischen Willens inklusive der Überwindung willkürlich konstruierter rechtshermeneutischer Dogmen.

Bereits vor diesem Hintergrund ist die neuerliche Ablehnung des Verbots der NPD durch das Bundesverfassungsgericht zu kritisieren. Hinzu kommt aber noch, dass die Richter der NPD zwar eindeutig verfassungsfeindliche Ziele bescheinigen und ihr ein-



Andreas Vosskuhle, Präsident des Bundesverfassungsgerichtes, bei der Urteilsverkündung

stimmig eine Wesensverwandtschaft mit dem Nationalsozialismus sowie eine antisemitische Grundhaltung

„ Eine Zigarettenkippe sollte man austreten bevor der ganze Wald brennt.“

attestieren. „Das politische Konzept der NPD ist auf die Beseitigung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung gerichtet“, hieß es. Das aber,

so die willkürlich-revisionistische Setzung des Gerichts, sei letztlich nicht entscheidend. Ausschlaggebend sei

vielmehr, dass es der NPD derzeit an Durchsetzungskraft fehle. Damit gebe es momentan keine konkreten Anhaltspunkte von Gewicht, die es möglich erscheinen ließen, dass ihr Handeln zum Erfolg führe.

Suspendiert wird damit zum einen das Grundprinzip „Wehret den Anfängen“, während man zum anderen unter der Hand Geist und Buchstaben von Artikel 9 (2) revidiert, der keine leichtfertige und augenblicksbezogene Spekulation über die Durchsetzungschancen von verfassungsfeindlichen Vereinigungen kennt und zulässt. Das Bundesverfassungsgericht maß sich hiermit eine revisionistische Auslegungswillkür an, die vom demokratischen Souverän so nicht akzeptiert werden sollte. Denn mit dieser Entscheidung legalisiert, beschützt und erleichtert das Bundesverfassungsgericht die beständige Reproduktion, Zirkulation und Multiplikation totalitärer Gesinnungs- und Bewegungsformen.

Das Internationale Auschwitz-Komitee erklärte angesichts der Urteilsverkündung: „Heute ist ein tragischer Tag für die wehrhafte Demokratie (...) Eine empörende und erschreckend realitätsferne Entscheidung.“ Ich sympathisiere mit dieser Einschätzung. Aber ich halte die Entscheidung nicht für realitätsfern.

Möglicherweise werden die NPD und andere rechtsextreme Kräfte bis hin zu rechten Rändern der AfD mit ihren Aktionen, Aufmärschen und verbalen Entgleisungen als abschreckende Hin-

weisobjekte aber gebraucht, um zum einen mit aller Macht das ideologische Dogma der Islamapologetik aufrechtzuerhalten, Islamkritik sei per se „rechtsextrem“, „fremdenfeindlich“, „rassistisch“, obwohl sie mehrheitlich fortschrittlich, emanzipatorisch und antitotalitär ausgerichtet ist und den repressiven und autoritären Charakter des orthodoxen und radikalen Islam ins Visier nimmt. Zum anderen ist die NPD wesentlicher Bestandteil der politisch-medial einseitigen Fokussierung auf den deutschen Rechtsextremismus, während der zugewanderte orientalistisch-islamische Rechtsextremismus (Islamisten, Salafisten, Graue Wölfe etc.) trotz größerer Quantität und gefährlicherer Qualität – gerade auch im Hinblick auf jüdenfeindliche Einstellungen und Umtriebe – erheblich weniger Aufmerksamkeit auf sich zieht. Das pro-islamische deutsche Herrschaftskartell und seine Unterstützer in den Medien brauchen den einheimischen Rechtsextremismus als legitimations-, abschreckungs- und ablenkungs-ideologische Luft zum Atmen.

Nicht zuletzt erfüllt dann eine zwar als verfassungsfeindlich definierte, aber höchststrichterlich legalisierte NPD die Funktion eines Alibis für islamisch-totalitäre Organisationen nach dem Motto: „Wenn wir die NPD nicht verbieten können, dann müssen wir auch die islamischen verfassungsfeindlichen Vereinigungen und Bestrebungen hinnehmen.“ Der Gesellschaft wird von der politischen und juristischen Klasse damit Folgendes aufgenötigt: Die „Demokratie“ (das ist die als demokratischer Souverän enteignete Bevölkerungsmehrheit) muss „das“ (den einheimischen und zugewanderten expansiven Rechtsextremismus) aushalten. Am besten mit „mürrischer Gelassenheit“.

Warum eigentlich sollten wir das tun, anstatt uns wirkungsvoll zu wehren?



Das Führungspersonal der Neonazi-Partei in Karlsruhe

Wehret den Anfängen! (II)

NPD: Ab wieviel Prozent genau ist eine Partei gefährlich?



Von Jaklin Chatschadorian

Das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe

Im NPD-Verbotsverfahren hat der zweite Senat des Bundesverfassungsgerichts sich gegen ein Verbot entschieden (Urteil vom 17.01.2017, 2 BvB1/13). Zwar wurde die Verfassungswidrigkeit der Partei explizit festgestellt. Ein Verbot scheiterte jedoch an der Bedeutung bzw. der Gefährlichkeit der Partei im parteipolitischen bzw. gesellschaftspolitischen Rahmen. Es fehle an konkreten Anhaltspunkten von Gewicht, die es zumindest möglich erscheinen lassen, dass dieses Handeln zum Erfolg führe.

Dabei ist die Wirkungskraft einer verfassungswidrigen Partei – geht man nach dem Wortlaut des hier einschlägigen Art. 21 GG aus – nicht von Belang. Das Verfassungsgericht erkennt in seiner Entscheidung zwar, dass mit einem Verbot den Risiken zu begegnen ist, die von der Existenz einer Partei mit verfassungsfeindlicher Grundtendenz und ihren typischen verbandsmäßigen Wirkungsmöglichkeiten ausgehen. Es drängt sich jedoch der Verdacht einer falschen Risikobeurteilung auf.

Das unbeschriebene Tatbestandsmerkmal, die Bedeutung einer Partei, ist hier dem Europarecht entnommen. Nach Art. 11 Abs. 2 S.1 EMRK darf die Vereinigungsfreiheit nur dann Einschränkungen unterworfen werden, wenn diese in einer demokratischen Gesellschaft notwendig sind für die nationale oder öffentliche Sicherheit, zur Aufrechterhaltung der Ordnung oder zur Verhütung von Straftaten, zum Schutz der Gesundheit oder der Moral oder zum Schutz der Rechte und Freiheiten anderer. So geht das Bundesverfassungsgericht unter Einbeziehung der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes, dem Aspekt eines „dringenden sozialen Bedürfnisses“ auf Basis einer Gesamtwürdigung der Umstände des jeweiligen Einzelfalles, den Weg der „Notwendigkeit“ um letztlich auf die

Wirkungskraft der Partei abzustellen.

Der Blick auf Vorschriften höheren Ranges ist grundsätzlich geboten. Nur ist er hier nicht gut gelungen. Der Zusatz eines ungeschriebenen Tatbestandsmerkmals wirkt konstruiert. Das Grundgesetz hat die Notwendigkeit eines Verbotes bereits mit der Beschränkung auf die Prüfung der Ziele und dem Verhalten einer Partei bejaht.

Damit steht die deutsche Vorschrift

„Während wir einerseits ein beachtliches Volumen für den sogenannten „Kampf gegen rechts“ ausgeben, teilt uns das Verfassungsgericht mit, wir bekämpften jemanden, der sich an einem untauglichen Versuch übe.“

auch nicht in Widerspruch zu europäischem Recht aus Art. 11 Abs. 2 S.1 EMRK. Die konkretisierende bzw. korrigierende Hinzufügung des ungeschriebenen Tatbestandsmerkmals „Gefährlichkeit/Bedeutung“ ist überflüssig.

Gerade die Tatsache, dass Art. 21 Abs. 2 S.1 GG auf lediglich zwei Punkte abstellt, ermöglicht einer wehrhaften Demokratie möglichst früh mit einem Verbot zu reagieren. Die aktuelle Erweiterung des Bundesverfassungsgerichts aber ist besorgniserregend und kontraproduktiv.

Die Erfahrung zeigt uns, dass radikale Bestrebungen umso schwerer zu bekämpfen sind, je mehr sie an Boden gewinnen. Viel zu oft haben wir in der Vergangenheit dem Wachsen von radikalen Strömungen zugesehen und die von ihnen ausgehenden Gefahren nicht erkennen wollen.

Dieses Nicht-Verbot hat eine verheerende Signalwirkung. Es lässt sich nun feststellen, dass in der Bundesrepublik

Deutschland politische Vereinigungen, trotz vom Bundesverfassungsgericht festgestellter Verfassungsfeindlichkeit, weiter am demokratischen Meinungsbildungsprozess teilnehmen dürfen.

Verfassungswidrige Parteien können trotz gerichtlich festgestellter Verfassungswidrigkeit über die Parteienfinanzierung mit Steuergeldern aufrechterhalten und gewählt werden. Wahlerfolge scheinen nunmehr über

Ist ein Verbot bei ausgehendem Erfolg einer verfassungsfeindlichen Partei überhaupt noch sinnvoll?

Die Wehrhaftigkeit der Demokratie ist mit dieser Entscheidung um ein weiteres Moment gekürzt worden. Das dürfte die gravierendste Folge dieser kurzsichtigen Entscheidung sein.

Der Umweg auf die Wirkmächtigkeit der jeweiligen Partei abzustellen, erweist sich spätestens unter Berücksichtigung der Tatsache, dass die Bundesrepublik mehrere Verfassungsfeinde gleichzeitig zu bekämpfen hat, als fatal.

Zwar agieren in der Bundesrepublik viele verfassungsfeindliche, teilweise gewaltbereite Kräfte vor allem auf Vereinsebene. Über die letzten 30 Jahre konnten sich aber vor allem national-islamistische Kräfte auf kommunaler Ebene vernetzen, eigene Vereinigungen gründen, Netzwerke und Mitgliederstämmen ausbauen. Sie sind zu Dachverbänden, und mit der Allianz Deutscher Demokraten (ADD) um den National-Islamisten Remzi Aru sowie dem „Bündnis für Innovation und Gerechtigkeit“ (BIG Partei) auch zu Parteien nach dem Parteigesetz gewachsen.

Selbst wenn die NPD, die ADD und die BIG bundesweit noch von geringer Bedeutung sein sollten, so wird das Grundgerüst dieses Staates von derzeit mindestens drei verfassungsfeindlichen Parteien gleichzeitig angegriffen. Gesetz den Fall, wir warteten bis diese drei politischen Vereinigungen (bundesweit) jeweils ausreichend gefährlich im Sinne der aktuellen Verfassungsgerichtsentscheidung sind, bevor wir sie versuchen zu verbieten, so dürften wir ein Bundesland wie Nordrhein-Westfalen, zu solch einem Zeitpunkt bereits verloren wissen.

Die Autorin ist Rechtsanwältin, stellv. Vorsitzende des Integrationsrates der Stadt Köln und ehemalige Vorsitzende des Zentralrates der Armenier in Deutschland.

Der unerklärte Krieg der DDR gegen Israel

Der amerikanische Historiker Jeffrey Herf spricht in Potsdam über die Beteiligung der DDR am militärisch-politischen Krieg gegen Israel

Von Jerome Lombard

Es war kein einziger Stuhl mehr frei. An diesem Abend war der große Veranstaltungssaal des Zentrums für Zeithistorische Forschung (ZZF) in Potsdam bis auf den letzten Platz gefüllt. Das öffentliche Interesse war ganz offensichtlich groß. Die Besucher waren in die Räume des ZZF am Alten Markt in der historischen Altstadt gekommen, um ihn zu sehen und zu hören: Jeffrey Herf, Distinguished Professor am Department of History der University of Maryland in College Park.

Der 69-Jährige Historiker mit den Forschungsschwerpunkten Geschichte des Kalten Kriegs und Probleme des modernen Antisemitismus, war Ende Januar eigens aus den USA angereist, um über sein thematisches Steckenpferd zu sprechen: Die „unerklärten Kriege der DDR gegen Israel“. So lautete der Titel seines Vortrags, der sich an seine im vergangenen Jahr auf Englisch erschienene Publikation „Undeclared Wars with Israel. East Germany and the West German Far Left 1967-1989“ anlehnte.

„Dem Leser stockt regelrecht der Atem, wenn er liest, mit welcher Vehemenz sich der SED-Staat am Kampf gegen Israel beteiligte“, sagte Julius Schoeps, Direktor des Moses-Mendelssohn-Zentrums für europäisch-jüdische Studien an der Universität Potsdam mit Blick auf Herfs Buch. Nach wie vor seien viele Aspekte der Israelfeindschaft von links unbeleuchtet. Herf leiste mit seinen Studien einen wichtigen Beitrag zur ganzheitlichen Erforschung des spezifisch ostdeutschen und allgemeinen linken Antizionismus und Antisemitismus, so Schoeps. Herf sprach an diesem Abend weniger über die westdeutsche Linke, die er in seinem Buch in einem eigenen Kapitel behandelt, sondern fokussierte sich auf die konkrete Politik der DDR gegenüber dem jüdischen Staat. „Die DDR hat sich selber stets als Friedensstaat bezeichnet und Israel niemals offiziell den Krieg erklärt. Dennoch war die Unterstützung für die arabischen Staaten, die Israel zerstören wollten, und die verschiedenen Gruppierungen der PLO, enthusiastisch“, erklärte der Historiker. Die Unterstützung habe sich keineswegs nur auf die ideologisch-propagandistische Ebene beschränkt, sondern sei durch Waffenlieferungen aus ostdeutscher Produktion, Terror-Training und finanzielle Zuwendungen an PLO und andere palästinensische Terrororganisationen praktisch geworden.

Herf hat sich Anfang der 1990er Jahre durch die verschiedenen, vorher nicht öffentlich zugänglichen DDR-Archive in der Bundesrepublik gewählt, um möglichst viele Details über Waffenlieferungen und Kooperationspartnerschaften herauszufinden. Das ist ihm gelungen. Er hat Lieferverträge und andere Dokumente gefunden und in seinem Buch veröffentlicht, die bis dato von der DDR-Forschung kaum beachtet wurden. Sie geben über die waffentechnische Unterstützung der DDR vor allem für Ägypten, Syrien, Irak, und die finanziellen Zuwendungen an PLO und PFLP Aufschluss.

Schulterschluss mit Israels Feinden
Die Annäherung an die arabischen Staaten war, so Herf, spätestens seit dem Suezkrieg im Jahr 1956 das prioritäre außenpolitische Ziel der DDR im Nahen Osten. Im Fokus stand dabei von Anfang an Ägypten als das bevölkerungsreichste und militärisch stärkste arabische Land, das mit der Al-Azhar-Universität in Kairo



DDR-Staatschef Erich Honecker

zudem seit jeher das kulturelle Zentrum der arabisch-muslimischen Welt bildet. Hinzu kommt die führende politische Rolle in der panarabischen Bewegung, die Ägypten seit dem Machtantritt des notorischen Israel-Hassers Gamal Abdel Nassers im Jahre 1952 innehatte. Für die DDR-Führung galt Ägypten als wichtigster regionaler „Vorposten im Freiheitskampf der Völker gegen den Imperialismus“, wie es der Staatsrats-

klarer Abgrenzung zu dem israelfreundlichen Außenpolitikkurs der Bundesrepublik abzielte. Dabei ergab sich stets die Schwierigkeit, dass die arabischen Nationen als „blockfreie Staaten“ grundsätzlich an Kontakten zur Bundesrepublik als ökonomisch weitaus potenterem deutschen Teilstaat interessiert waren und die Androhung diplomatischer Anerkennung der DDR ihrerseits als politische Drohkulisse gegenüber West-

„Die Unterstützung der DDR habe sich keineswegs nur auf die ideologische Ebene beschränkt, sondern sei durch Waffenlieferungen aus ostdeutscher Produktion, Terror-Training und finanzielle Zuwendungen an PLO und andere palästinensische Terrororganisationen praktisch geworden.“

vorsitzende Walter Ulbricht bei seinem Staatsbesuch im Land der Pyramiden 1965 formulierte. Am Beispiel der Unterstützung für Ägypten wird auch deutlich: Die Politik der DDR gegenüber Israel war immer eine Kombination aus praktisch-politischen Kalkülen und ideologisch-sozialistischen Dogmen.

Herf referierte, dass die grundsätzlichen Interessen der DDR hinter ihrem verfolgten Annäherungskurs an die arabische Welt einerseits auf die Aufwertung des eigenen internationalen politischen Gewichtes bei gleichzeitiger

deutschland zu nutzen wussten. Zum anderen galten für die DDR als Gegenbild zu Israel, dem von der SED nur als „Speerspitze des US-Imperialismus in der arabischen Welt“ verhöhten jüdischen Staat, vor allem diejenigen arabischen Staaten als natürliche Verbündete im „progressiven antiimperialistischen Kampf gegen Zionismus und Reaktion“ und damit auch als potentiell mit dem Ostblock kooperierende, die von Regierungen geführt wurden, die sich an der Ideologie des arabischen Nationalismus orientierten. Neben Ägypten waren dies

vor allem Syrien, Irak sowie zu unterschiedlichen Zeitpunkten auch Südjemen, Sudan und Algerien.

An vorderster Front gegen den jüdischen Staat

Obwohl die SED-Führung in ihrer Nahost-Politik den allgemeinen Richtlinien des Souveräns und „großen Bruders“ Sowjetunion folgen musste, die den antiisraelischen und pro-arabischen Kurs seit 1956 vorgab, sei es doch erstaunlich, so der amerikanische Professor, dass gerade der deutsche Teilstaat sich an vorderster Front am Kampf gegen den jüdischen Staat beteiligte. Herf wies in diesem Zusammenhang darauf hin, dass die DDR anders als die Sowjetunion und andere Staaten des Warschauer Paktes, die bis zum Sechs-Tage-Krieg 1967 diplomatische Kontakte zu Israel unterhielten, die DDR-Führung Zeit ihres Bestehens ausschließlich bilaterale Beziehungen zur arabischen Seite angestrebt hatte. Verhandlungen mit Israel über die Aufnahme diplomatischer Kontakte erfolgten zu keinem Zeitpunkt. Die DDR hat Israel nie als Staat anerkannt, geschweige denn, Reparationsleistungen wie die Bundesrepublik gezahlt.

„Das ostdeutsche Regime war nicht etwa ein zurückhaltender Teilnehmer am Angriff des Sowjetblocks gegen Israel“, erklärte Jeffrey Herf. „Gleich, welche Intentionen die Verantwortlichen des SED-Regimes für ihren israelfeindlichen Kurs hatten, ob sie nun überzeugte Antisemiten oder antiimperialistische Alt-Kommunisten waren, in der Konsequenz war ihre Politik in jedem Fall antisemitisch“, resümiert der Professor. Immerhin sei es die erklärte Absicht gewesen, den jüdischen Staat zusammen mit den radikalsten Vertretern des arabischen Nationalismus zu vernichten. „Der Ostblock hätte den Kalten Krieg in Nahost nur gewinnen können, wenn Israel zerstört worden wäre. Die Vernichtung Israels wurde vom Realsozialismus nicht nur billigend in Kauf genommen, sondern aktiv betrieben“, so das Fazit des Historikers. Durch die von der DDR betriebene militärische Ausrüstung der extremsten Feinde Israels gepaart mit der Verteufelung der jüdischen Nationalstaatsbewegung Zionismus als „Faschismus“, habe die SED nicht nur für übelste antiisraelische Propaganda gesorgt, sondern auch dafür, dass nur wenige Jahrzehnte nach der Shoah wieder deutsche Waffen an der Ermordung von Juden beteiligt waren.

Jeffrey Herf war es an diesem Abend wichtig, zu betonen, dass sich seine Forschung nicht nur an ein historisch interessiertes Fachpublikum richtet. Mit seinen Vorträgen und Büchern will er auch gegen die vor allem in Deutschland betriebene Geschichtsklitterung ankämpfen, die den SED-Unrechtsstaat als autoritär-patriarchales System verniedlicht. Die Erforschung des engen Bündnisses von deutschen Kommunisten und arabisch-muslimischen Antisemiten gegen den Staat der Shoah-Überlebenden Israel, ist für den Professor immer auch ein Stück politische Aufklärungsarbeit.

Jeffrey Herf, *Undeclared Wars, East Germany and the West German Far Left 1967 – 1989*, Cambridge University Press 2016, 500 Seiten, 27,64 Euro.

„Willkommenskultur“ für Antisemiten?

Muslimischer Antisemitismus in Deutschland und die Zuwanderungswellen von 2015/2016

Von Urs Unkauf

Im Zuge der unregulierten Zuwanderungswellen seit September 2015 hat die Bundesrepublik Deutschland mit der Aufnahme von ca. einer Million Einwanderern (die Dunkelziffer der bis heute Unregistrierten nicht inbegriffen) eine große Herausforderung zu bewältigen. Diese überwiegend aus muslimischen Ländern stammenden Einwanderer – oft pauschal mit dem wohlklingenden Terminus „Flüchtlinge“ etikettiert – mögen einerseits neue Chancen und Perspektiven auf die deutsche Gesellschaft eröffnen und den demographischen Herausforderungen in der deutschen Bevölkerung entgegenwirken. Andererseits sind damit ebenso Probleme verbunden, die im offiziellen Diskurs oft eine lediglich nachrangige Aufmerksamkeit erfahren.

Die Frage, inwiefern wir es derzeit mit einem Wiedererstarken antisemitischer Ressentiments, Werthaltungen und Handlungen in Deutschland zu tun haben, kann nicht seriös beantwortet werden, wenn über die Rolle des Antisemitismus in muslimisch geprägten Milieus dezidiert geschwiegen wird. Hierbei ist ersichtlich, dass der Antisemitismus als historische Kontinuität seine konkreten Erscheinungsformen gewandelt hat und heute kaum noch in einer rassistisch begründeten Version öffentlich mitteilbar ist. Stattdessen werden vermeintliche Differenzierungsversuche unternommen, um Antizionismus und Antiisraelismus als „legitime Israelkritik“ zu inszenieren, woraus sich im Kern jedoch alter Wein aus neuen Schläuchen ergießt – nämlich Antisemitismus in seiner „modernen“ Ausprägung. Natan Scharansky präsentiert mit seinem international anerkannten 3D-Test einen gängigen gleichwie praktischen Leitfadens zur Prüfung, ob eine Äußerung als antisemitisch gelten kann. Dies ist dann der Fall, wenn Israel dämonisiert oder delegitimiert wird sowie bei der Anwendung doppelter Standards in der Beurteilung von Sachzusammenhängen.

Die zentrale Frage hierbei ist, ob wir mit der Aufnahme der benannten Einwanderergruppe eine grundsätzlich neue Entwicklung beobachten oder ob diese vielmehr bereits vorhandene Tendenzen bestärkt: Nach einem Befund des Bundesinnenministeriums von 2007 unter muslimischen Schülern in Deutschland sind jüdenfeindliche Einstellungen dort dreimal so häufig anzutreffen wie bei Nichtmuslimen. Als Grund hierfür lässt sich die traditionell enge Familienbindung sowie der prägende Einfluss einer Sozialisation in islamisch-konservativen Kreisen und die damit einhergehende Abhängigkeit bereits im Jugendalter erwähnen. Das Narrativ einer „Marginalisierung der Palästinenser“ in einer ahistorisch verzerrten Wahrnehmung des Nahostkonfliktes sowie die Annahme, man dürfe Israel in Deutschland aufgrund der Schoah nicht kritisieren, wirken wie ein Mantra der rational-diskursiven Isolation und bieten oftmals sehr schwierige Voraussetzungen, in diesen Milieus einen unvoreingenommenen Blick auf Juden und den Staat Israel anzutreffen.

Die Zuschreibung „islamophob“ kam 1979 als Wortschöpfung der Anhänger der iranischen Mullahs auf. Die Politikwissenschaftler Matthias Küntzel und Hamed Abdel-Samad legen in ihren Wer-



Die Synagoge in Düsseldorf, die im Jahre 2000 Ziel eines moslemischen Anschlags wurde.

ken (2007 bzw. 2015) überzeugend dar, wie die Dominanz radikaler und dschihadistischer Strömungen innerhalb des politischen Islam dazu führte, dass Juden Hass als Identifikationsmerkmal isla-

besondere auch die zweite und dritte, in Deutschland sozialisierte Generation von Menschen mit muslimischem Migrationshintergrund. Wie erklärt sich der Juden Hass dieser jungen Menschen,

Auch in Deutschland mangelt es bisher an einer soliden Datenbasis zu dem in jüngster Zeit ‚importierten‘ antisemitischen Einstellungsträgern.

Es gehört zur Ironie des Zeitgeschehens, dass gerade die Vertreter einer politischen Korrektheit in der öffentlichen Debatte eine gesellschaftliche Teilgruppe pauschalisierend positiv bewerten, die ihre inhärenten Werte wiederum gar nicht teilen. Man denke an die potenziellen Erkenntnisse einer Studie über die Einstellungen von Zuwanderern und Flüchtlingen zu Homosexuellen- und Frauenrechten. Im bundespolitischen Diskurs wird derzeit noch kein Raum für die Auseinandersetzung mit dem muslimischen Antisemitismus oder gar eine Strategie für den Umgang damit geboten. Konkrete Reformprojekte auf kommunaler Ebene auf Grundlage einer klaren Linie gegenüber islamistischen Tendenzen und Formierungen, wie sie u. a. der ehemals Neuköllner Bezirksbürgermeister Heinz Buschkowsky (SPD) vertritt, weisen hier einen möglichen Weg des Aufbrechens antisemitischer Sozialisationsgefälle hin zu einer demokratischen Wertevermittlung. Ebenso wichtig bleibt ein wirklicher Dialog mit den Vertretern eines liberalen und reformoffenen Islam.

Die sachliche Prüfung solcher Vorschläge würde zu der notwendigen Debatte um den teils latent verbreiteten, teils radikal auftretenden Antisemitismus in muslimischen Milieus einen konstruktiveren Beitrag leisten, als solche Vorhaben mit pauschalen „Islamophobie“-Vorwürfen a priori zu konterkarieren. Eine „Willkommenskultur“ für Antisemiten sowie die fatalen Implikationen eines falsch verstandenen Toleranzbegriffes, der den Feinden der Freiheit ein Forum zur Propagierung ihrer Thesen bietet und damit die Werte des Grundgesetzes ad absurdum führt, leistet dazu definitiv keinen positiven Beitrag.

Der Begriff „islamophob“ wurde 1979 von den iranischen Mullahs geprägt

mistischer Gruppierungen die Basis einer Vernichtungsideologie darstellt, die sich hinter dem Deckmantel des Nahostkonfliktes verbirgt. Küntzel resümiert:

„Ziel des Islamismus ist die Beherrschung der Welt, die dem Islam freiwillig beitreten darf oder gewaltsam zu erobern ist. Sein wichtigster Widersacher ist die westliche Welt und deren Zivilisation. Die Juden werden nicht zu Unrecht als eine Avantgarde dieser Zivilisation betrachtet, weshalb Islamisten in ihnen die zuerst zu vernichtenden Todfeinde sehen.“

Warum, so möchte man meinen, sollten in Deutschland lebende Muslime ihre politische Willensbildung maßgeblich auf einen politischen Konflikt stützen, der ihre unmittelbaren Lebensumstände nicht betrifft? Die traditionelle Weitergabe des antisemitischen Feindbildes vom rachsüchtigen, raffgierigen und verschlagenen Juden weist anscheinend eine intergenerationale Kontinuität auf. Auch in Einrichtungen der religiösen Sozialisation finden antisemitische Parolen breite Zustimmung. Ein populäres Beispiel hierfür ist die Al Nur-Moschee im Berliner Bezirk Neukölln, wie entsprechende YouTube-Videos nach wenigen Mausklicks offenbaren.

Levi Salomon, Antisemitismusbeauftragter der Jüdischen Gemeinde Berlin, stellt einen Anstieg des muslimischen Antisemitismus seit dem Ende der Neunzigerjahre fest. Dies betrifft ins-

die fernab des Nahostkonfliktes aufgewachsen sind? Der deutsch-israelische Psychologe Ahmad Mansour äußert zu diesem Phänomen, dass viele

„Muslime nicht gelernt haben, wirklich zu denken. Die haben das Gefühl, sie müssen ihre Religion beschützen. Deshalb kann es nicht sein, dass innerhalb ihrer Religion so ein Ungeheuer wie zum Beispiel die IS entsteht. Dafür brauchen sie einen Sündenbock. Und da bieten sich die Juden wie immer einfach ganz wunderbar an.“

Eine weitere Quelle der antisemitischen Radikalisierung findet sich im Medienkonsum: Oftmals werden Verschwörungstheorien aus den sozialen Netzwerken adaptiert, ohne diese mit Gegendarstellungen abzugleichen oder in einschlägigen Leitmedien zu recherchieren.

Wie verhält es sich nun mit dem Einfluss der Flüchtlingswellen auf das Erstarken des Antisemitismus? Josef Schuster, Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland, findet dazu klare Worte: „Wer mit einem solchen Feindbild groß geworden ist, legt es nicht einfach beim Grenzübertritt ab.“ In einem Beitrag für den Tagesspiegel vom 6. Juni 2016 macht Rabbiner Abraham Cooper deutlich, dass diese Problematik keinesfalls nur Deutschland betrifft – in anderen europäischen Staaten, sinnbildlich steht hierfür Frankreich, konnte der Hass auf Juden bisher auch nicht wirkungsvoll bekämpft werden.

Offener Brief an Herrn Kurt Beck, Vorsitzender des Verwaltungsrats des ZDF

„Frontal21“-Redaktion vergleicht den US-Präsidenten mit Adolf Hitler

Sehr geehrter Herr Beck,

wir erlauben uns Sie auf die ZDF-Sendung „Frontal 21“ vom 24. Januar 2017 und den dortigen, unseres Erachtens überaus diffamierenden Beitrag über den neugewählten US-Präsidenten Donald J. Trump hinzuweisen.

Mit suggestiv zurechtgeschnittenem Filmmaterial und begleitendem Tonbeitrag wird in der genannten Sendung der Präsident unseres wichtigsten Verbündeten und der bedeutendsten westlichen Demokratie in geistige und faktische Nähe zu Adolf Hitler gerückt.

Dies ist nicht nur wahrheitswidrig und überaus diffamierend, es bagatellisiert auch die geschichtliche Bewertung der beispiellosen Verbrechen des deutschen Kriegsverbrechers und Verantwortlichen für den Mord an 6 Millionen europäischen Juden.

Wir bringen Ihnen diesen Vorfall zur Kenntnis, weil wir davon ausgehen, dass Ihnen die Ausstrahlung dieses vorsätzlich falschen Sachverhalts entgangen ist und deshalb keinen Eingang in die Ausübung Ihrer politischen und ethischen Verantwortung zu den Sendein-



halten dieser Anstalt des öffentlichen Rechts gefunden hat.

Bei aller Wertschätzung der für eine Demokratie unverzichtbaren Gewährung von Pressefreiheit, sind

wir der Überzeugung, dass die verantwortungslose Verbreitung von geschichtlichen Fehlbezügen und diffamierenden Inhalten nicht Bestandteil von Sendebeiträgen des öffentlich-rechtlichen Senders ZDF sein kann und darf. Wir erwarten daher Ihre entsprechenden und geeigneten Veranlassungen zur öffentlichen Richtigstellung dieses skandalösen Sachverhalts und zur nachhaltigen Sicherstellung, die Wiederholung derartiger Vorfälle in Zukunft wirksam zu verhindern.

Der guten Ordnung halber weisen wir darauf hin, dass wir dieses empörende Fehlverhalten der „Frontal 21“-Redaktion zur Erwägung rechtlicher Schritte den entsprechenden US-Behörden zur Kenntnis gebracht haben und auch von dieser Seite die Möglichkeiten zur Einleitung eines Strafverfahrens gegen die Verantwortlichen überprüfen.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Dr. Rafael Korenzecher
Herausgeber „Jüdische Rundschau“ und „Evrejskaja Panorama“

Ein Umzug gefährdet den Weltfrieden?

Trump will die US-Botschaft endlich nach Jerusalem verlegen

Von Ulrich Sahn

Der gewählte US-Präsident Donald Trump beabsichtigt, die amerikanische Botschaft von Tel Aviv nach Jerusalem zu verlegen.

Die Palästinensische Autonomiebehörde trommelt ihre Truppen zusammen. Der Religionsminister von Präsident Machmud Abbas, Muhammad al-Abasch, bezeichnete die Absicht Trumps als „Kriegserklärung gegen die Palästinenser“. In Moscheen im Westjordanland zwischen Dschenin und Hebron gab es Proteste: Das sei eine offene Attacke gegen den Islam, vernichte jede Chance auf einen Friedensprozess und sei ein Angriff auf „die Religion, die Kultur und die Geschichte“. Präsident Abbas wertete die Absicht als „Aggression“, als ein „Überschreiten aller roten Linien“, eine Krise für die ganze Region und den Weltfrieden. Der scheidende US-Außenminister John Kerry stimmte in den Chor ein. Er warnte bei CBS vor einer „absoluten Explosion, nicht nur im Westjordanland, sondern auch in Israel und in der ganzen Region“.

Worum geht es?

Nach der Gründung Israels 1948 und der Aufnahme diplomatischer Beziehungen, haben sich fast alle Staaten geweigert, West-Jerusalem als die Hauptstadt Israels anzuerkennen, obgleich dort der Präsidentensitz, das Ministerpräsidentenamt und die meisten Ministerien eingerichtet worden sind. Ost-Jerusalem mitsamt Altstadt und den Heiligen Stätten ist 1949 von Jordanien erobert und annektiert worden. Das wurde nur von Pakistan anerkannt, war also „völkerrechtswidrig“, wie man heute sagen würde.

Die Weigerung, West-Jerusalem als Teil Israels anzuerkennen, wurde begründet mit der „Empfehlung“ der UNO-Generalversammlung vom 9. November 1947, im britischen Mandatsgebiet Palästina einen jüdischen und einen arabischen Staat entstehen zu lassen, aber Jerusalem mitsamt christlichen Ortschaften wie Bethlehem als „Corpus separatum“ auszuklammern und unter die Verwaltung des UNO-Sicherheitsrates zu stellen. Die UNO-Resolution wurde von den arabischen Staaten abgelehnt, weil das die Akzeptanz des jüdischen Staates bedeutet hätte.

Der Status Jerusalems hatte kreative

diplomatische Schritte zur Folge. Westjerusalem wurde „de facto“ als Teil Israels anerkannt, aber nicht „de jure“. Nur so konnten die Botschafter ihre Beglaubigungsschreiben dem Staatspräsidenten in Jerusalem überreichen und Gespräche mit der Regierung führen, ohne Israel Anspruch auf Jerusalem anzuerkennen.

In Ost- und Westjerusalem unterhielten die USA, Spanien, Frankreich und die Türkei Konsulate mit zwei Filialen, eine für Araber und eine für Juden. Diese Konsulate waren jedoch nicht beim Staat Israel akkreditiert, sondern bei dem nie implementierten „corpus separatum“. Gleichwohl benötigten diese Konsulate offizielle Kontakte, um sich CC-Nummernschilder für die Autos und zollfreien Whiskey zu besorgen. Mit dem Staat Israel konnten oder wollten sie nichts zu tun haben. Deshalb hat das Außenministerium einen Diplomaten an die Jerusalemer Stadtverwaltung „ausgeliehen“, der dort die Konsularbeamten empfängt.

Mauer zwischen Ost und West

Noch komplizierter wurde die Lage 1967, als Israel Ost-Jerusalem eroberte, die Stadtgrenzen erweiterte und das ganze Gebiet annektierte. 1980 wurde es per Parlamentsbeschluss zur „vereinigten und ewigen Hauptstadt“ erklärt. Aus Protest schloss die Türkei ihr Konsulat, obgleich das doch gemäß diplomatischen Gepflogenheiten eigentlich die Nicht-Anerkennung Israels symbolisierte.

Der Status Jerusalems hatte kreative diplomatische Schritte zur Folge. Westjerusalem wurde „de facto“ als Teil Israels anerkannt, aber nicht „de jure“.

Wie in Berlin trennte eine Mauer zwischen Ost und West. Sie diente nicht der Verhinderung der „Republikflucht“, sondern dem Schutz gegen Schüsse jordanischer Scharfschützen. In die Schneise, wo bis 1967 die Mauer verlief, wurden Straßenbahnschienen verlegt und eine Autobahn gebaut.

Ost-Jerusalem war fortan „corpus separatum“, „illegal besetzt“ und seit Einrichtung der Autonomiebehörde 1994



US-Botschaft in Tel Aviv

zusätzlich von den „Palästinensern“ beanspruchte „künftige Hauptstadt“.

Die EU fördert die „palästinensischen“

nischen Botschaft nach West-Jerusalem dem neuen amerikanischen Präsidenten den „Krieg erklären“, bekunden sie Ansprüche, auch auf den seit 1948 zu Israel gehörenden Westteil der Stadt. Das gibt dem Nahostkonflikt eine neue Wende. Der könnte nicht einmal die vermeintlich alternative „Zweistaatenlösung“ abhelfen.

Zuerst erschienen bei Honestly Concerned.

(Anm. d. Redaktion: Der US-Kongress hat 1995 den „Embassy Act“ erlassen. Dieser besagt, dass die US-Botschaft in Jerusalem eröffnet werden soll, und zwar bis zum 31. Mai 1999. Das wurde jedoch bis heute nicht umgesetzt, weil die US-Präsidenten Clinton, Bush und Obama von ihrem Recht Gebrauch gemacht haben, diesen Umzug immer wieder zu verschieben.

TuS REISEBÜRO
IHR SPEZIALIST FÜR ISRAELREISEN

Das Heilige Land

GRUPPENREISEN NACH ISRAEL
Ganzjährig möglich

AB 878€ pro Person HP/ DZ/ 1 Woche
HOTEL, TRANSFERS, AUSFLÜGE

Buchen Sie über unser Reisebüro

Flüge nach Israel mit:

EL AL, ISRAIR, EasyJet, UP **AB 99€**

HOTELS:

TEL AVIV

Armon Hayarkon 3* 461€ | 7T | ÜF

JERUSALEM

Prima Park 3* 392€ | 7T | ÜF

NETANYA

Galil 3* 337€ | 7T | ÜF

Ihr zuverlässiger Partner für organisierte Reisen

Flüge weltweit | Reiseberatung und Planung | Visum in GUS-Länder | Reisen auf Kredit

NEU EXCLUSIVE TOURS TuS Reisebüro

● Sri-Lanka ab 724€ (10T, HP) (Hotels, Transfers, Ausflüge)

● VIETNAM ab 1920€ (15 Tage)

● MADEIRA ab 699€ (7 Tage)

● GEORGIEN ab 650€ (7 Tage)

● ASERBAIDSCHAN ab 850€ (7 Tage)

● ST. PETERSBURG ab 450€ (4/5 Tage)

KUR URLAUB (Sanatorium)

Baltyk 3* (Kolberg) ab 258 p.P. | 15 Kur. | 6T | VP

Jaunkemeri (Lettland) ab 252 p.P. | 20 Kur. | 6T | VP

Belvedere 4* (Karlsbad) ab 255 p.P. | 15 Kur. | 6T | HP

Kur am Toten Meer:

Kibbutz Ein Gedi + SPA Paket

DZ | HP p.P. ab 850€ p.P.

Hotel Lot 3* | DZ | HP p.P. ab 650€

Pauschalreisen Weltweit

Spanien ab 370€

Italien ab 470€

Zypern ab 360€

Emirates ab 880€

Kuba ab 970€

Griechenland ab 480€

Türkei ab 385€

Kanaren ab 525€

Thailand ab 760€

Bali ab 990€

Beerdigt die „Zweistaatenlösung“ endlich!

Diese „Lösung“ ist keine Lösung, sondern das Problem

Von Daniel Greenfield

Die Zweistaatenlösung steckt in Schwierigkeiten. – „Zweistaatenlösung“ ist ein perverser Euphemismus für das Vorhaben, einen islamischen Terrorstaat aus dem israelischen Land und das lebendige Fleisch aus dem israelischen Volk herauszuschneiden. Die „Lösung“ hat nichts gelöst – abgesehen vom Mangel an Gräbern in Israel und an muslimischen Terroristen im Mittleren Osten. Nun ist sie Gegenstand großer Bedenken seitens der Berufsbedenkenträger vom US-Außenministerium bis zur New Yorker Fifth Avenue.

Obamas Verrat an Israel bei der UNO sollte die Zweistaatenlösung vor Trump „retten“. Die Medien warnen davor, dass David Friedman, der von Trump eingesetzte Botschafter, so pro-israelisch sei, dass er die „Lösung“ töten könnte. – Man kann nichts töten, was noch nie lebendig war.

Die Zweistaatenlösung ist ein Zombie. Sie kann nicht tot sein, weil sie nie gelebt hat. Sie war die verrottende, schlürfende Leiche eines diplomatischen Prozesses. Wenn man bei den politischen Vorgängen entgegen der Windrichtung stand, wirkte sie lebendig.

Aus der Nähe betrachtet war da nur Blut und Tod.

Wie das Heilige Römische Reich löste die Zweistaatenlösung keine Probleme und sie war nie darauf ausgelegt, zwei Staaten hervorzubringen. Abgesehen vielleicht von einem Hamas-Staat in Gaza und einem Fatah-Staat im Westjordanland.

Welches Problem löste die „Zweistaatenlösung“?

Jedenfalls nicht das Problem des Terrorismus. Land, Waffen und Macht an einen Haufen Terroristen zu übergeben, führte zu noch mehr Terrorismus. Es ist kein Zufall, dass der islamische Terrorismus zur selben Zeit weltweit zunahm.

Die Folgen davon, Terroristen ihr eigenes Land zum Spielen zu geben, waren so vorhersehbar wie die Unterseite eines Bootes aufzubohren oder einen Toaster in einem Schaumbad anzuschalten. Gemeingefährlichen Soziopathen Waffen in die Hand zu drücken konnte mit eher geringer Wahrscheinlichkeit zu Frieden führen. Am ehesten kommt Mord bei so etwas heraus. Und so war es auch geplant.

Das Problem, das die Zweistaatenlösung zu lösen im Begriff war, war die Existenz Israels; das Judenproblem. Sprühe die Zweistaatenlösung auf ein lästiges Land voller Juden, denen es gelungen ist, mehrere muslimische Völkermorde zu überleben. Wende sie an und warte, wie lange es dauert, bis das Judenproblem wieder gelöst ist.

Die Zweistaatenlösung hat die Gewalt nicht beendet. Sie hat sie überlaufen lassen. Sie hat nicht einmal einen palästinensischen Staat hervorgebracht. Aber sie hat recht ordentlich dazu beigetragen, das Judenproblem durch das Töten von Juden zu lösen.

Sie hat Tausende von ihnen getötet. Sie hat Friedhöfe gefüllt, Städte und Dörfer ethnisch gesäubert und Jerusalem sowie Tel Aviv zum ersten Mal seit einer Generation den Krieg gebracht. Sie machte den Terror von einer Anomalie zur Routine. Für die muslimische Bevölkerung, die von den Terroristen kontrolliert wird und für die jüdische Bevölkerung, die von ihnen ins Visier genommen wird, hat sie den Tod zur einer Lebensart gemacht. Sie stellte erstmals seit 1973 die Existenz Israels in Frage.

Die Zweistaatenlösung ist nicht tot. Sie ist der Tod.

Die „Lösung“ machte Kinder zu Waisen und ließ Eltern an den Gräbern ihrer Töchter weinen. Sie hat Raketen auf Bergspitzen regnen lassen und Städte zur Flucht in Luftschutzbunker getrieben. Sie hat ein neues Zeitalter der endlosen Kriege eingeleitet gegen Terroristen, die nicht vollständig besiegt werden können, weil dies die Zweistaatenlösung zerstören würde.

Und es kann nicht besser werden. Nur schlimmer.

Der Tod ist das einzige, was die Zweistaatenlösung jemals erreicht hat. Er ist das Einzige, was sie erreichen sollte. Er ist das Einzige, was sie jemals erreichen wird.

Die Zweistaatenlösung ist ein Zombie. Ihre Existenz hat keinen Zweck außer dem Tod. So lange sie sich bewegt, wird sie zerstören. Doch wie ein Zombie ist die Zweistaatenlösung schwach. Sie ist ein langsames und schlürfendes Etwas. Es ist lächerlich einfach, ihr zu entkommen. Sie kann Dich nur fangen, wenn Du sie lässt.

In den 1990ern sah die Zweistaatenlösung noch wie ein Lebewesen aus. Es gab Verhandlungen und große Pläne. Es gab Zeremonien und Nobelpreise wurden wie kleine Geschenke für Partygäste vergeben. Es gab ebenso große Bombenanschläge und zerfleischte Körperteile, die an Bürgersteigen entlang und an Geschäftsfassaden geschmiert wurden. Doch es war einfacher, sich noch eine Runde Friedenslieder anzuhören und das entsetzliche Gemetzel nicht zu beachten.

„Die Folgen davon, Terroristen ihr eigenes Land zum Spielen zu geben, waren so vorhersehbar wie die Unterseite eines Bootes aufzubohren.“

Doch zu Beginn des neuen Jahrtausends traf die muslimische Siedlerbevölkerung des Israels von 1967, für das die Zweistaatenlösung entworfen wurden war, die „demokratische“ Entscheidung, welche die Ägypter und die Länder des arabischen Frühlings später treffen sollten. Sie entschieden sich für die Muslimbruderschaft und das islamische Gesetz, das verlangt, dass sich Nicht-Muslime den Muslimen unterwerfen und von ihnen wie früher beherrscht werden sollen. Oder massakriert und unterjocht.

Dann begann die Zombielösung vom Kopfher zu stinken.

Die Zombielösung wurde dadurch am Leben erhalten, dass man so tat, als hätte die Hamas niemals gewonnen. Eine illegale Übernahme durch die Fatah – die „guten“ islamischen Terroristen, die bereit waren, im Austausch für genügend Entwicklungshilfe seitens der Vereinigten Staaten Verhandlungsbereitschaft zu heucheln – führte zu zwei islamischen Terrorstaaten, einen in Gaza und einen im Westjordanland. Diese beiden Staaten versuchten sich gelegentlich an der Bildung einer gemeinsamen Regierung, kamen aber nicht einmal miteinander aus. Ganz abgesehen von Israel.

Die Zweistaatenlösung war zu einem schaurigen Witz verkommen.

Die meisten Zweistaatenlöser drängten zur Umarmung der Hamas. Ein durchgeknallter Haufen von linksaktivistischen „Rabbis“ unterzeichnete sogar eine Petition, die Gespräche mit dem Terrorstaat der Muslimbruderschaft forderte, trotz einer Charta, die zur Ausrottung aller Juden aufrief.

Kerry unterstützte den Einsatz der US-amerikanischen „Bürgerrechtsbewegung“ Code Pink für die Hamas.

Die meisten Zweistaatenlöser entschlossen sich, so zu tun, als wäre nichts schiefgelaufen. Die Zombielösung war bei bester Gesundheit. Ignoriere den Verwesungsgeruch und die Art, wie sie versucht, Dich zu essen.

Sie wollen den „guten“ islamischen Terrorstaat im Westjordanland stärken, um den „schlechten“ islamischen Terrorstaat im Gaza-Streifen zu diskreditieren. Jeder, der den „guten“ Terrorstaat ablehnte, wurde beschuldigt, die „Zweistaatenlösung“ töten zu wollen, die bereits mehr Menschen getötet hatte als eine durchschnittliche Naturkatastrophe.

Doch dann hörte der „gute“ Terrorstaat auf, auch nur so zu tun, als ob er verhandeln würde.

Da die Terroristen nicht verhandeln wollten, stützten Obama und Kerry die Leiche der Zweistaatenlösung wie in der Filmkomödie „Immer Ärger mit Bernie“ auf ihren Schultern ab und versuchten so

zu tun, als wäre sie noch am Leben, indem sie im Namen der Terroristen mit Israel verhandelten, ohne dies Israel oder den Terroristen mitzuteilen.

Doch die „guten“ Terroristen lehnten den ungewollten Deal ab, den Obama und Kerry für sie ausgehandelt hatten.

Obama und Kerry lösten dieses Problem auf die Art, wie es die Zweistaatenlöser seit Jahrzehnten getan hatten. Sie machten Israel dafür verantwortlich. Die irrsinnige Logik der Zweistaatenlösung verlangte es.

Ein islamischer Terrorstaat ist die „Lösung“, welche die Zweistaatenlösung verlangt. Eine Verurteilung der Terroristen untergräbt die Glaubwürdigkeit der Lösung. Gibt man zu, dass die Terroristen gar nicht verhandeln wollen, tötet man die Zweistaatenlösung. Und wie soll man dann die Zerstörung Israels rechtfertigen?

Die große Zweistaatenlösung begann schrittweise mit einem autonomen Territorium voller entwaffneter Terroristen. Diese Fantasie führte zu einer Zweistaatenlösung in Form von schwerbewaffneten Terroristen in Israel. Die nächste Stufe ist eine Einstaatenlösung, die Israel dazu zwingt, jeden einzelnen Muslim aufzunehmen, der behauptet, ein Flüchtling zu sein.

Man kann nicht von einer zur nächsten Stufe aufsteigen, ohne Israel dafür verantwortlich zu machen, wenn sich die vorherige Stufe als Fehlschlag erweist. Was schon immer so vorgesehen war. Jeder geplante Fehlschlag führt zu einer extremeren Inkarnation der „Lösung“. Bis hin zur Endlösung.

Israel muss für jeden Fehlschlag verantwortlich gemacht werden, um eine noch extremere Lösung zu rechtfertigen. Jeder



Machmud Abbas

Angriff auf Israel, wie Obamas UNO-Verrat, wird als Verteidigung der Zweistaatenlösung gerechtfertigt. So lange die Lüge, dass die Zweistaatenlösung eine pro-israelische Politik sei, weiterlebt, kann sie als pro-israelischer Angriff auf Israel eingesetzt werden. In seinem Endstadium wird der Lösungszombie Israel töten und dann sterben. Es sei denn, wir töten ihn zuerst.

Die Zweistaatenlösung hat gar nichts gelöst. Sie ist das Problem. Und es ist nun an der Zeit, das Problem der Zweistaatenlösung zu lösen. Wie der übrige Dschihad ist die Zweistaatenlösung keine wirksame Bedrohung. Sie ist eine Lüge und wir sind zu schwach geworden, ihr zu widerstehen. Lügen sterben, wenn wir sie als das erkennen, was sie sind.

Wie im alten Monty Python-Sketch ist die Zweistaatenlösung ein toter Papagei. Die Verkäufer der Presse, die uns diesen steifen, reglosen Körper andrehen möchten, bestehen darauf, dass der Friedensprozess nur das Schmachten nach den norwegischen Fjorden der Oslo-Abkommen sei. Füttere ihn mit mehr von Israel und er wird wieder ins Leben zurückfliegen.

Es hat noch niemals funktioniert, aber es gibt immer das x-te Mal.

Lügen sind Zombies. Sie sind Nachahmungen der Wahrheit, die sich von dem ernähren, von dem wir uns wünschen, dass es wahr wäre. Die Zweistaatenlösung ist ein Parasit, der sich an unseren Hoffnungen und Wünschen nährt, an unserem Optimismus einerseits und an unserer Unfähigkeit, uns eine Alternative vorzustellen, andererseits. Wenn wir die Lüge als solche erkennen und unsere Hoffnungen und Wünsche auf die Aufrechterhaltung von dem ausrichten, was wirklich für uns zählt, dann wird sie scheitern.

Wahre Lösungen, wie Caroline Glicks israelische Lösung, gibt es bereits.

Die Zweistaatenlösung hat jedoch niemals existiert. Es wird nur einen Staat in Israel geben. Die Frage ist, ob es ein jüdischer Staat sein wird oder ein islamischer Terrorstaat.

Postfaktisch, Fake News oder einfach nur fahrlässig?

Die ZDF und die Wahrheit, wenn es um Gaza geht



Von Attila Teri

Am Strand von Gaza

Es war mal wieder so weit. Ich bekam Schnappatmung als ich mir den neusten Beitrag aus Gaza beim „ZDF Auslandsjournal“ am 11. Januar dieses Jahres zu Gemüte führte. Auch wenn ich „nur“ ein säkularer, ungarischer Jude bin und kein Israeli, der seit 39 Jahren in Deutschland lebt und über 32 Jahre als „deutscher“ Journalist seine Brötchen verdient, verfolge ich stets die Berichterstattung aus der Region.

Zugegeben, ich bin sicher nicht ganz in der Lage alles objektiv zu sehen, wenn es um die Belange des jüdischen Staates geht. Dennoch erwarte ich, nein, ich erhoffe mir zumindest halbwegs ausgewogene Reportagen von meinen Kollegen. Diese Hoffnung wird leider nur in Ausnahmefällen erfüllt. So auch bei der sehr persönlichen Reportage über das zweifellos harte und sicher nicht gerade fröhliche Leben der Fischer von Gaza. Sie haben in der Tat nicht viel zu lachen. Das müssen sogar die Anhänger der „rechten“ Parteien Israels sehen, wenn sie Augen im Kopf haben. Es ist auch durchaus legitim auf ihr Schicksal aufmerksam zu machen. Mehrheitlich sind sie ganz normale Menschen, die nichts verbrochen haben und dennoch unter der Seeblockade leiden müssen. Es fragt sich nur, aus welchen Gründen sie darunter leiden müssen. Und schon bin ich mitten im Thema, was mich dazu führt, auf diesem Wege einen offenen Brief an den Chefredakteur des ZDF zu richten.

Sehr geehrter Herr Frey,

in Zeiten von „postfaktischen“ Fake News und halben Wahrheiten, gegen die Sie und Ihr Sender zu Recht vehement kämpfen, verwundert es nicht nur mich, warum die Grundsätze, die sonst gelten, regelmäßig mit Leichtigkeit beiseite geschoben werden, wenn es um Israel geht. Das jüngste Beispiel: In der Rubrik „Aufsendienst“ vom „Auslandsjournal“ begleitet der junge Kollege Benjamin Daniel die Crew eines kleinen Fischkutters aus Gaza.

In der Anmoderation heißt es: „Ent-

täuscht wurden sie ihr Leben lang. Die Fischer von Gaza. Von den Israelis, die ihr Arbeitsgebiet einengen, aber auch von der Hamas, die sie in Misskredit bringt. Und so müssen sie nicht nur Wind und Wetter trotzen, wenn sie aufs Meer fahren, sondern können auch zwischen die Fronten geraten.“

Beim Intro des Films läuft es im selben Duktus weiter: „Es ist eine der gefährlichsten Küsten der Welt. Wer aus diesem Hafen zu weit ausläuft, begibt sich in Lebensgefahr. Trotzdem fahren täglich Tausende Fischer auf das Meer vor Gaza.“

Dann erzählt der Hauptprotagonist:

„Ich weiß wovon ich rede, denn ich habe die israelische Marine schon bei Einsätzen vor Gaza begleitet.“

„Die größte Bedrohung für uns sind die israelischen Kriegsschiffe. Fahren wir zu weit raus, schießen sie auf uns.“ Rums! Das sitzt und schon wissen alle Bescheid. Da ich überwiegend für Privatsender als Fernsehautor arbeite, ist mir klar, dass es immer auf die Einleitung ankommt. Sie entscheidet, ob die Zuschauer dranbleiben oder wegzappen. Je reißerischer, desto besser. Es ist eine andere Frage, warum sich öffentlich-rechtliche Sender dieser Mittel bedienen, da die Quote nicht über ihr Überleben entscheidet. Dank Zwangsgebühren. Aber sei's drum.

Unterwegs auf See geht es dann ans Eingemachte: Das Publikum erfährt, dass die Fischer unter der Politik Israels leiden. Aber auch unter der Hamas. Immerhin. Das erste Mal taucht der Name der radikal-islamischen Terrororganisation auf, dessen selbsterklärtes, oberstes Ziel die Vernichtung Israels ist. Dies aber wird mit keinem Wort erwähnt! Darüber hinaus sei die Küste vor Gaza extrem verschmutzt und total überfischt. Aber weiter als 6 Seemeilen trauen sich nur Wagemutige oder Lebensmüde.

Nun wird der Beitrag plötzlich zur „Sendung mit der Maus“. Allerdings liefert das

Original den wissbegierigen Kindern tatsächlich seriöse Information. Zu einer schicken Grafik folgt die vermeintliche Erklärung der misslichen Lage von Gaza.

„Vor über 20 Jahren unterzeichneten Israel und die Palästinenser das ‚Oslo-Abkommen‘. Darin ging es auch um das Meer vor Gaza. Die Fischer dürften eigentlich 20 Seemeilen weit herausfahren. Doch im Laufe der Jahre hat Israel diese Grenze immer enger gezogen. Heute sind es nur noch 3-6 Seemeilen. Der Grund: Sicherheitsbedenken. Israel fürchtet, dass die Hamas, die den Gaza-Streifen kontrolliert, auf Fischerbooten Waffen schmuggelt. Aus

Sicht der Vereinten Nationen verstößt die Seeblockade nicht gegen das internationale Völkerrecht.“

Dazu fällt mir zwangsläufig der beliebte Begriff „Lückenpresse“ ein, mit der die „Rechten“ im Lande nur allzu gern die Medien bezeichnen. Es tut mir als Journalist sehr weh, wenn solche Vorwürfe zutreffen. Die zunehmende Einschränkung der Gebiete geschah nur wegen des ständigen Terrors gegen Israel und nicht, um die Fischer zu drangsaliieren oder sie ihrer Lebensgrundlage zu berauben. Und jetzt komme ich zu den Zahlen. Die Behauptung, die Fischer dürften nur 3 bis 6 Seemeilen hinausfahren, ist ganz einfach falsch. Gaza ist in drei Zonen eingeteilt: Norden, Mitte, Süden. Die Fischerzonen waren zuletzt jeweils sechs Meilen groß. Zu Beginn der Fischesaison im April 2016, wurden die in der Mitte und im Süden von sechs auf neun Meilen ausgeweitet. Lediglich die Nordzone, die unmittelbar an Israel grenzt, wurde nicht ausgeweitet – und das aus gutem Grund!

Denn nahezu täglich versuchen Boote die Zone um Gaza mit dem Ziel zu verlassen, Waffen zu schmuggeln oder Terrorkommandos nach Israel zu bringen. In der

Tat macht die israelische Marine keinen Unterschied zwischen friedlichen Fischern und Terroristen. Zumal niemand im Vorfeld weiß, wer auf einem Boot sitzt, das sich der Grenze nähert. Geschweige denn, mit welchen Absichten. Dazu kommt noch, dass es zu einer beliebten „Freizeitbeschäftigung“ von „palästinensischen“ Selbstmordattentätern gehört, als Fischer getarnt nah genug an israelische Schnellboote zu kommen, um sich dann in die Luft zu jagen und die Besatzung mit in den Tod zu reißen. Ich weiß wovon ich rede, denn ich habe die israelische Marine schon bei Einsätzen in der Sicherheitszone vor Gaza begleitet und kenne die Lage vor Ort – ganz im Gegensatz zur überwiegenden Mehrheit der deutschen Fernsehzuschauer.

Die bekommen nach der Karte ein „authentisches“ Video über den „jüngsten Vorfall vor wenigen Wochen“. Zu sehen ist wie angeblich Warnschüsse neben einem Fischerboot abgefeuert werden. Zwei vermeintliche Fischer springen ins Wasser, schwimmen ans Land und das Boot wird zerstört. Dazu behauptet der Autor, dass die Israelis vermuteten, dass Waffen der Hamas an Bord seien und aus diesem Grund das Boot versenkten. Zur Abrundung ergänzt er noch: „Alis Kollegen berichten von Freunden, die auch unter Beschuss geraten sind. Manche haben es nicht überlebt.“ Wie die Faust aufs Auge passt dann noch die Aussage des Fischers: „Heute sagen schon kleine Kinder: ‚Wenn mein Vater zum Fischen rausfährt, weiß nur Gott, ob er wieder nach Hause kommt‘.“

Ein weiteres Kapitel „palästinensische“ Propaganda in Vollendung. Denn die Besatzung von Booten, die der Grenze zu nahekommen, werden über Lautsprecher mehrmals zur Umkehr aufgefordert. Wenn sie es nicht tun, gibt es tatsächlich Warnschüsse, die niemanden gefährden. Wenn auch das nicht zum Erfolg führt, begleitet die israelische Marine die Boote in gebührendem Abstand zurück oder zu Befragung in den nächstgelegenen israelischen Hafen, Ashdot. Niemand zwingt Tatverdächtige dazu ins Wasser zu springen und versenkt ohne ausreichenden Hinweis auf einen möglichen Terroranschlag Fischerboote,

geschweige denn, dass er einfach unschuldige Fischer tötet. Immerhin erwähnt der Autor, dass über die Hamas niemand richtig sprechen will, obwohl die Männer darunter leiden, dass die „radikal-islamische Organisation“ offenbar immer wieder versucht, Waffen über den Seeweg zu bekommen.

Israel besteht nicht aus Jux und Dollerei auf eine Pufferzone

Zu guter Letzt kehren die Fischer mit einem bescheidenen Fang zurück. Doch vorher kommt noch ein weiteres Lehrstück mit einer Grafik und anderen Halbwahrheiten. Denn es sei nicht der einzige Wirtschaftszweig, mit dem es bergab ginge. „In einer aktuellen Studie macht die UNO auf die desolante Lage der Wirtschaft in Gaza aufmerksam. Fast die Hälfte der Menschen sei arbeitslos. Bei jungen Leuten liege die Quote bei über 60 Prozent. Verantwortlich dafür ist, so die UNO, vor allem Israel. Durch die eingerichteten Pufferzonen entlang des Zauns, sei die Hälfte des Agrarlandes nicht zugänglich. Außerdem wären die Fischer aufgrund der Seeblockade von 85 Prozent ihrer Ressourcen abgeschnitten.“ Wer das hört und keine Ahnung hat, muss zwangsläufig schlussfolgern, Israel erschwert nur aus Jux und Dollerei die Lebensbedingungen im Gazastreifen. Der tatsächliche Grund für die Pufferzonen findet erneut keine Erwähnung. Etwas verwunderlich angesichts der Tatsache, dass die israelische Armee allein während des letzten Gaza-Konfliktes 2014, 32 Terrortunnel entdeckt und zerstört hat.

So viel zu den Fischern in Gaza. Wäre diese Art der Berichterstattung eine Ausnahme, könnte man es als eine unglückliche Verfehlung eines Kollegen abtun. Auch wir Journalisten sind Menschen und Menschen machen Fehler. Ich habe aus Spaß einfach mal gegoogelt, was ich zum Thema ZDF im Bezug zu Gaza finde. Dabei beschränkte ich mich lediglich auf das vergangene Jahr. Was dabei zum Vorschein kam, haute sogar mich vom Stuhl, trotz meiner eh schon schlimmen Erwartungen.

Ein weiteres Beispiel bietet ein Beitrag vom 27. September ebenfalls vom „Heute Journal“ mit dem Titel: „Freiheit auf dem Wasser“. Nicola Albrecht erzählt die Geschichte eines kleinen Mädchens aus Gaza. „Myriam Kabriti lebt im Gazastreifen und hat schon drei Kriege erlebt. Die Angst vor neuen Angriffen ist immer präsent. Doch durch das Segeln hat die Teenagerin gelernt, wie sich Freiheit anfühlt.“ Dazu Myriam: „Unser Leben ist hier anders, wir haben immer Angst vor dem Krieg. Und wenn Krieg ist, dann bleibe ich zwar Zuhause, aber ich fürchte mich trotzdem, unser Haus könnte bombardiert werden.“ Eine Erläuterung, warum es überhaupt immer wieder zum Krieg kommt, bleibt die Autorin dem Zuschauer genauso schuldig wie zu sagen, womit der Vater von Myriam sein Geld verdient. Er sei ein erfolgreicher Geschäftsmann, der so in der Lage war, ihr eine kleine Jolle zu kaufen. Punkt. „Durch das Segeln habe ich gelernt, wie sich Freiheit anfühlt. Das geht sonst nirgendwo in Gaza.“ – erzählt mit leichtem Wehmut das Mädchen, was überaus nachvollziehbar ist.

Frau Albrecht fügt nur hinzu: Im Land ginge kaum etwas voran. Erst kürzlich mahnte die Weltbank, dass von den zugesagten Hilfgeldern der internationalen Staatengemeinschaft zum Wiederaufbau nach dem Krieg in 2014, nicht einmal die Hälfte angekommen sei und Israels Blockadepolitik die Situation zudem verschärfe. (...) Und die radikal-islamische Hamas veruntreue offenbar Gelder, investiere in sogenannte Terrortunnel. Ich dachte an dieser Stelle, es ist ein Wunder geschehen, sie klärt den Zuschauer nun tatsächlich über die Schuldigen an der Katastrophe in Gaza auf. Mein Fehler. Das war es schon.

Es ging wieder nur noch darum, dass die bösen Israelis völlig grundlos Jagd auf unschuldige „Palästinenser“ machen. Myriam sagte noch dazu: „Ich versuch nicht weit rauszufahren. Ich höre ja immer wieder, wie die israelische Marine auf die Fischer schießt, die weit rausfahren.“ Na, dann ist ja alles klar!

Ebenfalls von Nicola Albrecht stammt ein Beitrag vom „Heute Journal“, der am 19. Januar 2016 lief und sich erneut mit den Kindern von Gaza beschäftigt.

In dem Bericht erfahren die Zuschauer, dass 65.000 Kinder im Alter von 7 bis 14 Jahren arbeiten müssen, um ihre Familien mitzuernähren und dadurch nicht zur Schule gehen können. Die Ursachen laut Frau Albrecht: „Mit Gazas Wirtschaft geht es weiter bergab. Seit dem letzten Krieg läuft der Wiederaufbau schleppend. Israel hält an der strikten Blockadepolitik fest, und zusätzlich hat Ägypten die Grenze so gut wie dichtgemacht. Auch die berühmten Schmuggel-Tunnel wurden zerstört. Denn die Regierung Ägyptens hat die radikal-islamische Hamas, die den Gaza-Streifen beherrscht, zum Feind erklärt. Und die Hamas gibt sich machtlos, wenn es darum geht die eigene Bevölkerung zu unterstützen.“

Und plötzlich wiederfinden wir uns im Reich der „Lückenpresse“. Denn die wahren Hintergründe für das Elend mag Frau Albrecht nicht erläutern.

Mit der Wirtschaft geht es hauptsächlich aus dem Grund weiter bergab, weil die Hamas die internationalen Hilfgelder überwiegend für neue Terrortunnel und die Beschaffung von Waffen verwendet, statt sie für den Wiederaufbau zu nutzen. Israel hält an der Blockadepolitik fest, da die Hamas weiterhin Israel vernichten will, Waffen schmuggelt, Israel mit Raketen beschießt und Terroranschläge verübt. Ägypten machte die Grenzen dicht, nachdem immer mehr Terroristen aus dem Gazastreifen nach Sinai einsickerten. Ein erheblicher Teil von ihnen gehört zum Islamischen Staat, der seine Operationen in dem Gebiet zunehmend ausdehnt. Auch die „berühmten Schmuggel-Tunnel“ wurden von Ägypten nur dichtgemacht, um zu verhindern, dass weitere Waffen illegal in den Gazastreifen und dadurch in die Hände von Terroristen gelangen.

Zur ganzen Misere erklärt zum Schluss noch Anwar al-Barawi, führende Hamas-Mitglied und stellvertretender Minister für Erziehung in Gaza: „Wir wissen, dass den Kindern ein Menschenrecht vorenthalten wird, das Recht auf Bildung. Aber was sollen wir tun? Wir versuchen es mit Bildungsprojekten für arme Kinder. Aber wir erreichen die Eltern nicht. Sie wissen nicht, dass es gefährlich für eine Gesellschaft ist, wenn Kinder nicht zu Schule gehen.“


Statt zumindest den Minister mit der Wahrheit zu konfrontieren und nachzufragen, geschweige denn die Fakten beim Namen zu nennen, kommentiert die ZDF-Korrespondentin den Beitrag wie folgt ab: „Sie wissen es vielleicht schon. Aber sie können es sich nicht leisten in die Zukunft ihre Kinder und in die Zukunft zu investieren.“ Das soll also seriöser Journalismus sein?


Es sind hier nur drei kleine Beispiele von vielen. Und so frage ich Sie Herr Frey, wie Sie es mir plausibel erklären können, dass die wahre Geschichte hinter der Geschichte immer wieder auf der Strecke bleibt, wenn es um Israel geht?

Abschließend noch eine kleine Bemerkung: Ich habe keine einzige Reportage über traumatisierte israelische Kinder, die widerkehrenden Raketenangriffe aus Gaza, den Bau von neuen Terrortunneln oder das Leben der „palästinensischen“ Bevölkerung unter dem Terror der Hamas gefunden.

Discover the real Japanese

KOBE BEEF





beefbar

Born in Monte-Carlo

HAUSVOGTEIPLATZ 10
10117 BERLIN
ÖFFNUNGSZEITEN:
MO-FR AB 12 UHR, SA/SO AB 18 UHR
RESERVIERUNGEN UNTER:
030-20 67 93 01

Schatzkästchen und Nussschale

Tel Aviv durch die Augen des Berliner Schriftstellers Marko Martin

Von Martin Jehle

Dass es Israel und besonders seine liberale Metropole am Mittelmeer, Tel Aviv, Marko Martin (46) angetan haben, hat der Berliner Schriftsteller und regelmäßige Autor der „Welt“ schon oft in seinen Texten unter Beweis gestellt. Nun widmet er Tel Aviv ein ganzes Buch. Herausgekommen ist ein Werk voller Zuneigung und Bewunderung für seine Lieblingsstadt.

Martin beschreibt darin auch seine ganz persönliche Geschichte mit Tel Aviv; von der ersten Reise im Juli 1991, kurz nach dem Golf-Krieg, bei dem Israel von Saddams Husseins Irak mit Raketen angegriffen wurde, bis in die Gegenwart. Bei Erscheinen des Buches im März des letzten Jahres waren es bereits 25 Aufenthalte – Ausschnitte daraus lässt er Revue passieren.

Das Buch ist sorgfältig illustriert mit Schwarzweiß-Fotos von Rainer Groothuis, Verleger des Corso-Verlages, in dessen Reihe „Draussen“ mit Portraits über Länder und Städte, Martins Werk erschienen ist. Straßen- und Alltagsaufnahmen, zufällige Szenen, Gebäude, Menschen, schöne und schäbige Ecken geben einen authentischen Eindruck der Optik Tel Avivs. Dem steht der Text in keinsten Weise nach. Der Autor, schon aus früheren Werken (u.a. „Madiba Days“, 2015) für seine einem Selbstgespräch ähnelnden Schreibweise in der 2. Person Singular bekannt, nimmt seine Leser mit auf seine Reisen nach Tel Aviv und zu sich selbst.

Erkundungen entlang von Hotels

Mehr als die Hälfte des Buches nehmen die von Martin über die Jahre besuchten Hotels ein. Ob sein erstes Hotel auf der Allenby Street, eine namenlose „Absteige“, das bekannte „Old Jaffa Hostel“ mit seiner großen Dachterrasse, das mittlerweile renovierte „Bell Hotel“ oder das untergegangene „Hotel Galim“, nun, wie Martin schreibt, „die beeindruckendste Ruine der unteren Allenby.“ Auch diesem Zustand kann der Autor noch etwas Positives abgewinnen, ebenso dem „Hotel Nordau“, in der Nahalat Binyamin Street, ebenfalls verschwunden, benannt nach Max Nordau, einem ungarischen Arzt und Zionisten, erbaut von dem Architekten Jehuda Leib Magidovitch, der aus Odessa gekommen, sich mit über 400 Gebäuden in Tel Aviv verwirklichte, in „jenem griechisch-russisch-orientalisch-funktionalen Stil, welcher der Stadt angemessen war.“ Ein Haus, in dem Fromme, orthodoxe Juden, Prostituierte trafen, eine kleine Auszeit von Ehe und religiösem Alltag nahmen.

Der zweite Abschnitt des Buchs ist mit „Restaurants und Kollegen“ überschrieben. Martin tourt durch die Restaurants der Stadt, immer mit Autorenkollegen im Schlepptau. Eingekehrt wird unter anderem in einem überbezahlten Hipster-Lokal in der bekannten Shenkin Street, der Kastanienallee von Tel Aviv, im angeblich einzigen Thai-Restaurant der

Stadt an der Ecke Ben Yehuda Street/Bograshov Street, im „Radio Rosco“, obere Allenby Street, gegenüber der großen Synagoge, oder im rund um die Uhr geöffneten „Benedict“ an der Ecke Allenby Street / Rothschild Boulevard. Diskutiert wird immer, über große Politik und kleine Befindlichkeiten. Gerade weil seine linken Schriftstellerfreunde mitunter auch die israelische Armee kritisieren oder gegen die Abschiebung afrikanischer Flüchtlinge aus Darfur protestieren, wird Martin zum Verteidiger dieses so skrupellos selbstkritischen Landes. Sei es Dana Yoeli, Nir Baram, dessen Bücher er nebenbei vorstellt, der arabisch-israelische Schriftsteller Ayman Sikseck, Benny Ziffer, mit dem er Bibi Netanjahu analysiert, oder die Deutsche Sarah Stricker – Martins Neigung zum Detail und Chronisten wird hier besonders deutlich, zur guten Unterhaltung und Kenntniserweiterung seiner Leser. In einer Szene mit Etgar Keret im Café Michal in der Dizengoff Street, beschreibt er dessen Familie und Verwandtschaftsverhältnisse (u.a. zu Mosche Dajan), zeigt an diesem (und anderen) Beispielen wie eng die kulturelle und politische Elite europäischer Herkunft Israels miteinander verbunden ist.

Verteidiger Israels

Wie immer in den Büchern von Marko Martin fehlen die Clubs nicht. Hier

ist der Autor ganz bei sich, hier überschneiden sich Protagonisten- und Beobachterrolle. Ständig wird in den Clubs nach Berlin gefragt, für Martin ein dankbarer Aufhänger. Er nimmt uns mit ins „Metro“ oder den „Vox-Club“ zur Zeit des Libanon-Krieges 2006: „Zivilisten. Rekruten, Soldaten, aber wer sähe im neblichen Neonzucken des Unterschied. Die geschmeidige Härte ihrer Bewegungen, und die Frauen zwischen ihnen mit den gleichen Tattoos, bauchfreien T-Shirts und einer Selbstsicherheit, die vor allem Dank Ecstasy zu existieren schien.“ Martin beschreibt die die towe off-Parties in dem Laden „Paradise“, wo die Handtuchbekleidung oder eben nicht, eine große Rolle spielt. Jacuzzi, Sauna und Dancefloor mit Trance-Techno-Klängen: Für Martin sind die Clubs nicht nur Orgien-, sondern auch Interpretations- und Debatteorte.

Im dritten Abschnitt („Meine Strände“) wird es dann ruhiger: Schwimmen, Entspannung, Auf- und Untergang von Sonne und Mond. Hier schaut Martin ganz weit zurück in seine eigene Vita, erklärt, wie er 1991 zu Israel kam und gleichzeitig seinen Glauben an die links-liberalen bundesdeutschen Intellektuellen verlor. Ein bisschen eigene Nabelschau muss sein, Identitäts- und Familienfragen. Martin sieht sich in Tel Aviv auch

angekommen auf seinem persönlichen Weg, weg aus der sächsischen Provinz der DDR, aus einer Zeugen-Jehovas-Familie. In einem Satz ganz pathetisch: „Manchmal möchtest Du weinen vor Daseinsdankbarkeit und purer Freude.“ Erwähnung findet auch die Geschichte des Fotostudios Weissenstein und seiner Inhaberin Miriam, die mit ihrem Mann Rudi, dem Fotopionier des jungen Staates, ganz Israel fotografiert hatte. Gordon Beach, Chich Beach, Ge'ula Beach oder Ga'asch Beach, der FFK-Stand, streift Martin, ohne je um eine Strandbekanntheit und ein gutes Gespräch verlegen zu sein.

Berlin, Berlin

Martin verknüpft und verwebt Orte und Begegnungen, es sind zufällig immer die richtigen Leute, (Privat-)Geschichten, Historisches, Politisches, Erinnerungen reihen sich aneinander. Er spürt Stimmungen und Gerüchen nach, Beziehungen werden erkennbar – alles zusammen ein Mosaik der Tel Aviver Stadtgesellschaft. Auch spiegelt Martin die Stadt mit „Konstanz oder Berlin“, wenn er bemerkt in Tel Aviv „nirgendwo hysterische Helikopter-Mütter“ zu sehen.

Er geht auf Frisuren, Kleidung, Mimik und Gestik ein, ist ein genauer Beobachter, der auch auf das scheinbar Unwichtige und Nebensächliche achtet, immer aus der Position der Anonymität, aber jederzeit mit der realen Möglichkeit, „sie in einem Handumdrehen/ einem Lächeln/ einer Bemerkung zu beenden.“ Martin ist einer, der an die Ränder der Stadt und ihrer Gesellschaft geht, in die runtergekommenen Ecken schaut, mit schrägen, komischen, verrückten Typen ins Gespräch kommt, Gestrandete, Nacht-Existenzen trifft, die ihm ihre Geschichten oft großzügig offenbaren. Er ist ein besonderer Reisender, jemand, der instinktiv auf der Suche nach Unkonventionellem, Freakigem ist, der für völlig Abseitiges ein Auge hat und dem selbst noch etwas zu den russischen Bodyguards vor den Pubs und Nachtclubs auf der Allenby Street einfällt.

Schließlich fasst Martin den Charme Tel Aviv mit einigen Gedichtzeilen von Yitzhak Katzenelson aus dem Jahr 1934 zusammen:

„Stadt, hast keine goldnen Schlösser, / weder Königspalast noch König, / doch sag: Wer ist vergleichbar deiner Schönheit, / wer kann sich messen mit deiner Pracht?“

An Aktualität haben diese Zeilen nichts eingebüßt.

Marko Martin: „Tel Aviv. Schatzkästchen und Nussschale, darin die ganze Welt“, Corso Verlag, 2016, 156 Seiten, mit Fotografien von Rainer Groothuis, 28 Euro.



Wege für das moderne deutsche Judentum

Reflexion einer Vaterjüdin zum Gemeindetag 2016 in Berlin

Von Ruth Zeifert

Als der Zentralrat der Juden in Deutschland anfragte, ob ich auf dem Jüdischen Gemeindetag 2016 am Podium über „Vaterjuden“ teilnehmen könnte, war das überraschend und erfreulich. Schließlich war es eine Veranstaltung, die nur für Mitglieder der jüdischen Gemeinden – und somit „echte“ Juden – ist. Als lediglich väterlich jüdischer Herkunft gibt es eigentlich keinen Zugang. Als vaterjüdische Wissenschaftlerin, die über „jüdische Identität“ und „Vaterjuden“ forscht, gab es unter anderem eine Ausnahme.

Ich erwartete, vor einem Publikum zu sprechen, das von der Gültigkeit der Halacha überzeugt ist und wenig über das Selbstverständnis Kinder jüdischer Väter weiß. Bereits im Vorfeld war klar, dass dies eine Fehlannahme war. Die Biografien der meisten Menschen, mit denen ich sprach, hatten eine Mischung in der Familie. Der nette Herr, der lange Jahre Vorstand einer nordrhein-westfälischen Gemeinde war, berichtete über seinen Sohn, der eine Konvertitin geheiratet hatte und seine Tochter, die einen Nichtjuden traute. Er habe damit keine Probleme – die nichtjüdischen Eltern der Schwiegertochter schon. Eine Frau erzählte von ihrer Mutter, die konvertiert ist, bevor diese Kinder bekam. Das Thema „Vaterjuden“ hätte sie daher immer schon begleitet. Am häufigsten aber waren es die nichtjüdischen Ehemänner, über die erzählt wurde. Alle meine Gesprächspartner/innen fanden das Thema spannend, viele fühlten sich betroffen und keiner fragte, ob ich halachisch jüdisch sei.

Dann kam die Podiumsdiskussion über Vaterjuden. Der Saal war mit ca. 100 Besucher/innen gut gefüllt. Einige orthodoxe, mutmaßlich gar ultraorthodoxe, waren anwesend. Vaterjuden selbst waren auf Rückfrage erwartungsgemäß keine im Raum. Ein paar wenige gaben an, Vater eines „Vaterjuden“ zu sein.

Zentral war natürlich, was die Rabbiner/innen als Vertreter/innen des Judentums zu sagen hatten. Rabbinerin Ederberg (Berlin) betonte, dass ihre Tür für Kinder jüdischer Väter grundsätzlich offen stünde. „Wer zu einer jüdischen Familie gehört, gehört für uns zur Synagogenfamilie“ – ob zu einem Gespräch oder zu einem Gottesdienst. Die Arbeit mit Vaterjuden versteht sie als einen ganz wichtigen Aspekt ihrer Arbeit. „Wir alle leben komplizierte Identitäten, und diese anzuerkennen und Menschen auf ihrem wie auch immer aussehenden jüdischen Weg zu helfen, sehe ich als meine Kernaufgabe.“ Auch Rabbiner Balla (Leipzig) sprach mit viel Empathie und äußerte Offenheit für jene, die sich vom Judentum als ihrer künftigen Religion überzeugt zeigten. Er betonte zwar, dass er jene, die einen jüdischen Vater haben, schlicht im gleichen Maße als nichtjüdisch ansieht, wie jene, die keine jüdischen Vorfahren hätten, stellte aber auch klar, dass es nach vielen gegenwärtigen rabbinischen Meinungen in solche Fälle die Pflicht gäbe, proaktiv zu sein und den Weg der Konversion zu unterstützen.

Unbeabsichtigter Konsens blieb, dass weder Liberale, Konservative noch die Orthodoxie einen Weg sehen, Patrilineare ohne Giur den jüdischen Status



In Deutschland leben Schätzungen zufolge etwa 200.000 Juden, wovon etwa die Hälfte Mitglieder einer Gemeinde sind.

zu gewähren. Die Halacha sei eindeutig.

Eigentlich aber ging es dem jüdischen Publikum gar nicht so sehr um die Halacha. Vielmehr machten die Fragen und Kommentare deutlich, dass das

Publikum eine Öffnung des Judentums unterstützte. Eine konkrete Forderung war, dass Kinder jüdischer Väter auch an Machanot teilnehmen sollen können.

Wissen Sie, was Machanot sind? Bei jenen vaterjüdischen Interviewpartner/innen, die ich für meine Forschung sprach, vermute ich, dass sie es nicht wissen. Denn bereits ihre Väter haben sich häufig von den Gemeinden entfernt und somit wenig über Gemeindestrukturen erfahren.

Die fehlende Beziehung von Vaterjuden zu den Gemeinden ist dann auch als eine der großen Herausforderungen in ihrem Identitätsdilemma zu verstehen. Denn in Deutschland leben Schätzungen zufolge lediglich etwa 200.000 Ju-

den, wovon etwa die Hälfte Mitglieder einer Gemeinde sind. Es ist bei gut 80 Millionen Einwohnern in Deutschland also nicht leicht, Juden kennenzulernen oder eben eine jüdische Identität im Alleingang zu festigen. Tatsächlich

wendeten sich dann auch die meisten meiner vaterjüdischen Interviewpartner/innen, die sich „irgendwie“ jüdisch fühlten, im Laufe ihres Lebens an eine Gemeinde. Sie suchen damit bei einer autorisierten jüdischen Person oder Institution Austausch über ihre jüdische Identität und oftmals auch Anschluss an eine jüdische Gemeinschaft.

Sowohl der orthodoxe als auch die liberale Rabbiner/in des Podiums beschrieb nun auf dem Gemeindetag, dass sie dem Ansturm der Kontaktaufnahmen nicht Herr würden. Die Hauptaufgabe eines Rabbis sei es, den Glauben zu praktizieren. Daneben erreichen sie weit über 100 Konversionswünsche in Briefform jährlich. Dies sei für sie neben ihrer eigentlichen Aufga-

be nur schwer zu bewältigen.

Zufällig wurde einer dieser Briefe an Rabbinerin Ederberg vor vielen Jahren von einer meiner Interviewpartnerinnen geschrieben. Trotz der Offenheit, die Rabbinerin Ederberg auf dem Gemeindetag offenbarte, beantwortete sie das Schreiben dieser meiner Interviewpartnerin nicht.

Aus Sicht der Rabbinerin verstehe ich nun, dass dies keine inhaltliche Aussage, sondern einem organisatorischen Problem zu schulden war. Heute, so Rabbinerin Ederberg, würde ihr so etwas nicht mehr passieren. Für das Selbstwertgefühl der Vaterjüdin bedeutete das unbeantwortete Schreiben dennoch zum wiederholten Male im Leben, unkommentiert in den Sumpf einer aberkannten jüdischen Identität zu versinken.

Unter den Gemeindetagsbesucher/innen herrschte meiner Wahrnehmung nach eine Offenheit für „die Mischung“. Bereits das Signal der Gemeinden, dass „Mischung“ vorhanden und auch oft von Juden gewollt ist, wäre für Vaterjuden der Aufstieg vom „Bastard“ und „Nichts“ zum „Teil der Familie“.

Aus diesem jüdischen Gemeindetag 2016 resultieren meines Erachtens drei Handlungsmöglichkeiten. Zum einen sollten die Gemeindeglieder ihren Wunsch der Öffnung hin zu einer Mischung innerhalb ihrer Gemeinden weiter thematisieren und diskutieren. Es gibt kein Judentum ohne seine Juden. Außerdem müssten die vielen Briefe betrachtet werden, die den Rabbinen zugehen. Für die hierin formulierten Fragen und Anliegen müsste eine Informationsstelle geschaffen

werden, über die es beispielsweise den Zugang zu Gesprächen mit Rabbiner/innen gäbe oder aber auch praktische Fragen beantwortet werden könnten. Somit würde sogar der Orthodoxie eine Handlungsmöglichkeit eröffnet, indem sie Fragende nicht nur ablehnen müsste, sondern weiter verweisen könnte.

Natürlich wird sich die Halacha auch so nicht ändern. Ich bezweifle sogar, dass es der Sanhedrin, der Rat der Gelehrten, die beim Bau des 3. Tempels zusammenkommen könnten, um die Halacha zu bearbeiten, oben auf seiner „to-do-Liste“ hätte. Ob man es aber, wie Adriana Altaras (z.B.: „Doitscha: Eine jüdische Mutter packt aus“) sagte, eine Mitzwa nennt, Vaterjuden nicht im Stich zu lassen oder schlicht eine demographische Notwendigkeit, um den schwindenden Mitgliederzahlen entgegenzuwirken, wie Lea Wohl von Haselberg (von: doppelhalb) provokant formulierte: Es gilt Wege für das moderne deutsche Judentum zu entwickeln, das – im Gegensatz zu seiner Verwaltung – so biojüdisch bereits gar nicht mehr denkt. Und dafür muss man die Halacha nicht ändern.

(Zuerst erschienen auf Hagalil)

Die Gemeindetagsbesucher waren sehr offene Menschen.

„Zionismus ist nicht etwas, was Menschen trennt, die es gut meinen“

Franz Kafkas Haltung zur nationaljüdischen Bewegung



Von Joseph Heid

Kafka-Denkmal in Prag

Anders als viele seiner Zeitgenossen hat Franz Kafka jüdische Existenzen und Problemstellungen in seinen literarischen Texten nie explizit thematisiert, sondern vorwiegend implizit, anspielend, parabolisch genutzt. In seinen Tagebüchern und Briefen hingegen hat er den Versuch einer jüdischen Selbstbestimmung seiner Literatur und Existenz sehr wohl unternommen.

In den Jahren vor, im und nach dem Ersten Weltkrieg wurde eine innerjüdische Debatte über den Antagonismus West- und Ostjudentum geführt. Kafka rechnete sich zum Westjudentum. In diesem Zusammenhang schrieb er 1920 an seine Freundin (und Übersetzerin) Milena Jesenska: „Wir kennen doch beide ausgiebig charakteristische Exemplare von Westjuden, ich bin, so viel ich weiß, der westjüdischste von ihnen, das bedeutet, übertrieben ausgedrückt, dass mir keine ruhige Sekunde geschenkt ist, nichts ist mir geschenkt, alles muss erworben werden, nicht nur die Gegenwart und Zukunft, auch noch die Vergangenheit“. Vor allem Martin Buber und Nathan Birnbaum waren es, die die Opposition Westjuden/Ostjuden zum entscheidenden Kriterium des Kulturzionismus erhoben hatten.

Wie war es um Kafkas Jüdischkeit bestellt? Wie stand er zum Zionismus? Saul Friedländer stellt in seiner Kafka-Biografie kurz und bündig fest: „Franz hielt sowohl zur Religion als auch zum Zionismus Abstand“. Abstand halten heißt gleichwohl nicht, dass er die nationaljüdische Bewegung ablehnte. Man sollte schon genau hinschauen.

Väterlicherseits hatte Kafka vom Judentum nicht allzu viel mitbekommen: Hermann Kafka wollte um jeden Preis die mühsam errungene Assimilation be-

wahren. Dem aufbegehrenden Sohn erschien die Aufgabe einer jüdischen Identität nicht akzeptabel, auch wenn es ihm an der rechten Verbindung zur Religion bis zuletzt mangelte. Kafka litt am Judentum, ohne dass es ihm je in den Sinn gekommen wäre, den Schritt durch die Tore der Konversion zu gehen.

Dem Antisemitismus in seiner Umgebung stand er nicht teilnahmslos gegenüber. Als er bei judenfeindlichen Un-

» Warum lernte Kafka von 1917 an eifrig Hebräisch? «

ruhen in Prag 1920 den Pöbel „rüdige Rasse“ brüllen hört, fragt er sich, ob es nicht selbstverständlich sei, von dort wegzugehen, wo man so gehasst werde, um hinzuzufügen: „Zionismus oder Volksgefühl ist dafür gar nicht nötig“. Von seinem Fenster aus beobachtete er, wie berittene Polizei die Menge auseinandertrieb und fühlte die „widerliche Schande, „immerfort unter Schutz zu leben“. Auch angesichts dieser Vorfälle wurde Kafka, anders als es sein engster Freund Max Brod stets behauptet hatte, nie Zionist, auch wenn seine Einstellung zum Zionismus (bestenfalls) von distanzierter Sympathie gekennzeichnet war.

Die Frage, ob Kafka Zionist war oder nicht, ist nicht eindeutig zu beantworten, zu widersprüchlich sind seine Selbstausagen wie die seiner Zeitgenossen. Dass er der zionistischen Idee, dem jüdischen Volk eine Heimstätte in Palästina zu schaffen, positiv gegenüberstand, scheint zweifelsfrei bewiesen. Besonders Max Brod hat Kafkas Interesse am Zionismus betont und sich dadurch dem Verdacht ausgesetzt, er habe dem Freund posthum

seine eigene zionistische Überzeugung untergeschoben.

Die vielfach vertretene Meinung, dass Kafka erst durch Brods Einwirkung zum Zionismus hingelenkt worden sei, widerlegt Brod mit Hilfe der Aussage eines Mitschülers von Kafka aus dem Gymnasium. In einem Interview mit einer kommunistischen, also keinesfalls pro-zionistischen Prager Zeitung im Jahre 1965, sagte dieser nichtjüdische Schulfreund,

Kafka sei in seiner Schülerzeit „begeisterter Zionist“ gewesen und habe ihm Grundlagen und Ziele dieser Bewegung eingehend erklärt. Demnach hatte Kafka bereits zu seiner Schulzeit sympathischen Anteil am Zionismus gewonnen. Für seine zionistischen Ambitionen mag ebenso sprechen, dass er Kontakte zum zionistischen Verein „Bar Kochba“ in Prag pflegte wie er seine Erzählungen „Das Urteil“, „Die Verwandlung“ (1913) und „Vor dem Gesetz“ in der zionistischen Zeitschrift „Selbstwehr“ (1915) veröffentlichte.

Die Rede „über die jiddische Sprache“, die Kafka am 28. Januar 1912 im jüdischen Rathaus in Prag gehalten hatte, zeigt freilich auch, dass Kafkas Begriff von der ostjüdischen Kultur quer zu den Forderungen des Zionismus stand, sah er doch in der jiddischen Sprache nicht die Qualität einer nationalen, gemeinschaftsstiftenden Institution, sondern gerade die Subversion von grammatischer, politischer und sozialer Ordnung.

Dem Zionismus hat Kafka das Etikett „Eingang zu etwas Wichtigerem“ zugebilligt, während das Arsenal des

Chassidismus für den Parabeldichter ein Glaubensschatz war, der ihn, den Wesensverwandten, mehr und mehr faszinierte.

Im September 1912 begann Kafka einen intensiven Briefwechsel mit Felice Bauer mit der Erinnerung an ihr gut zionistisches Versprechen, „im nächsten Jahr eine Palästina-reise mit ihm machen zu wollen“. An Grete Bloch schrieb Kafka diesen rätselhaften Satz: „Ich bewundere den Zionismus und ekle mich vor ihm“. Zwei Fragen bleiben in diesem Zusammenhang unbeantwortet: Warum lernte Kafka von 1917 an eifrig Hebräisch? Und was bedeuten seine Bemerkungen, nach Palästina gehen zu wollen?

Zentrum des ostjüdischen Kulturlebens in Berlin in der Zeit des Ersten Weltkriegs war das Jüdische Volksheim in der Dragonerstraße, von dem über die Hauptstadt und alle Konfessionsgrenzen hinweg wesentliche kulturelle, sozialpolitische und pädagogische Impulse ausgingen. Eine der jüdischen Aktivistinnen dort war Kafkas Braut Felice Bauer.

Der Begründer des Volksheims, der Sozialpädagoge Siegfried Lehmann, wollte armen ostjüdischen Kindern des Berliner „Scheunen-viertels“ helfen; das Heim selbst sollte zur Begegnungsstätte von Ost- und Westjuden aus verschiedenen sozialen Schichten werden.

Lehmans Idee einer „jüdischen Volksarbeit“ zog viele jüdische Intellektuelle an, die unter dem Eindruck des Weltkrieges und ihrer ersten Begegnung mit dem Ostjudentum an ihre jüdischen Wurzeln erinnert wurden und das System der Volks-erziehung auf das jüdische Proletariat zu übertragen suchten. In einer „Aufbruchstimmung“ versuchten sich vor allem Söhne und Töchter

des deutsch-jüdischen Bürgertums von der „Hohlheit der bürgerlichen Wohltätigkeit“ zu lösen und wandten sich neuen Formen einer jüdischen Sozialarbeit zu.

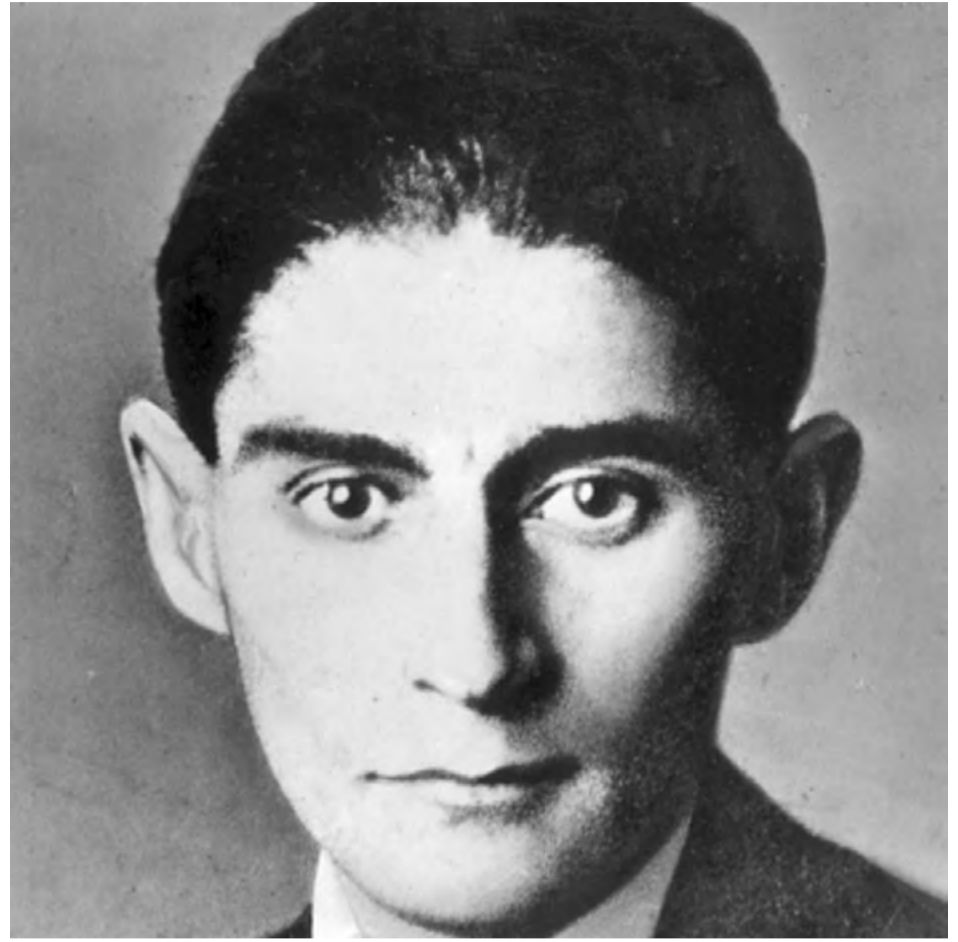
Die Initiatoren des Volksheims sahen sich selbst als „Kulturzionisten“. Sie waren Westjuden, die über jüdische Dinge zwar nur „embryonale Kenntnisse“, aber einen natürlichen Idealismus besaßen. Dieser Mangel an Kenntnissen vom Judentum stieß bei jenen, die der Entwicklung dieser Institution ansonsten positiv gegenüberstanden, auf Kritik. Die Begeisterung für ostjüdische Kultur eines kleinen, engagierten Kreises deutscher Juden auf der Suche nach dem verlorenen Judentum, deren Naivität und jugendbewegte Schwärmerei, hat Gerschom Scholem mit dem Wort „Bubertät“ glossiert.

Von 1911 an war Kafka regelmäßiger Leser der zionistischen Zeitschrift „Selbstwehr“, besuchte Vorträge über den Zionismus und, das wissen wir heute, Teilnehmer am 11. Zionistenkongress im September 1913 in Wien. Er war also bestens über den Zionismus informiert. Angeregt durch die Dichterlesung seines Freundes Max Brod und nicht zuletzt durch die Teilnahme seiner Braut, Felice Bauer, die er geradezu zur Mitarbeit drängte, hat er die Entwicklung des Volksheims von Prag aus von den Anfängen an mit Sympathie verfolgt. „Stell Dich [...] zur Verfügung. Die geringe Zeit, die Dir bleibt“, schrieb er Felice Bauer am 30. Juli 1916 aus Prag, „kannst Du [...] nicht besser verwenden als dort (im Volksheim - L.J.H.), es ist unzählige mal wichtiger als Theater, Klabund, [...] und was es sonst

noch gibt“.

Bemerkenswert ist hier, wie sehr Kafka an der zionistischen Idee, die der Arbeit im Volksheim zugrunde lag, seine eigene Einstellung zum Zionismus reflektiert und sich mit seiner Braut über diesen Aspekt auseinandersetzt. Er schrieb ihr am 12. September 1916: „Mit dem Zionismus hängt es (dies gilt aber nur für mich, muss natürlich gar nicht für Dich gelten) nur in der Weise zusammen, dass die Arbeit im Heim von ihm eine junge, kräftige Methode, überhaupt junge Kraft erhält, dass nationales Streben anfeuert, wo anderes vielleicht versagen würde und dass die Berufung auf die alten ungeheuren Zeiten erhoben wird, allerdings mit den Einschränkungen, ohne die der Zionismus nicht leben könnte. Wie Du mit dem Zionismus zurechtkommst, das ist Deine Sache. Jede Auseinandersetzung (Gleichgültigkeit wird also ausgeschlossen) zwischen Dir und ihm wird mich freuen. Jetzt lässt sich darüber noch nicht sprechen, solltest Du aber als Zionistin einmal Dich fühlen (einmal hat es Dich ja schon angefliegen, es war aber nur ein Anflug, keine Auseinandersetzung) und erkennen, dass ich kein Zionist bin – so würde es sich bei einer Prüfung wohl ergeben – dann fürchte ich mich nicht und auch Du musst Dich nicht fürchten, Zionismus ist nicht etwas, was Menschen trennt, die es gut meinen“.

Kafka selbst – Hugo Bergmann, der um 1903 sein bester Freund war, dürfte ihn als erster mit der zionistischen Idee in Kontakt gebracht haben – sah, laut Tage-



Der deutschsprachige Jude Kafka aus der Tschechoslowakei.

buch, im Zionismus sogar ein Hindernis seiner literarischen Arbeit. Einige Aspekte im Zionismus stießen ihn förmlich ab. Wahrscheinlich sehnte er sich nicht so sehr nach Zion als nach der jüdischen Sprache, sei es Jiddisch oder Hebräisch. Doch was ihn mit dem Zionismus verband, das war der Ausgangspunkt der Selbstkritik, die pessimistische Deutung des jüdischen Assimilationsschicksals, das Missverständnis der jüdischen Urbanisierung als Entfremdungsprozess.

Zum Zionismus, dem neuen Orientierungspunkt für viele seiner Generation wie für seine Freunde Max Brod, Felix Weltsch und Hugo Bergmann, der schon kurz vor dem Ersten Weltkrieg nach Palästina ausgewanderte, hatte Kafka mithin ein eher zwispältiges Verhältnis. Nur in einer Hinsicht nahm er lebhaft am Zionismus teil. Interessiert beobachtete er die kolonialisatorischen Bemühungen und die Struktur der neuen Siedlungen in Palästina und viele ähnliche jüdische Aktivitäten in Prag und Berlin.

Kafka scheint sehr wohl Interesse am Zionismus gehabt zu haben zumindest ließ ihn die national-jüdische Bewegung nicht kalt. Auch korrespondierte er mit erklärten Zionisten: Überliefert sind Briefe an Chaim Weizmann und zionistische Freunde in Palästina.

Was Kafkas sporadische Bemerkungen über eine Ansiedlung in Palästina und die Eröffnung eines Restaurants dort angeht, in dem seine Freundin Dora Diamant kochen würde und er der Kellner wäre, so waren das natürlich reine Phantasien, Geschichten, die er sich ausdachte wie irgendeine andere seiner Erzählungen. Er wusste nur zu gut, dass seine Krankheit ein solches Projekt ausschloss.

Statt nach Eretz Israel ging Kafka Ende 1923 lieber nach Berlin, wo er mit Dora Diamant, die er in Müritzkennengelernt hatte, in einer kleinen ärmlichen Wohnung in Steglitz hauste wie seine Figur des „Hungerkünstlers“. Anfang April 1924 kam dann das Ende. Kafka wurde mit Kehlkopftuberkulose in ein Sanatorium bei Wien gebracht. Am 3. Juni starb er, am 11. Juni wurde er auf dem Neuen Jüdischen Friedhof in Prag-Straschnitz beigesetzt.

Allem Zweifel zum Trotz und ungeachtet aller Verwirrung und Kritik, stellt Saul Friedländer apodiktisch fest, fühlte sich

Kafka bis ins Mark als Jude. Mehr noch: Kafkas Studium von Bibel und Talmud war Nahrung für seine „ausgehungerte jüdische Seele“. Indem er sein Schreiben sowohl vom Zionismus als auch von der Assimilation begrenzte, stellte er es förmlich außerhalb der Gemeinschaft und ihrer Institutionen wie Sprache, Familie, Gesetz. Sein Schreiben galt ihm als die Unmöglichkeit von Tradition, Gemeinschaft und Zionismus, als westjüdische Kunst.

Kafka selbst fühlte sich einem „nichtgläubigen Judentum“ zugehörig. Und so war es nur konsequent, dass er sein ganzes knapp 42-jähriges Leben eingebettet in einem überwiegend jüdischen Milieu verbrachte, ohne je das Bedürfnis zu hegen, dieses Milieu hinter sich zu lassen.

So einig Hans-Joachim Schoeps und Max Brod auch in der Auffassung waren, dass Kafka in die Reihe der großen homini religiosi gehöre, so uneinig waren sich beide im Hinblick auf Kafkas Verhältnis zum Judentum und zum Zionismus, urteilt Ursula Homann. Schoeps fand es absurd, Kafka für den Zionismus zu reklamieren. Es gebe dafür keinerlei Belege, nicht einmal Andeutungen, die für eine solche Interpretation in Anspruch genommen werden könnten. Brod, der anderer Meinung war, würde in diesem Fall, behauptete Schoeps, Wunschvorstellungen erliegen und seinen eigenen Projektionen aufsitzen.

Der parabelhafte Kafka ist der Unerklärliche geblieben, der der Welt Rätsel aufgegeben und der Welt der Literatur den Schlaf gestört hat. Wir behelfen uns, wenn uns etwas absurd, abwegig oder anomal erscheint, mit dem Kunstwort „kafkaesk“, das uns als Erklärung ausreichen muss.

Das letzte Geheimnis um Kafka ist keineswegs enthüllt. Des Apostrophierten Kunst scheint man ohnehin nicht beizukommen. Im Säkulum der Ab- und Irrwege war Kafka der Prophet, der zu seiner Zeit im eigenen Land nicht hinreichend gehört, und noch weniger verstanden wurde. Kafka bleibt, was er ist und immer wohl sein wird, geheimnisvoll und rätselhaft – entrückt. Man kann allenfalls ein Geheimgärtchen von Kafkas Universum öffnen, und in der Ferne sieht man schon die nächste Tür, unerreichbar fern. Das gilt auch für „seinen“ Zionismus.

Unterstützen Sie Deutschlands einzige unabhängige jüdische Zeitung!

Abonnieren Sie und schalten Sie Werbung in der JÜDISCHEN RUNDSCHAU!

Liebe Leserinnen und Leser,

gegründet im Sommer 2014, als Reaktion auf die antisemitischen Demonstrationen in ganz Deutschland, setzt sich die JÜDISCHE RUNDSCHAU heute für jüdische Belange und für Israel ein wie kein zweites Medium im deutschsprachigen Raum.

Die positiven Rückmeldungen aus Deutschland, Österreich, der Schweiz und Israel bestärken uns in unserer Arbeit.

Dennoch brauchen wir auch Ihre Hilfe: Abonnieren Sie die JÜDISCHE RUNDSCHAU, erzählen Sie in der Familie, im Freundes- und Bekanntenkreis von unserer noch jungen Zeitung! Verschenken Sie Abos und reichen unsere Zeitung weiter!

Denn eine Zeitung wird erst durch ihre Abonnenten stark. Auch Deutschland, Österreich und die Schweiz brauchen eine selbstbewusste jüdische Stimme!

Ihre JÜDISCHE RUNDSCHAU-Redaktion

Von Breslau nach Eretz Israel

Die unvergesslichen Geschichten der ab 1933 vertriebenen deutschen Juden (Teil 1)



Von Marko Martin

Die schlesische Metropole Breslau heute

„Hallo Marko...Dann nehmen Sie doch am besten den 10:51-Bus von der Arlosoroff-Station in Tel Aviv und kommen dann 12:40 in unserem schönen Hügel-Ort Kiryat Tivon an. Ich hole Sie ab, mein Mann kümmert sich derweil ums Mittagessen, und wir beide freuen uns schon. Herzlichst, Tamar.“

So geht das eben in Israel: Vermittelt durch die Historikerin Katharina Friedla die Enkelin des Breslauer Tagebuch-Chronisten Willy Cohn anmailen, dann sogleich von jener Dr. Tamar Cohn-Gazit empathische Antwort erhalten und kurz darauf mal so eben das halbe, winzige Land von Süd nach Nord durchqueren in bequemer zweistündiger Überlandbusfahrt. Eine Intellektuellen-Herzlichkeit und häusliche Spontanität ist das, die mir – der Ehrlichkeit halber muss es einmal gesagt werden – während der bisherigen vier Monate in Wrocław kaum begegnet ist und die auch im wichtigstuerischen „Terminplan-Abgleichen“-Berlin fast nur unter denen zu finden ist, die sich bereits kennen. Nun aber bin ich hier, Sonnenstrahlen pfeilen auf den weich gewordenen Asphalt der Bus-Station, und im Schatten eines Mauerchens steht ein jüdischer Afroamerikaner und singt mit Unterstützung einer Sound-Maschine Ray-Charles-Songs ins Mikrofon, so dass ich – der Bus wird hupen, aber warten – voller Bewunderung stehen bleibe, Seite an Seite mit einem Soldaten, der sich nach meinem Fahrtziel erkundigt. „Kiryat Tivon? Was für eine Idylle! Wusstest Du, dass Bibis Sara dort zur Schule gegangen ist und die Leute im Ort noch heute über das anmaßende, tumbe Girl spotten? Anyway, ich muss weiter...“ Zur Erklärung: Gemeint ist Sara Netanjahu, die Frau

des gegenwärtigen Premiers Benjamin „Bibi“ Netanjahu.

Im Bus dann weiter die Lektüre von Willy Cohns „Kein Recht - nirgends. Breslauer Tagebücher 1933-1941“, deren skrupulöse Intensität den Aufzeichnungen Victor Klemperers in nichts nachsteht. Denn er war ja hier gewesen, im damaligen britischen Mandatsgebiet Palästina, hatte im Frühjahr 1937

„Er war eben ein Jecke, ein deutscher Jude, und angekettet an das von ihm so verehrte Deutschland, unfähig, sich eine Existenz außerhalb von Breslau vorzustellen, wo man ihn doch ab 1933 immer mehr an den Rand gedrängt hatte.“

die Möglichkeit erkundet, sich mit der Familie hier anzusiedeln. Ein Besuch im Kibbuz Giwath Brenner bei seinem 1935 auf eigene Faust ausgewanderten Sohn Ernst (dem späteren Vater der Historikerin, die ich besuche werde), Abstecher nach Haifa, Tiberias und Jerusalem (wo er am Deutschen Generalkonsulat die Hakenkreuzfahne wehen sieht). Ein Ausflug auch nach Tel Aviv, auf die Allenby Street, die damalige Prachtstraße der ab 1909 mit einem Spatenstich dem Dünenstrand abgerungenen Mittelmeer-Stadt. Und der bereits 1933 aus dem Schuldienst vertriebene Lehrer, gottesgläubige Sozialdemokrat und liberale Intellektuelle, der hier im Lande mit seiner Breslauer Geistesausbildung keine Chance

sieht die Familie lebenspraktisch zu ernähren: Wie er dennoch in seinen Aufzeichnungen plötzlich ganz gelöst, ja beglückt wirkt angesichts der Sonne und des Strandes, im Kontakt mit großzügigen Menschen von unpräntiöser Würde, die ihr Schicksal in die eigene Hand genommen haben. „Überall aufbauende Arbeit. Im Kibbuz zeigt mir mein Sohn Ernst den neu entstandenen Garten und die Baumschulen.

Am Abend ist dann Ausleihstunde, und viele der Kibbuzniks machen von den bereits reichen Beständen der Bibliothek Gebrauch. Wie es mich reizen würde, hier zu bleiben!“ Ach um Gottes Willen, lieber Herr Cohn, möchte man ihm über die Jahrzehnte zurufen, lieber Herr Dr. Studienrat Cohn, so bleiben Sie doch hier, bleiben Sie hier, irgendeine Arbeitsmöglichkeit findet sich immer, da in Ihrer geliebten Heimatstadt Breslau ja schon die Mordpläne geschmiedet werden, Sie und die Ihren ums Leben zu bringen!

„Ach, was soll man sagen, er war eben ein Jecke, ein deutscher Jude, und angekettet an das von ihm so verehrte Deutschland, unfähig, sich eine Existenz außerhalb von Breslau vor-

zustellen, wo man ihn doch ab 1933 immer mehr an den Rand gedrängt hatte.“ Mittagstisch-Gespräch in einem freundlichen Bungalow-Häuschen in Kiryat Tivon, wo es inmitten sanften Hügelwindes tatsächlich so idyllisch ist, wie vom Ray-Charles-begeisterten Soldaten vorhergesagt. Harmonischer, grüner Norden Israels!

„Mein Großvater hätte angesichts der Hügel um uns herum wahrscheinlich sogleich an den Zobten gedacht“, sagt die 1947 hier im Lande geborene Tamar Cohn-Gazit mit einem feinen Lächeln, das voller Sympathie ist, mit Nachsicht und Schmerz: Denn nicht hier in Israel beschloss Willy Cohn seine Tage, sondern wurde mit den in Breslau verbliebenen Familienmitgliedern am 25. November 1941 ins litauische Kaunas deportiert und dort vier Tage später erschossen. „Es war ein richtiges Parade-schießen“, würde der für das Massaker verantwortliche SS-Standartenführer Dr. Jäger (sic!) in einem Protokoll triumphal notieren: Allein an jenem 29. November 1941 1.155 Frauen, 693 Männer und 152 Kinder von deutschen und litauischen SS-Leuten mit Maschinengewehren niedergemäht.

Die Enkelin spricht über ihren Großvater auf englisch. Tamars Mann Amnom, ein ebenso kluger Pensionär und Zubereiter des wundervoll mediterranen Mittagessens, kommentiert, auf deutsch: „Natürlich ist auch meine liebe Gattin noch genug deutsch geprägt, um Perfektionistin zu sein und die Sprache, die sie ein wenig von ihrem Vater Ernst erlernte, aus Furcht vor etwaigen Grammatikfehlern nicht zu sprechen. Aber verstehen tut sie's ja doch und ist deshalb auch froh, dass seit 2008 den deutschen Lesern die Breslau-Tagebü-

cher ihres Großvaters in einer hervorragend editierten Ausgabe vorliegen, herausgegeben vom 1938 ebenfalls in Breslau geborenen bundesdeutschen Historiker Norbert Conrads."

Die Geschichte der geretteten Tagebücher: Eine Odyssee. Willy Cohn hatte ab Weltkriegsbeginn 1939, als sich alle Ausreisepäne endgültig zerschlagen hatten, bereits mit dem Schlimmsten gerechnet, sah sich und die Familie in einer tödlichen Falle – und trug Sorge, dass späterhin wenigstens das Tagebuch gerettet würde, mit Hilfe eines mutigen nicht-jüdischen Freundes. Wie viel Zufälle und geradezu aberwitzige Begegnungen und Fügungen, um Kopien des Manuskripts schließlich in die Hände von Ernst Cohn gelangen zu lassen!

„Mein Vater hatte sich ja bereits kurz nach seiner Ankunft 1935 von einem schüchternen, bebrillten Jungen zu einem ernsthaften Kibbuznik entwickelt, ein ehemaliger Breslauer Gymnasiast, der sich nun hier als Autodidakt sogar das Traktorfahren beibrachte. Und dann in langen Jahren, nach der harten täglichen Arbeit, die Tagebücher seines Vaters vom Deutschen ins Hebräische übertrug, Wort für Wort.“

Dieser Sohn Willy Cohns – zusammen mit der Schwester Ruth und dem rechtzeitig nach Frankreich entkommenen Bruder Wolfgang einer der ganz wenigen Überlebenden der Familie – muss eine eindrucksvolle Persönlichkeit gewesen sein. Inzwischen sind die drei Geschwister hochbetagt verstorben, und auch Tamar Cohn-Gazit ist längst bereits Großmutter und erwartet in der nächsten Stunde Enkel-Besuch. „Zeit genug für den Film...“ Und so werden – nachdem wir den Esstisch gemeinsam abgeräumt haben, Kibbuz-Ethos ist auch in individualistischeren Zeiten noch immer ansteckend – die Dessertfrüchte auf den Fernsehtisch des weitläufigen Parterrezimmers gestellt und der Videorekorder angeschaltet. Eine Dokumentation der deutschen TV-Journalistin Petra Lidschreiber aus dem Jahre 2008: Noch leben die drei einst dem Holocaust entkommenen Kinder des Historikers, besuchen das heutige Wroclaw, gehen den Spuren ihres Vaters am Rynek nach, stehen dort vor dem einstigen Familienbesitz des Hauses Nr. 49. Oder spazieren hier in Israel durch die von Ernst Cohn so liebevoll kultivierte Landschaft, voll schmerzlicher Überlegungen, ob der Vater damals nicht doch... Zu spät.

Aber: Die Tagebücher gerettet. Aber: Der Name Cohn von den Dr. Jägers des Dritten Reichs schließlich doch nicht ausgelöscht. Aber: Plötzlich ein riesiges Tohuwabohu draußen im blühenden Garten, Kinderstimmen. „Marko, das sind sie...“ Und hereingetollt kommen die Ur-Urenkel von Willy Cohn, quirliche kleine Israelis.

„Auch für diese Nachkommen habe ich schließlich die Arbeit meines Vaters Ernst komplettiert und den Band von Willy Cohns Tagebüchern auf hebräisch herausgegeben. Hat ziemliches Aufsehen verursacht. Gut so, denn die Beschreibungen schleichender Diskriminierung, Ausgrenzung und Manipulation, die mein Großvater geliefert hat, sind ja so intensiv und universell gültig, dass man geradezu gezwungen ist, auch Fragen bezüglich der weltweiten Gegenwart zu stellen.“

Apropos, und da – zynisch gesprochen – die heutigen Gutes-Gewissen-Deutschen, geläuterte Nachkommen des Dr. Jäger, so gern (und motiv-psychologisch eindeutiger, als ihnen lieb sein dürfte) die Formel „Man wird ja

wohl auch Israel noch kritisieren dürfen“ herunterbeten...

Tamar Cohn-Gazit lacht, ihr Mann seufzt auf. „Keine Bange, dass machen wir Israelis schon selbst gar nicht schlecht. Probleme unter den Tisch zu kehren ist kein Bestandteil jüdischer Tradition. Eher schon das Gegenteil...“ Dennoch, bei aller Kritik an der gegenwärtigen Regierung: Es ist ein guter Ort, dieses Kiryat Tivon, im Norden Israels, nahe Haifa, wo die Historikerin lange Jahre gelehrt hatte. Die Hügel gegenüber sind von Drusen und Arabern bewohnt, israelischen Staatsbürgern, deren Parteien im Parlament sitzen. Die Spannung, die in den besetzten Gebieten herrscht, ist hier in Kern-Israel weit weg, man kennt und schätzt einander, in den ehemaligen Kibbuzim, heute zumeist privatisiert, arbeiten Juden und Araber ohnehin kollegial zusammen. Wenn auch, natürlich, stets ein unaufhebbarer Rest von Distanz fortbesteht.

„Vielleicht ist es ja wie bei der Tafel am Rynek 49...“, sagt Tamar Gazit-Cohn und führt den Gedanken nicht weiter aus. Nicht nötig, wo es doch offensichtlich ist: Die Gedenkplakette für ihren Großvater ist auf polnisch und englisch beschriftet – zwei Sprachen, in denen der deutschjüdische Lehrer und Historiker, Frontkämpfer des Ersten Weltkriegs und Mitglied der SPD, nie geschrieben hat. An den Stadthistoriker zu erinnern, ohne dessen Muttersprache noch einmal sichtbar werden zu lassen, ist natürlich absurd. Andererseits: Wer wäre berufen, dies zu kritisieren? Die geläuterten Nachkommen all der unzähligen Dr. Jägers, die sich nun als freundliche Nostalgie-Reisende auf die deutschen Spuren in Breslau begeben, wären gewiss nicht die Richtigen, hier etwaige Korrekturvorschläge anzubringen.

Während die ehemaligen Breslauer in Israel schon froh genug sind, dass ihrer Geschichte im jetzigen Wroclaw so umfangreich gedacht wird. Weil es ja auch Wichtigeres gibt als die Sprachen auf Gedenkplaketten – etwa die erfreuliche Tatsache, dass Willy Cohns Tagebücher inzwischen auch auf polnisch übersetzt sind.

„Und Sie wissen, weshalb mir mein Vater Ernst den Vornamen Tamar gegeben hat?“, fragt die Historikerin zum Abschied, ganz wie nebenbei. „Zum Gedenken an seine kleine Schwester Tamara Cohn, eines von 152 Kindern, die bei jenem 'Paradeschießen' am 29. November 1941 ermordet wurden. Sie war damals drei Jahre alt. Während ich jetzt schon 66 Jahre älter bin als meine in Litauens Massengräbern verscharrte Tante...“

Israel, Ort der Überlebenden – noch immer. Bewahrtes Bewusstsein von der Fragilität unserer Existenz. Und jene, die uns daran erinnern, von einem solchen Großmut und einer Herzengüte, dass man beinahe weinen möchte vor Freude an der Existenz solcher Menschen. Wie gut, diese Reise von Wroclaw nach Eretz Israel unternommen zu haben!

Von Breslau nach Petach Tikva

„We can speak german, because the young man here comes from Breslau. from Wroclaw!“

„Beseder, yoffi...“

„Aber lieber Herr Holzer, auf deutsch, bitte! Wie ich Ihnen bereits am Telefon hatte ausrichten lassen, ist der junge Mann – Literaturstipendiat im polnischen Wroclaw – extra hierher gekommen, um uns uralte Breslauer zu treffen. Ist das nicht schön?“

„Aber gewiss doch, mein lieber ver-



Der Autor Marko Martin bereist Israel regelmäßig.

ehrter Dr. Sklarz! Und Sie, hochwillkommener Besucher, nehmen bitte Platz neben meinem Sitz da, da ich nicht mehr allzu gut zu Fuße bin mit meinen 93 Jahren. Währenddessen wird Ihnen Victor, meine großartige Haushaltshilfe aus den noch fernerer Philippinen, gewiss ein Glas kühles Wasser bringen, Labsal bei dieser Augusthitze, die auch des Abends noch anhält, wenngleich die Wände dieser Parterrewohnung ebenso gut kühlen wie jene in der Etage darüber, wo die Familie meiner Tochter lebt. Victor, bawakascha, would you please so kind to bring some tablet water for our guest. Beseder?“

Nein, sie ziehen mitnichten irgendeine Höflichkeits-Show ab, der 1923 in Leipzig geborene und in Breslau aufgewachsene Gabriel Holzer und der etwas jüngere, 1935 in Breslau geborene Benjamin Sklarz. Ebenso wenig wie Dr. Sklarz' charmante, feinsinnige Frau, die mich ein paar Stunden zuvor in perfektem Oxford-Englisch nach meinen Tea-Wünschen befragt hatte und mit ihrem Mann besprach, welche Art Früchte man am besten zum Afternoon-Cake reiche.

„Wundern Sie sich nicht! Als ich mit meiner Familie aus Breslau via Cuxhaven in England ankam, lebte meine zukünftige Frau mit ihren Eltern dort schon ein paar Jahre, ebenfalls geflüchtete deutsche Juden. Und so kommt es, dass wir beide fast immer englisch miteinander sprechen, eine freilich nicht auf unsere Kinder und Enkel ausgedehnte Angewohnheit, die wir auch nach unserer Übersiedlung nach Israel beibehalten haben.“

Was ebenfalls beibehalten wurde: Ein Deutsch, das formidabel zu nennen noch eine Untertreibung wäre. Antiquiert, gar gespreizt? Im Gegenteil: Von einer solchen Nuanciertheit, die von Stilempfinden und Ethik zeugt: Denn die eingefügten Nebensätze in Benjamin Sklarz' Rede (und ein paar Stunden später, noch vehementer in den Erinnerungen von Gabriel Holzer), sind ja nicht irgendwelche Füllsel, sondern eingeschobene Überlegungen, Abschwächungen oder Verdeutlichungen – ein selbstreflexives Beinahe-Innehalten im Fluss der Rede.

Dabei hat der promovierte Chemi-

ker, der trotz seiner 81 Jahre mit seiner hochgewachsenen Gestalt noch immer beinahe jugendlich-schlaksig wirkt, überhaupt nichts Pedantisches an sich. Eher ist es das Beibehaltene, was drei Jahre vor seiner Geburt in seiner einstigen Heimatstadt für lange Jahre verloren gegangen war: Anstand. Deshalb gar nicht so viel von sich selbst sprechen, sondern lieber vom „Verband ehemaliger Breslauer in Israel e.V.“. Aus dem Arbeitszimmer einen ganzen Stapel jener 28-seitigen „Mitteilungen“ holen, einer Publikation, die bis 2011 existierte und von der Treue der Breslauer Juden zur ihrer Geburtsstadt erzählte, von Besuchen im nunmehr polnischen Wroclaw, von Aktivitäten in der neuen Heimat Israel. „Aber wir sterben langsam aus und sollten wir etwa nur noch Todesanzeigen bringen?“

Benjamin Sklarz, orthodoxer Kippaträger, lebensweltlich liberal, von trockenem britischen Humor geprägt. Und dann doch wieder diese Genauigkeit: Dass ich doch bitte in diesem Blog-Eintrag nicht zu erwähnen vergesse, wem ich den Kontakt mit ihm zu verdanken habe, diesen Besuch in der Stadt Petach Tikva vor den Toren Tel Avivs: Dr. Katharina Friedla, die das Buch „Juden in Breslau/Wroclaw 1933 bis 1949“ geschrieben hat und darüber hinaus wissenschaftliche Beraterin war des Dokumentarfilms „Wir sind Juden aus Breslau. Überlebende Jugendliche und ihre Schicksale nach 1933“, der im Herbst in Wroclaw (am 6.11. im Kino Now Horyzonty) und in Berlin (am 13.11. im Zeughauskino im Deutschen Historischen Museum) seine Uraufführung erleben wird, in Polen dann auch in Anwesenheit von Benjamin Sklarz.

„Und bitte - bitte - schreiben Sie auch, wem wir die Großtat verdanken, dass unsere längst verschiedenen 'Mitteilungen' nun vollständig online und von Lesern eingesehen werden können, damit die Geschichte der Breslauer Juden in Israel im Gedächtnis bleibe: Maximilian Eiden vom Schlesischen Museum in Görlitz und dem Historiker Ingo Loose. Sobald Sie wieder drüben in Tel Aviv sind, wird Sie der entsprechende Link erreichen, den sie doch bitte Ihrem Blog hinzufügen mögen.“

Der Sprachakrobat

Endlich: Die ultimative Biographie über Alfred Kerr

Von Dr. Ludger Joseph Heid

In der deutschsprachigen Literatur- und Theaterkritik hat es vor 1933 an klangvollen Namen gewiss nicht gemangelt: Maximilian Harden, Siegfried Jacobsohn, Karl Kraus, Kurt Tucholsky, Herbert Jhering, Hermann Sinsheimer und viele mehr. Doch einer überragte alle: Alfred Kerr (1867-1948).

Ihm, der in der Gegenwart schon ein wenig vergessen schien, widmet die Literaturwissenschaftlerin Deborah Vietor-Engländer eine Biographie, an der sie 15 Jahre lang gearbeitet hat. Die Mühewaltung hat sich gelohnt, und man mag sich fragen, warum erst jetzt, fast 70 Jahre nach seinem Tod ein solches Werk erscheint. Ein großer Wurf, der durchaus eine kritische, wenn auch sympathische Distanz zum Untersuchungsgegenstand wahr.

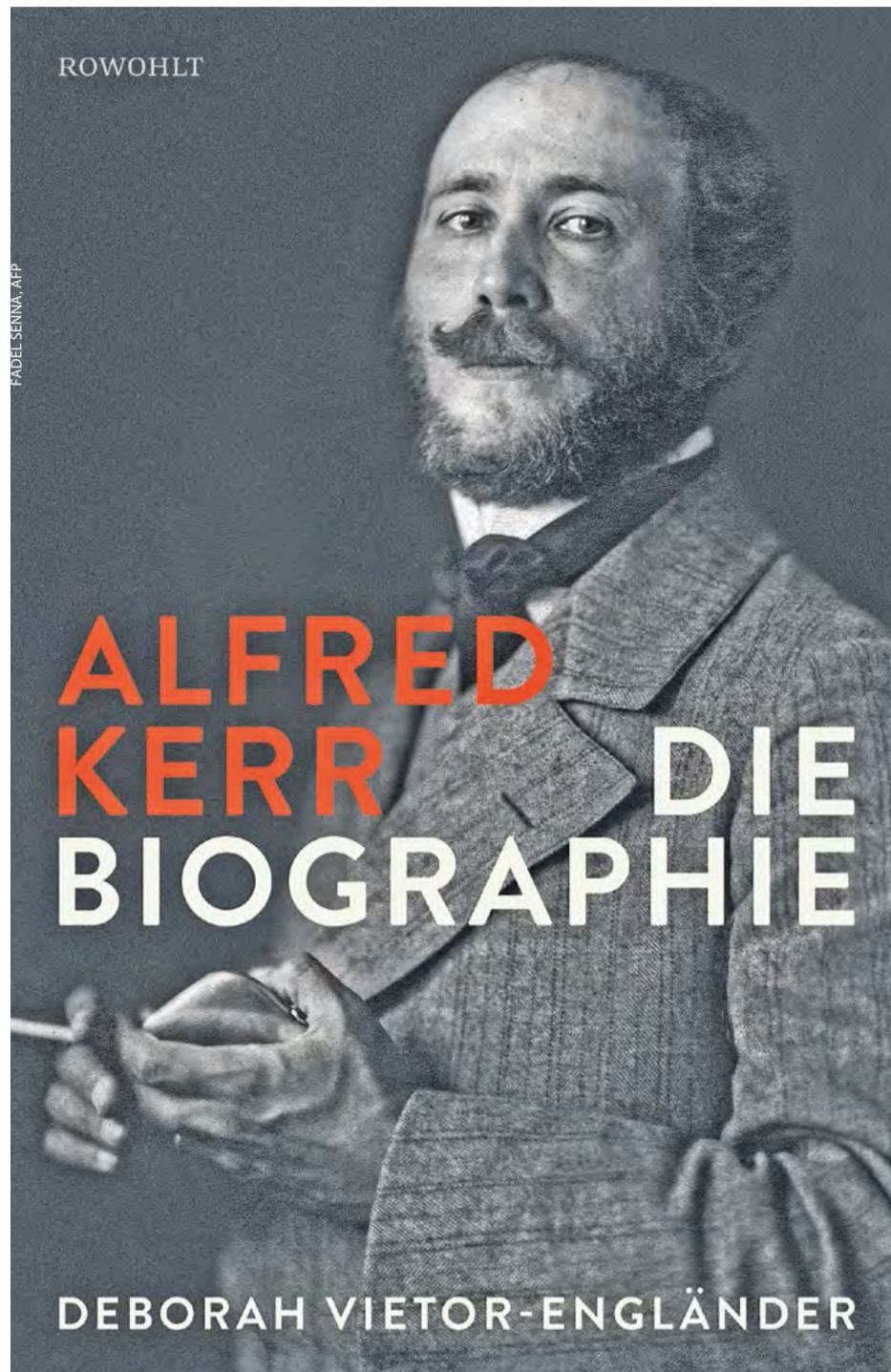
Die Biographin zeigt sich in ihrem Kerrschen Lebensbericht als eine glänzende Erzählerin. Es ist eine üppige, elegant und fesselnd geschriebene Biographie, gefüllt mit dem prallen Leben des brillanten Großkritikers. Mit ihrem Bericht durchmisst Vietor-Engländer acht Dezennien des Kerrschen Lebens und beleuchtet zugleich den kulturellen Kosmos des Apostrophierten, was den heutigen Leser immer noch staunen lässt. Staunen über einen unbestechlichen Freigeist, der frech und furchtlos war, der auch vor großen Namen nie zurückschreckte.

Mit Kerr flaniert Deborah Vietor-Engländer durch das pulsierende Berlin der Wilhelminischen und Weimarer Jahre, wo die Theater vor Neuerungen sprühten, die Literatur ganz neue Töne anschlug, neue schöpferisch-kreative Kunst und Wissenschaft vorwärts stürmten, ein neues Denken sich Bahn brach, nicht immer im humanistischem Geist. Und Kerr mittendrin, bewundert und gehasst, leichtfüßig, witzig, polarisierend und immer auf der Höhe der Zeit, manchmal ihr vorausseilend.

Kerr war zu seinen Lebzeiten nachgerade berühmt, umstritten, für manche auch berüchtigt. Seiner spitzen Feder wegen. Für Karl Kraus war er eine „Feuilletonschlampe“, für Moritz Heimann dagegen ein „Kritikergenie“. Kerr ging stets scharf zur Sache. Er galt als der „schärfste Verreiber“, als kritische Instanz. Über sich selbst sagte er in einer Mischung aus Stolz und Eitelkeit: „Ich beherrsche die deutsche Sprache“. Das sollte nichts Anderes bedeuten, als dass er der „Herr“ der Sprache und diese ihm zu Willen war. Kerrs Sprache war seine eigene Schöpfung. Und seine Sätze waren knapp, schroff, weckend, prägnant. Ein ganz eigener – neuer – Ton. Die Kerr-Sprache.

Es war das inspirierte Leichte, das ihn auszeichnete, jemand, der imstande war, spielerisch Wortkunstwerke aufzutürmen, ein Schreibkünstler, der virtuos das Ja im Nein, das Nein im Ja verstecken konnte. Kurz: Die Kerr-Haltung. Er verbarg nicht, was er fühlte. Der Leser sollte wissen, was in ihm, dem Kritiker, vorging beim Zusehen eines Stücks. Er war das Original. Unvergleichbar, in Form und Sprache.

Kerr ist charakterisiert durch das hohe Tempo, das er in seinen Texten anschlug, das war sein Markenzeichen. Zielen, schießen, treffen, so verfuhr er in seinen Kritiken und treffgenau war



er fast immer. Seine Methode war die Verknappung, die Kürze, mit der er Wirkung erzielte. Sogar in der Verkürzung seines Geburtsnamens – aus Kempner machte er Kerr – zeigte er sehr früh ein Gespür für die Einzigartigkeit und Wirkung. Stakkatoartige Sätze, Satzketten, die durch virtuos gesetzte Satzzeichen der gewünschten Aussage eine zusätzliche Wirkung zu schaffen vermochte, das war sein unnachahmlicher Stil. Punkt, Komma, Gedankenstrich, Ausrufe- oder Fragezeichen punktgenau platziert

Seine Biographin versucht trotz der ihr zur Verfügung stehenden Materialfülle dieses Tempo mitzugehen, ohne zu überpacen, so dass der Leser mühelos folgen kann.

Kerr liebte das Wortspiel, das Zusammenfügen scheinbar sich widersprechender Bedeutungen, die Absurdität, das Wortschöpferische. Er war ein Meister der „aphoristischen“ Kritik, der für die Anerkennung der Kritik als eigenständige literarische Gattung kämpfte. Für das eigene Schaffen prägte er den

Essayist, Lyriker und (Reise-)Schriftsteller. Seine öffentliche Bedeutung zog er aus der Grenzüberschreitung von Literatur und Theater in die politische Polemik. Bei all dem war er auch ein Entdecker von Literatur sowie ein einflussreicher Vermittler in der Literatur. Kerr forderte, dass Kritik eine gleichberechtigte Kunst neben der Dichtung und der Kritiker ein Dichter sein solle. Dieser Maxime blieb er stets treu. Was Kerr schrieb, gewann zunehmend die Tendenz, selbst Literatur zu sein. Er lebte in und mit der Literatur.

Den ersten Text der „Literarischen Ermittlung“ aus Kerrs Feder, eine Lessing-Verteidigung, schrieb er – zwischen Abitur und Studienbeginn – mit 19 Jahren, das war im Jahre 1887, und damit hatte er zugleich seinen Ton gefunden. Bereits hier klingen bei Kerr analytische Schärfe, Polemik, Ironie und Witz an, Lust am Streit, die vielen Literaturkritikern zu Eigen ist. Beispiel gefällig? Als junger Kritiker (1894) schulte er am Schlechten seinen Witz, übte sich in der enthüllenden Pointe. Über das Theaterstück „Das Fest auf der Bastille“ heißt es bei ihm: „Ich halte das ‚Fest auf der Bastille‘ nicht für ein Drama, sondern für ein Unglück“. Vietor-Engländer meint: „Er war der Intellektuelle, der eine eigene herausfordernde Sprache sprach, die sich eignete für den Witz wie für die Peitsche, an dem man sich rieb, den man nicht auslassen konnte“.

Die Kerrschen Protagonisten, das waren Ibsen, Schnitzler, Wedekind und Hauptmann (mit dem er 1933 brach) und nicht zuletzt Heine.

Mit Heinrich Heine fühlte er sich brüderlich verwandt. Zwischen dessen Tod und Kerrs Geburt lagen nur elf Jahre. Ihrer beider Lust zu leben, ihr Witz, ihre Ironie, ihre literarische Existenz waren sich nah. In jüdisch-religiöser Konnotation schrieb Kerr: „Wir gedenken des Dichters Heinrich Heine, von ganzem Herzen, von ganzer Seele und von ganzem Gemüt“. Die „chaotische“ Else-Lasker-Schüler entdeckte er, auch wenn er sich – anfangs – über deren „Altes Testament“ mokierte. Und die Lasker-Schüler dankte es ihrem Förderer mit einem Gedicht: „Was Dr. Kerr bedeute / für die Literatur von heute - / Ein Silberling im Brot“.

Und wie hielt er es, der aus einem jüdisch-orthodoxen Haus in Breslau stammte, mit dem Judentum? Kerr empfand die Herkunft „von diesem Fabelvolk“ immer als etwas Beglückendes, obwohl er von der Sprache der Juden nichts wusste als die für ihn „gewaltig schönen“ sechs rauen Riesenworte: „Schma Jisroel, Adonai Elohenu Adonai Jechod“. Diese Worte hatten für ihn „ewige Geltung für meine Phantasie“, so bekannte er 1928 in seinem „Lebenslauf“. Je mehr er als Jude angegriffen wurde, desto kämpferischer wurde er. Er scheute keinen Konflikt. Kerr empfand sich als Deutscher und Jude zugleich, sah darin keinen Widerspruch und keinerlei Problem, sich in der deutschen Öffentlichkeit bemerkbar zu machen, auch wenn ihm bewusst war, dass er von vielen nur als Jude wahrgenommen wurde. In seinen Worten klingt das so: „Ich fühle mich durchaus deutsch – auch wenn ich mich geschmeichelt erinnere, ein Mitglied des Bibelvolkes zu sein, dem die führenden Herrn Moses, Christus, Spinoza und Karl Marx entsprossen sind“.

„Ich beherrsche die deutsche Sprache“. Das sollte nichts Anderes bedeuten, als dass er der „Herr“ der Sprache und diese ihm zu Willen war.

setzte er als Waffe ein. Er verstand es, das, was er sagen wollte, sprichwörtlich auf den Punkt zu bringen. Und am Ende stand dann die Pointe – und der Verriss oder das Lob. Wenn man mit dem Lesen seiner Kritiken begann, wollte man unbedingt weiterlesen. Das Publikum war begierig, seine Kommentare zu lesen. Seine Texte hatten immer zwei Aspekte: Was er sagte und wie er es sagte. Das Wie übertraf oft das Was.

Begriff der „Davidsbündlerkritik“ und bekannte sich zu „Schleuder und Harfe“ als Symbole des kritischen Werkzeugs. Kerr war besessen vom Schreiben. Kein Tag verging, ohne dass Sätze geformt, Wörter gefunden und gebunden wurden und der Augenblick eingefangen, der Gedanke formuliert war. Er war ein virtuoser Sprachakrobat.

Indes war Kerr mehr als ein Theater- und Literaturkritiker, er war Journalist,

Fünf Jahre bevor Theodor Herzl 1898 Palästina zum ersten und einzigen Mal besucht und sich schauernd von den ärmlichen Judengestalten und vom dortigen Unrat abgewandt hatte, traf Kerr im April 1903 in Jaffa ein. Als er Palästinas Küste erblickte, war er ganz ergriffen und notierte in sein Reisetagebuch: „Die Tränen stiegen mir auf“. Neun Tage blieb er in Jerusalem und dieses Erlebnis änderte sein Verhältnis zum Judentum: „Gelobtes Land. Ernstes Land und Schönheitsland, Frühland! Frühlingsland! Judenland!“ Alles erinnerte ihn an die Verfolgung eines Volkes – seines Volkes. Auf die diasporische Verfolgung anspielend schrieb er: „Ich bin ja nach den Martern der Jahrtausende heute auch heiter geworden. Und schlage die Harfe; wie keiner sie schlug seitdem. Weiß hebräisch nicht zehn Worte. Dennoch klingt in mir der Klang: der gedrängten Symmetrie; der Vaterschaft; Gottes“.

An jüdischen Dingen war er sehr interessiert und das drückte er auch auf seine ihm eigene Art aus. Ihm ging es dabei weniger um ein zur Schau getragenes Judentum, sondern um ein mit Aufrichtigkeit und Würde gelebtes und verteidigtes jüdisches Selbstverständnis. Das klingt bei ihm so: „Jeder feige Vertusch-, Verkriech-, Versteckjude (soll) die Gicht kriegen, Knollen am Popo, und zerspringen“. Gerade das Kämpferische war für Kerr Inbegriff des Judentums. Jedes Verleugnen des eigenen Judentums bedeutete für ihn umgekehrt, Wasser auf die Mühlen der Antisemiten zu schütten.

Das meistgespielte und bekannteste Stück des „Jüdischen Künstler-Theaters“ war der „Dibbuk“, der sogar von nichtjüdischen Bühnen häufig gespielt wurde. Auch Max Reinhardt inszenierte dieses Stück. Über eine Aufführung dieses mystisch-kabbalistischen Dramas schrieb Kerr im „Berliner Tageblatt“: „Das Jüdische Künstlertheater ist sozusagen eine Dorfschmiere mit Genialitätsblitzen. Eine Edelschmiere - von hochstehendem Ineinanderspiel [...]“. Und weiter heißt es bei ihm über An-Skis jiddisches Stück im Oktober 1921(!):

„Es ist eine fremde Sprache: Man versteht nur Eini-ges... Nirgends Gemauschel - sondern man fühlt eine geschlossene Eigensprache. Höchst merkwürdige Bekanntschaft... Das ‚Yiddisch‘ ist ja praeter-propter mittelalterliches Deutsch. Ein Beweis, dass in Deutschland Juden längst heimisch waren, längst deutsch redeten, als die Ahnherrn preußischer Hakenkreuzschnäbel noch dunkle Slawendialekte piepsten. Die heut über ‚Landfremde‘ das schmutzige Mundwerk aufreißen, waren dazumal diesem Land sehr fremd. Es ist ein Schwindel wie die übrigen“.

Es vergingen nicht einmal drei Stunden bis Kerr sich von einem Warnruf am 14. Februar 1933, die Nazi-Behörden beabsichtigten, ihm den Pass entziehen, als Exilant auf tschechischem Boden wiederfand – mittellos, brotlos. Nichts war zuvor gepackt, es gab kein Konto im Ausland. Kerr hatte, wie die meisten deutschen Juden, die Inmachtsetzung Hitlers und dessen schnellen, rigorosen judenfeindlichen Griff nach der Macht nicht für wahrscheinlich gehalten. Für die nächsten fünfzehn Jahre musste er das bittere Brot des Exils essen.

In der Kerr'schen Diktion liest sich das so: „Man geht nicht zum Vergnügen ins Exil“. Seine nächsten Stationen waren: Tschechoslowakei, Schweiz, Frankreich, Großbritannien. Er wurde ausgebürgert, sein Besitz – darunter wertvolle Heine-Autographen – wurden öffentlich versteigert und man aberkannte ihm seinen Dokortitel. Desillusioniert schrieb er: „Meine Bibliothek besitzen die Na-

zis. Wie alles, was mein war; darunter Deutschland“.

In der Nazi-Presse wurde er als einer der „übelsten Asphalt-Literaten“ geschmäht. Bei Kerr machte sich Verzweiflung breit. Immer wieder musste er entwürdigende Bettelbriefe schreiben.

Jude gewesen, wenngleich ohne religiöse Bindung. Auch wenn sich seine Lebensumstände dramatisch verschlechtert hatten, Kerr behielt seinen Witz: „Ich stamme vom König David, habe drei bis vier Erzengel zu Vettern, und vielleicht war Ahasverus wirklich mein Ur-Onkel

„Juden sind geübte Emigranten,/ Einer tausendjährigen Übung treu,/ Aber unsren Freunden und Bekannten,/ All den christlich-arischen Verbannten /Ist der Zwangsspaziergang ziemlich neu“.

Ein Hilferuf ging an jüdische Mäzene nach New York: „Ich habe für die Juden soviel getan. Vier oder fünf Yankeeheräer könnten sich schon zusammentun

aus einer Seitenlinie“. Sein Exil-Schicksal kleidete er in folgenden Vers, womit er sich zugleich mit den nichtjüdischen Vertriebenen solidarisch zeigte: „Juden



Alfred Kerr, porträtiert von Lovis Corinth (1907)

und mir eine Pension aussetzen; das merken sie doch gar nicht – und meine gebenschten Kinder brächen nicht zusammen“.

Dass Kerr sich im Exil verstärkt der jüdischen Thematik zuwandte, ist nicht weiter verwunderlich. Er war zeitlebens ein außerordentlich selbstbewusster

sind geübte Emigranten,/ Einer tausendjährigen Übung treu,/ Aber unsren Freunden und Bekannten,/ All den christlich-arischen Verbannten /Ist der Zwangsspaziergang ziemlich neu“.

Kerrs Schriften wurden im Mai 1933 öffentlich verbrannt. Und doch trennte der Verfemte sich innerlich nicht

von Deutschland. Er kämpfte für ein Deutschland nach Hitler. Allein Kerrs „Gerhart Hauptmanns Schande“ wegen lohnt sich die Buchlektüre. Eine öffentliche Abrechnung, die ihresgleichen sucht! Ein Fluch über Hauptmann, wie man es aus Kerrs Mund bis dahin nicht gekannt hatte, der der Person, nicht dem Werk galt. Mit einem Hauptmann, mit dem ihm auch eine persönliche Freundschaft verbunden hatte, und der sich unmissverständlich mit den „klobigen Gefängniswärtern“, den Nazis, eingelassen hatte, gab es keine Gemeinschaft mehr – „nicht im Leben und nicht im Tod“. Kerr: „Ich kenne diesen Feigling nicht. Und das Bewusstsein der Schande soll ihn würgen in jedem Augenblick. Hauptmann, Gerhart, ist ehrlos geworden.“ Und in jüdisch-sepulkralischer Metaphorik schob er hinterher: „Sein Andenken soll verscharrt sein unter Disteln; sein Bild begraben im Staub“.

Zu seinem geplanten Buch „Ein Jude spricht zu Juden“, eine Doppelbiographie über Marx und Disraeli, kam es nicht mehr. Die Emigration im Februar 1933 machte viele literarische Pläne zunichte. Es gibt nur einen Entwurf.

Im Exil ging Kerrs Hauptkraft in den Kampf gegen Hitler. In diesem Kontext sind die meisten Gedichte nach 1933 zu sehen, viele mit politischem Inhalt. Er spickte seine Gedichte oft mit Kalauern und Gassenjargon, selbsterfundene Ausdrücke. Die Schärfe der politischen Kommentare nahm zu. „Wenn übermorgen die ganze Hitlerei zusammenstürzt: ich würde trotzdem dieses Land nie mehr betreten; trotz unvermeidlicher Liebe“. Ein andermal formulierte er es unvergleichlich schärfer: „Ich ginge nach Deutschland nie mehr zurück, auch wenn ich es morgen könnte. Ich bin dafür, dass dieses seelisch verjauchte Land von außen her gewaltsam eingrenkt wird“. Ein Verdikt mit dem er bald brach.

All seinen Invektiven zum Trotz kam er nicht aus seiner deutschen Haut heraus und bekannte: „[Ich bin] ein deutscher Dichter, ein deutscher Prosa-schreiber. Ich kann nicht hebräisch. Ich kann nicht chaldäisch. Ich kann nicht aramäisch. Ich kann nicht yiddisch. Ich kann deutsch – besser als die Deutschen. Ich bin ein Jude“.

Nach 14 Jahren Exil, zuletzt in London, kam er im Sommer 1947 nach München. Erich Kästner schickte Blumen zur Begrüßung und Kerr notierte: „Bin heute [...] wieder in dem Land meiner Liebe, meiner Qual, meiner Jugend. Und meiner Sprache. Diese Trottel wollten mir blitzdumm die Zugehörigkeit absprechen. ... Wie komme man sich vor nach allem Vergangenen? Nicht wie ein nachtragender Feind – wahrhaftig nicht. Sondern wie ein erschütterter Gefährte. Erschütterter ..., aber misstrauisch“.

Im September 1948 war der 81-jährige besuchsweise zu einer Vortragsreise durch Deutschland aufgebrochen. Zum ersten Mal nach seiner Flucht sah er in Hamburg Shakespeares „Romeo und Julia“. Danach war er sehr erschöpft. Nachts im Hotel traf ihn der Schlag, der ihn halbseitig lähmte. Kurz darauf nahm er eine Überdosis Schlafmittel. „Ich habe das Leben sehr geliebt, aber beendet, als es zur Qual wurde“. Das war am 12. Oktober 1948.

150 Jahre nach seiner Geburt hat Deborah Vietor-Engländer mit ihrer grandiosen Biographie Kerr wieder in das öffentliche Bewusstsein gehoben und ihm den ihm gebührenden Platz in der deutschen Literaturgeschichte zugewiesen.

Deborah Vietor-Engländer: Alfred Kerr. Die Biographie, Rowohlt Verlag, Reinbek bei Hamburg 2016, 719 S., 29,95 €

„Orientalische Szenen sehen am besten auf Stahlstichen aus“

Mark Twain zeichnete 1867 ein trauriges Bild vom Palästina vor der israelischen Unabhängigkeit

Valerie Herberg

Mark Twain dürfte den meisten durch seine Romane „Tom Sawyers Abenteuer“ und „Huckleberry Finns Abenteuer“ bekannt sein. Der amerikanische Autor, der mit richtigem Namen Samuel Langhorne Clemens hieß, war auch ein begeisterter Reisender. 1867 unternahm eine Reise nach Europa und in den Nahen Osten, die ihn auch nach Palästina führte. In seinem Reisebuch „Die Arglosen im Ausland“ (Original: „The Innocents abroad“) beschreibt er seine Eindrücke. Demnach war Palästina ein karges, ödes und für den Autor überraschend kleines Land, das von Armut und Schmutz beherrscht war.

Palästina: Reisen für Fortgeschrittene

Im Sommer 1867 startet Twain von New York aus mit der „Gesellschaftsreise nach dem Heiligen Land, Ägypten, der Krim, Griechenland und weiteren auf dem Wege liegenden interessanten Zielen“. Nach verschiedenen Stationen im Mittelmeerraum reist die Gruppe über Syrien und den Libanon nach Palästina. Schon im Vorfeld warnen andere Reisende sie über die Bedingungen im Land: „Wir wussten sehr gut, dass Palästina ein Land ist, das keinen großen Reiseverkehr besitzt, und jeder, dem wir begegneten und der etwas darüber wusste, gab uns zu verstehen, dass nicht einmal die Hälfte unserer Gesellschaft imstande sein würde, Dragomane und Beförderungsmittel zu bekommen.“ Dennoch ist die Vorfreude bei der Reisegruppe groß – das Heilige Land soll einer der Höhepunkte der Reise sein.

Dort angekommen, stellt sich bei Twain eine erste Ernüchterung ein. Der Autor, an die Weiten Nordamerikas gewöhnt, hatte sich Palästina größer vorgestellt: „Das Wort Palästina gab meinem Sinn immer die verschwommene Vorstellung eines Landes ein, das so groß wie die Vereinigten Staaten wäre. [...] Ich nehme an, das kam daher, dass ich nicht imstande war, mir vorzustellen, ein kleines Land könnte eine so große Geschichte haben.“ Später mo-

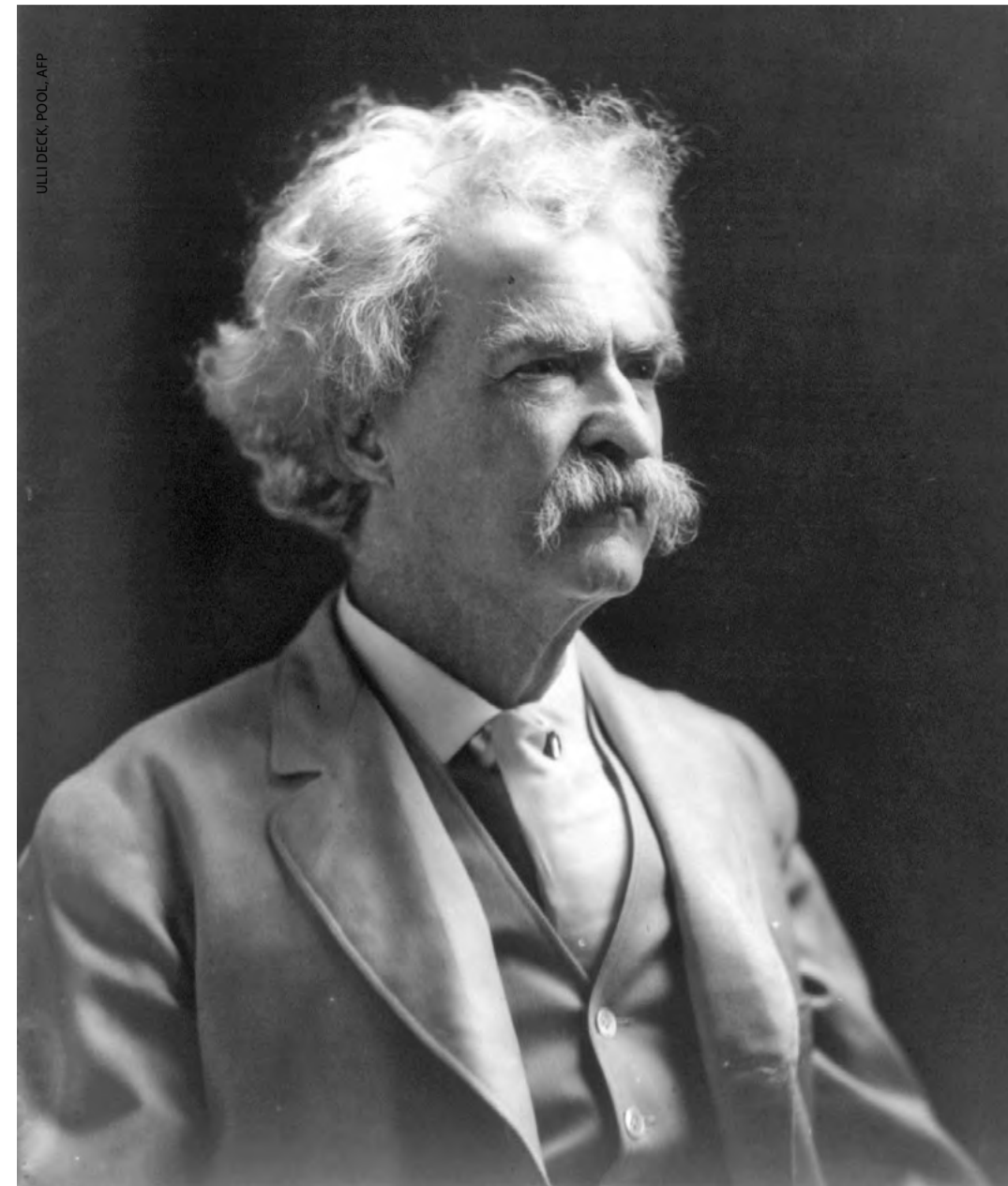


Altstadt in Jerusalem, um 1920

nierte er mit ironischem Unterton, dass alle wichtigen Orte so nah beieinander lägen – es sei erschöpfend, alle paar Meilen hundert Seiten Geschichte nachlesen zu müssen.

Hitze und Ödnis

Auch die Hitze macht den Reisenden zu schaffen. Insbesondere, da die karge Land-



Mark Twain

schaft kaum Schatten und Wasser bietet. In seinem mit Witz und Ironie gespickten Bericht verweist Twain immer wieder darauf, wie trocken und öde das Land sei. So auch bei Kapernaum (Kafarnaum) im Norden Israels: „Kapernaum liegt dicht am Rande des kleinen Sees in einer klei-

anmutiges Bild betrachten, ohne dabei kaputtzugehen.“ Nur bei Sternenlicht, wenn die Nacht alle Ungereimtheiten verberge,

Auch in Jerusalem muss er seine Erwartungen, was die Größe der Stadt betrifft, wieder einmal an die Realität anpassen. Er

„Elend, Armut und Schmutz, diese Zeichen und Symbole, welche die Gegenwart moslemischer Herrschaft sicherer anzeigen als die Halbmondflagge selbst, sind im Überfluss vorhanden.“

bilde Galiläa einen angemessenen Schauplatz für große Ereignisse.

„Schmutzig, ungemütlich und voller Unrat“

Nicht nur seine Beschreibungen der Landschaft lassen jede romantische Erklärung vermissen. Offen berichtet Twain auch von negativen Eindrücken von Städten und Dörfern, beispielsweise von Magdala. Es sei kein schöner Ort, schreibt er. „Er ist durch und durch syrisch, und das heißt, dass es ganz und gar hässlich und eng, schmutzig, ungemütlich und voller Unrat ist.“ Ähnlich negativ äußert er sich über Tiberias. Es gebe dort besonders hässliche Juden, Araber und Neger, so Twain, und Schmutz und Armut seien der Stolz von Tiberias.

Insgesamt findet Twain sein romantisches Bild vom Orient auf der Reise nicht bestätigt. Auf den Stahlstichen, die er gesehen habe, sehe der Orient ganz anders, viel idyllischer aus – mit weniger Schmutz, Einöde und Flöhen: „Orientali-

sche Szenen sehen am besten auf Stahlstichen aus. Mich kann man nicht mehr mit dem Bild betrügen, auf dem die Königin von Saba Salomo besucht. Ich werde mir sagen: ‚Ihr seht gut aus, Madam, aber Eure Füße sind nicht sauber, und Ihr riecht wie ein Kamel.‘“

Möchte in Jerusalem nicht wohnen

In seinen unterhaltsamen Reisebericht lässt Twain auch Beschreibungen anderer Autoren einfließen und stellt deren Berichte seinen eigenen Eindrücken gegenüber. Immer wieder liefert er den Lesern auch die zu den besuchten Orten passende Bibelzitate auf informative Art und erklärt, warum ein Ort besonders wichtig ist. Teilweise bindet er die biblische Geschichte allerdings auch mit Augenzwinkern ein, und liefert gleich eine Beschreibung mit: „Das alte Jericho ist als Ruine nicht sehr malerisch. Als Josua es vor etwa dreitausend Jahren siebenmal umschritt und es mit seiner Posaune niederblies, verrichtete er seine Arbeit so gut und so gründlich, dass er kaum etwas von der Stadt übrigließ, das auch nur einen Schatten werfen könnte.“

Gipfel von allen Ländern mit öder Landschaft

Auch in Jerusalem muss er seine Erwartungen, was die Größe der Stadt betrifft, wieder einmal an die Realität anpassen. Er

hatte sich Jerusalem deutlich größer vorgestellt. In den engen Straßen begegnen den Reisenden, schreibt er, Schmutz und viele Bettler: „Elend, Armut und Schmutz, diese Zeichen und Symbole, welche die Gegenwart moslemischer Herrschaft sicherer anzeigen als die Halbmondflagge selbst, sind im Überfluss vorhanden.“ Er schließt den Absatz mit: „Jerusalem ist traurig und trostlos und ohne Leben. Ich möchte hier nicht wohnen.“

Twains Fazit zu Palästina fällt folglich insgesamt negativ aus. Er gesteht zwar, dass es womöglich nicht die beste Jahreszeit war, das Land zu besuchen. Am Ende des Palästina-Kapitels resümiert er dennoch: „Von allen Ländern mit öder Landschaft muss Palästina, glaube ich, der Gipfel sein. [...]“

Palästina ist verlassen und hässlich. Und warum sollte es anders sein? Kann der Fluch der Gottheit ein Land verschönern? Palästina gehört nicht mehr dieser Alltagswelt an. Es ist der Poesie und der Überlieferung geheiligt – es ist ein Traumland.“

Die absurde Rechtfertigung islamischen Terrors mit den Kreuzzügen

732 greifen Moslems Westeuropa an, erst 1095 begann der erste Kreuzzug

Von Gerd Buermann

Jedes Mal, wenn wir im Westen mit der Brutalität des „Islamischen Staats“ konfrontiert werden, mit den Massenexekutionen, den Enthauptungen, durchgeführt mit Schlachtermessern, den öffentlichen Verbrennungen von lebenden Menschen, dem Werfen von Homosexuellen von Hochhausdächern, dem Steinigen auf offener Straße und all den anderen barbarischen Akten, festgehalten auf den technischen Geräten des Westens und in die Welt getragen durch die Infrastruktur des Westens, findet sich irgendjemand, der sagt: „Die Christen waren auch nicht viel besser. Denk nur einmal an die Kreuzzüge!“

Gut, dann denke ich mal an die Kreuzzüge!

Den Kreuzzügen ging eine brutale islamische Expansion voraus. Sie begann im 7. Jahrhundert. Dabei wurden viele Gebiete militärisch erobert und die dort lebenden Menschen dem Islam unterworfen. Es kam zu der Besiedlung christlicher Gebiete durch arabisch-muslimische Eroberer im Nahen Osten, in Nordafrika und in Italien. Die Insel Sardinien wurde erobert und bei dem Einfall in Rom im Jahr 846 unter anderem die Basilika St. Peter zerstört. Spanien und Portugal wurden von dem frühen „Islamischen Staat“ komplett unterworfen. Unter der Regierungszeit des Kalifen al-Hakim kam es im Jahr 1009 zur Zerstörung der Grabeskirche Christi, eines der größten Heiligtümer des Christentums.

Der erste Kreuzzug fand statt, weil der byzantinische Kaiser Alexios I. Komnenos um militärische Unterstützung gegen die islamische Expansion bat. Am 27. November 1095 rief Papst Urban II. schließlich die Christen auf der Synode von Clermont zum Kreuzzug in das sogenannte „Heilige Land“ auf.

(Anm. d. Red.: Bereits der Erste Kreuzzug ging mit schweren jüdenfeindlichen Mordaktionen u.a. im Rheinland einher.)

Kommt uns das bekannt vor? Menschen, die um Hilfe bitten, weil der „Islamische Staat“ mit grenzenloser Barbarei wütet und ganze Völker unterwirft?

Urban II. forderte auf, die im Nahen Osten ansässigen Muslime zu vertreiben und in Jerusalem die heiligen Stätten der Christen wieder in Besitz zu nehmen. Damals stand dem „Islamischen Staat“ nämlich nicht der Westen mit seinen aufgeklärten Demokratien gegenüber, sondern das Christentum mit absoluten Monarchen. Viele Christen waren damals mindestens so fanatisch und fundamentalistisch wie viele Muslime damals und heute!

Nach der Einnahme Jerusalems durch die christlichen Kreuzritter im Jahre



1099 wurden die Gefallenen als Märtyrer gefeiert. Der Kreuzzug wurde von der christlichen Kirche religiös derart überhöht, dass er bald als ehrenvoller „Bußgang“ galt, der angeblich direkt von Gott durch das Wort des Papstes verkündet wurde. Die Teilnehmer am Kreuzzug legten sogar ein rechtsverbindliches Gelübde ab, ähnlich wie bei einer Pilgerfahrt. Die Kreuzfahrer waren im festen Glauben, im „Heiligen Krieg“ für Kirche und Gott einen ehrenvollen Tod zu sterben. Viele Christen damals waren Gotteskrieger, so wie viele Muslime damals und heute.

„ Die Islamisten von heute unterscheiden sich in nichts von den Islamisten damals! Das Abendland hat sich jedoch geändert. “

In den Kreuzzügen standen Fundamentalisten Fundamentalisten gegenüber. Es war eine brutale, eine chaotische Zeit, in der alle Prinzipien der Vernunft über Bord geworfen wurden. Am deutlichsten wird das Chaos dieser Zeit im dem Stück „Almanson“ von Heinrich Heine beschrieben.

Das Stück spielt einige Jahrhunderte nach den ersten Kreuzzügen im 15. Jahrhundert. Es ist die Zeit, in der die Herrschaft des frühen „Islamischen Staates“ in Spanien und Portugal durch christliche Ritter unter dem inquisitorischen

Kardinal Mateo Ximenes de Cisneros beendet wurde. Das Stück beschreibt eindringlich die Grausamkeiten dieses Religionskriegs auf beiden Seiten und zeigt, welche irrationalen Blüten innerhalb dieses Krieges trieben.

Die bekannteste Stelle in dem Stück ist ein Dialog zwischen zwei Muslimen, der sich entspinnt, nachdem in einem Akt der Provokation eine öffentliche Verbrennung des Korans stattgefunden hat:

Almanson: Wir hörten, dass der furchtbare Ximenes, inmitten auf dem Markte, zu Granada – Mir starrt die Zung im Munde – den Koran in eines Scheiterhau-

in seinen „Ohren süß wie Wollust.“

Kommt uns das bekannt vor? Islamisten, die außer sich geraten, wenn ihre Religion beleidigt wird, aber es vollkommen akzeptabel finden, im Namen der Religion zu morden? Die Islamisten von heute unterscheiden sich in nichts von den Islamisten damals! Das Abendland hat sich jedoch geändert. Im Abendland herrschen nicht mehr absolute, christliche Monarchen, sondern demokratisch gewählte Regierungen, die sich der Aufklärung verpflichtet haben. Dem Kalifat steht heute kein christliches Reich mehr gegenüber, sondern der Westen, ein aufgeklärter und demokratischer Komplex.

Die Frage ist somit: Wie wird sich der Westen verhalten?

Natürlich kann der Westen nicht wie die christlichen Reiche im Mittelalter mit ebenbürtiger fanatischer Kraft gegen den Islam zu Felde ziehen, das verbietet schon allein die kritische Vernunft der Aufklärung, aber es muss eine Strategie geben, um dem weltumfassenden Herrschaftswillen des „Islamischen Staates“ etwas entgegenzusetzen.

Die Zeiten haben sich geändert, für das Christentum mehr als für den Islam!

Noch heute darf Mekka, einer der heiligsten Orte des Islams, nur von Muslimen betreten werden. In Mekka, wie in ganz Saudi-Arabien, wird die Abkehr vom Islam mit dem Tod bestraft. Homosexualität und Blasphemie wird ebenfalls mit dem Tod bestraft. Wer Ehebruch begeht wird gesteinigt. Wer Sex vor der Ehe hat, wird ausgepeitscht. Dieben wird die Hand abgehackt, Räubern Hand und Fuß. All diese Strafen gehören zum Repertoire des „Islamischen Staates“. Man stelle sich nur mal vor, im Vatikan, dem katholischen Pendant von Mekka, würde all das passieren!

Das Christentum von damals ist Geschichte. Der Islam von damals ist jedoch immer noch unter uns.

Wir befinden uns in einem Kreuzzug, jedoch führt der Islam heute diesen Kreuzzug. Der Westen tut gut daran, schleunigst eine Strategie zu entwickeln, wie er mit dieser Bedrohung umzugehen gedenkt.

DIE ÄLTEREN AUSGABEN DER „JÜDISCHEN RUNDSCHAU“ SIND IN DER REDAKTION ERHÄLTlich.

Wenn Sie eine oder mehrere Ausgaben brauchen, teilen Sie uns bitte auf dem Postweg (J. B. O., Postfach 12 08 41, 10598 Berlin) mit, welche genau, an welche Adresse sie geschickt werden sollte und legen Sie bitte als Bezahlung Briefmarken zu je 70 Cent bei:

- Für eine Ausgabe – 3 Briefmarken;
- Jede weitere Ausgabe – eine zusätzliche Briefmarke.

Ganz normal: Leben mit dem Schajtel

Warum ich die jüdische Frauen-Perücke trage



MENACHEM KAHANA, AFP

von Miriam Magall

Besonders religiöse Frauen tragen häufig Schajtel.

Den meisten, auch Nichtjuden, ist das Bild des frommen Juden mit einer Kopfbedeckung wohlbekannt. Zu Hause und in Israel, auch auf der Straße trägt er eine Kippa, ein rundes Käppchen, auf Jiddisch auch Jarmulke genannt. Anhand des Materials, aus dem diese Kippa hergestellt wurde, kann man ihren Träger zuordnen.

Ist sie aus schwarzem Samt, handelt es sich um einen frommen, traditionellen Juden. Ist sie dagegen gehäkelt, haben wir es mit der sogenannten kippá srugá, auf Deutsch „gehäkelte Kippa“ zu tun. Sie begegnet vor allem in Israel und drückt die politische Zugehörigkeit ihres Trägers aus: national-religiös. Oft leisten Männer, die solch eine Kippa tragen, ihren Militärdienst wie jeder normale Israeli, viele der in Deutschland und Europa eher verpönten „Siedler“ tragen ebenfalls eine kippa sruga. Traditionellere Juden tragen über ihrer Kippa, wenn sie aus dem Haus gehen, noch einen schwarzen Hut, und die ganz Frommen am Schabbath und an jüdischen Feiertagen ihren Schtrejmel, ihren Pelzhut. Nur wenn ein frommer Jude in die Badewanne steigt oder ins Bett geht, legt der Jude seine Kippa ab.

Historisch betrachtet hat sich die Kopfbedeckung für Männer recht spät und eher zögerlich durchgesetzt. In dem im 8. Jahrhundert fertiggestellten Werk „Sofrim“ wird eingehend die Frage diskutiert, ob das Schma Jisrael, das „Höre, Israel!“, das Glaubensbe-

kenntnis eines Juden, mit unbedecktem Haupt gesagt werden darf. Denn allgemein wird für die Kopfbedeckung als Grund angeführt, dass es verboten sei, den G-ttesnamen barhäuptig auszusprechen, ebenso wenig sollte man keine 4 Ellen barhäuptig gehen, aus Ehrfurcht vor G-tt. In Frankreich wird bis zum 13. Jahrhundert die Thora mit unbedecktem Haupt vorgelesen; selbst im 16. Jahrhundert studieren einige namhafte Gelehrte noch ohne Kopfbedeckung. Aber allmählich setzt sich der Brauch durch, den Kopf nicht nur bei Gebet, Studium oder Mahlzeiten – wenn mit den begleitenden Segenssprüchen der G-ttesname ausgesprochen wird – sondern praktisch ständig im Alltag zu bedecken.

„Wie steht es mit den Frauen?“ wird man nun fragen. Eine Kopfbedeckung für Frauen ist bereits seit der Antike

er und verhüllte sich.“ Später klingt es mahrend in Jeremia (2,32): „Vergisst denn ... eine Braut ihren Schleier?“ Im Mittelalter setzt sich in Aschkenas, das ist „Deutschland“, der Brauch durch, nach der Hochzeit das Haar abzuschneiden und den Kopf mit einer Haube, Kupka, zu bedecken. Seit dem 19. Jahrhundert wird darüber in Osteuropa das auf Jiddisch so genannte Tichel getragen. An die Stelle dieses Tichels tritt später, wiederum vor allem in Osteuropa, der Schajtel, eben die Perücke. Da eine Perücke meistens jedoch kaum von natürlichem Haar zu unterscheiden ist, ist das Tragen eines solchen „Schajtels“ umstritten.

In Deutschland begegnet man Jüdinnen mit einem Schajtel hauptsächlich in Gestalt einer Rebbetzin, also der Frau eines orthodoxen Rabbiners, sowie den Frauen der, ebenfalls ortho-

dox im Jahr 1988 gibt es diese Bewegung auch in Deutschland in mittlerweile insgesamt 16 Standorten mit eigenen Synagogen und Gemeindezentren, oft auch mit Kindergärten, Schulen und Jeshiwot (=Talmud-Thora-Schulen), die auch nicht-orthodoxen Juden weit ihre Tore öffnen, nicht zuletzt dank ihrer stets im orthodoxen Sinn korrekt gekleideten Rebbetzin mit langen Röcken und einem Schajtel.

Irgendwann in meinem Leben habe ich beschlossen, es diesen bemerkenswerten Frauen nachzumachen. Seither trage ich außerhalb des Hauses, meistens, einen langen Rock und ebenfalls einen Schajtel. Die meisten, denen ich draußen begegne, werden das nicht einmal bemerken. Ich persönlich befolge diesen Brauch, um außerhalb des Hauses keine 4 Ellen mit unbedecktem Haupt zu gehen. Denn vor G-tt, dem König, geht man nicht bloßen Hauptes.

Praktisch betrachtet hat ein Schajtel den Vorteil, dass man stets eine gepflegte Frisur hat, ohne dass man ständig beim Friseur nachhelfen muss. Und ein Schajtel hat noch einen weiteren Vorteil: Den meisten Menschen, denen ich begegne, fällt es nicht einmal auf, dass ich mein Haar mit einer Perücke bedecke – im Gegensatz zu einer Muslima, die das gleiche mit einem Kopftuch macht, mit der Folge, dass sie damit häufig unliebsam aneckt. Vielleicht wäre auch für sie ein Schajtel empfehlenswert? Man bilde sich seine Meinung.

„ Bis vor wenigen Jahrhunderten war die jüdische Kopfbedeckung nicht alltäglich.“

üblich. Als Erste, so lesen wir in Genesis 24,66, ist es Rebekka, die Abrahams Knecht aus Haran nach Kanaan folgt, um die Frau seines Sohnes Jitzchak/Isaak zu werden, und sich verhüllt, als sie ihren zukünftigen Mann erblickt, der ihr auf dem Feld entgegenkommt: „Da nahm sie [Rebekka] den Schleier

und verhüllte sich.“ Später klingt es mahrend in Jeremia (2,32): „Vergisst denn ... eine Braut ihren Schleier?“ Im Mittelalter setzt sich in Aschkenas, das ist „Deutschland“, der Brauch durch, nach der Hochzeit das Haar abzuschneiden und den Kopf mit einer Haube, Kupka, zu bedecken. Seit dem 19. Jahrhundert wird darüber in Osteuropa das auf Jiddisch so genannte Tichel getragen. An die Stelle dieses Tichels tritt später, wiederum vor allem in Osteuropa, der Schajtel, eben die Perücke. Da eine Perücke meistens jedoch kaum von natürlichem Haar zu unterscheiden ist, ist das Tragen eines solchen „Schajtels“ umstritten.

BtJ – ein Verein für die Zukunft

Der Bund traditioneller Juden im Porträt

Von Rabbiner Elischa Portnoy

Der regionale Schabbaton für Bayern, der vom Bund der traditionellen Juden in Deutschland (BtJ) veranstaltet wurde, fand im Januar im Würzburger Gemeindehaus „Schalom Europa“ statt.

Und auch diese Veranstaltung des BtJ war ein absoluter Erfolg. Alles hat gepasst: interessante Gastredner, spannende Vorträge, sehr gute Organisation und nicht zuletzt – sehr leckeres Essen, das keine Wünsche offen ließ. Am Rande des Schabbaton wurden kleine Festbroschüren verteilt: „5 Jahre BtJ – Jüdische Vision für Deutschland“, die auf eine Erfolgsstory blicken ließ.

Was ist der „BtJ“?

Der Bund traditioneller Juden in Deutschland e. V. wurde ins Leben gerufen, um Gemeinden, die das authentische, traditionelle Judentum in Deutschland vertreten, eine Stimme zu geben und sie in ihrer Arbeit zu stärken und in allen Belangen zu unterstützen. Der BtJ wurde von Vorstandsmitgliedern jüdischer Gemeinden, Rabbinern, sowie Mitgliedern des Young Leadership Circles Anfang 2012 gegründet.

Auch wenn der Bund der traditionellen Juden erst fünf Jahre alt ist, so ist seine Entwicklung beachtlich: zurzeit gehören dem BtJ 26 jüdische Gemeinden in Deutschland mit mehr als 30.000 Mitgliedern an!

Die Gründer dieses Vereins unter dem Vorsitz von Herrn Michael Grünberg (Vorsitzender der Jüdischen Gemeinde Osnabrück) haben gut verstanden, dass die Gemeinden in Deutschland nur dann eine Zukunft haben, wenn unsere Tradition, die auf der Thora und jüdischen Werten basiert, weitergegeben und gelebt wird.

Ein weiteres wichtiges Anliegen der BtJ ist es unsere Jugend für unsere Tradition zu begeistern und in die Gemeinden zu bringen. Auch das ist eine wichtige Voraussetzung, um jüdischen Gemeinden in diesem Lande die Hoffnung auf einen Fortbestand zu geben. Um diese Ziele zu erreichen, werden vom Verein mehrere Projekte entwickelt.

Regionale Schabbatonim mit Anziehungskraft

Das bekannteste Projekt der BtJ sind zweifelsohne die regionalen und überregionalen Schabbatonim. Wie die Idee von den regionalen Schabbatonim funktioniert, lässt sich sehr gut am Beispiel des schon erwähnten Schabbaton in Würzburg zeigen: die Veranstaltung wird in einer Gemeinde eines Landesverbandes organisiert. Auch die Teilnehmer (meistens Studenten, vorwiegend aus dem gleichen Bundesland) kennen sich bereits gut aus vielen Machanot der ZWST und anderen Organisationen. In diesem Fall waren es Teilnehmer vor allem aus Würzburg, München, Nürnberg und anderen bayerischen Gemeinden.

Es werden spannende Themen fürs Wochenende ausgewählt, die die jungen Menschen ansprechen, und interessante Redner eingeladen. Das Thema in Würzburg lautete „Zwischenmenschliche Beziehungen in Judentum, Film und Psychologie“. Auch die Redner waren buchstäblich speziell: Frau Lisa Aiken, bekannte Psychologin und Beziehungsberaterin aus den USA und der bekannte israelische Drehbuchautor und Schauspieler Emmanuel Cohn.



Diskussionsthemen wie „Secrets to Effective Communication“, oder auch „Sexualität und Romantik im religiösen israelischen Kino“ haben selbstverständlich für großen Andrang und spannende Diskussionen gesorgt.

Außer heimische Schabbat-Atmosphäre und spannenden Kursen gibt es auch ein spannendes Abendprogramm. Diesmal ging es nach Schabbat-Ausgang zum 3D-Minigolf, wo die Teilnehmer sehr viel Spaß hatten. Es gab so viele kleine Höhepunkte bei diesem Schabbaton, dass er nach Ansicht von fast allen Teilnehmern in Zukunft nur schwer zu toppen sein wird.

Angebot auch für die Familien

Der BtJ hat außerdem ein Problem erkannt, das nicht sehr auffällig, jedoch ziemlich bemerkenswert ist: es wird

baton“ in Dresden ist berühmt wie beliebt. Dort können sich junge Familien treffen, sich austauschen und einfach einen spannenden und interessanten Schabbat genießen. Für viele traditionelle Familien sind solche Schabbatonim eine schöne Abwechslung und eine echte Bereicherung.

Schidduchim werden nicht nur im Himmel gemacht: Die Single-Börse des BtJ

Wie schon erwähnt, ist es wichtig, dass neue jüdische Familien entstehen, die nach traditionellen jüdischen Werten leben und diese Werte auch ihren Kindern weitergeben.

Deshalb wurde eine „Filiale“ des BtJ, „BtJMatch“, ins Leben gerufen. Diese Organisation hat zwei Hauptbereiche in ihrer Tätigkeit: Schidduchim für jü-

Rabbiner Dray, das Passende zu finden. Die Datenbank umfasst schon mehr als 300 Personen und wird nach jeder Veranstaltung des BtJ immer größer.

Jüdische Bücher auf Deutsch

Jüdische Bücher in deutscher Sprache sind ein weiteres wichtiges Anliegen des BtJ. Gerade in letzter Zeit sind viele Bücher, sowohl für Erwachsene als auch für Kinder, die der jüdischen Tradition gewidmet sind, nur in russischer, englischer oder hebräischer Sprache erschienen.

In deutscher Sprache sind solche Bücher jedoch noch immer Mangelware. Und sogar die jüdischen Bücher, die im Zürcher Verlag „Morascha“ erscheinen, sind für jüdische Kinder in Deutschland oft nicht optimal geeignet.

Deshalb leistet auch in diesem Bereich der BtJ eine starke Hilfe: es wurden in letzter Zeit mit Hilfe des Vereins viele sehr wichtige Bücher in deutscher Sprache bzw. mit guter deutschen Übersetzung herausgegeben. Unter anderem „Siddur für Kinder“ (Teil 1 „Schacharit“ und Teil 2 „Birkon“) von Rabbiner und Rebbetzin Radbil (Osnabrück), die sehr gefragt sind und eine große Hilfe für die jüdischen Gemeinden darstellen.

Zusammenarbeit

Auch ein so starker und ideenreicher Verein wie BtJ kann natürlich nicht alleine das jüdische Leben in Deutschland aufrechterhalten und ihm die Zukunft sichern. Dafür braucht man starke Partner. Und mit solchen Partnern kooperiert der BtJ gern: Zentralrat der Juden, Morascha Germany, Jewish Experience, JCommunity, JAcademy und vielen anderen.

Man kann sich gut vorstellen, dass wenn in fünf Jahren eine neue Broschüre zum 10-jährigen Jubiläum des BtJ herausgegeben wird, es nicht mehr ein kleines Heft, sondern ein solider Almanach sein wird, der uns sicherlich wieder staunen lässt.

Der BtJ hat sogar eine Singlebörse gegründet.

sehr wenig für die junge traditionelle Familien gemacht. Es gibt viele Organisationen in Deutschland, die im „Kiruw Rechokim“ (Beibringen der jüdischen Tradition für die säkularen Juden) tätig sind. Jedoch konzentrieren fast alle ihre Bemühungen auf der Beschäftigung mit jungen Juden und Studenten.

Wenn aber junge Menschen, die sich von der jüdischen Tradition inspirieren lassen und nach dieser Tradition leben, heiraten, Kinder bekommen und zu „Young Professionals“ werden, dann verlieren diese Organisationen die Paare aus den Augen. Oft fehlen einfach die Mittel und das Personal, um ständigen Kontakt aufrechtzuerhalten oder gezielte Programme anzubieten.

Da leistet der BtJ mit seinen überregionalen Schabbatonim wichtige Hilfe. Besonders der jährliche „Grand Schab-

dische Singles und „Schidduchim“ für Lernpartner.

Im Talmud steht, dass Schidduchim, das Kennenlernen von Mann und Frau, um eine Familie zu gründen, für G'tt genauso schwer ist wie die Spaltung des Roten Meeres beim Auszug der Juden aus Ägypten. Um G'tt bei dieser wichtigen Aufgabe zu helfen wurde eine Datenbank der jüdischen Singles in Deutschland erstellt. Da diese Aufgabe sehr anspruchsvoll ist, wurden sogar die Schachchanit aus Israel und Antwerpen involviert!

Außerdem hilft BtJMatch auch Personen, die den „Schidduch“ einer anderen Art brauchen, und zwar einen Lernpartner. Ob per Telefon oder via Skype, ob auf Deutsch oder in einer anderen Sprache, ob nur jüdische Ethik oder komplizierte Themen der Halacha – für jeden versucht der Leiter des BtJMatch,

Zeugen vor Gericht und ein Kind zeugen

Wie Bräuche aus Abrahams Zeiten noch heute unsere Sprache prägen

Haben Sie sich eigentlich schon einmal gefragt, warum Begriffe wie „Zeugen (vor Gericht)“ oder „(ein Kind) zeugen“ so ähnlich sind, obwohl sie inhaltlich nichts miteinander zu tun haben? Oder auch die englischen Begriffe „testicle“ (Hoden) und „testify“ (bezeugen)?

Des Rätsels Lösung findet man wie so oft in den alten Schriften:

Abraham verlangt im Alten Testament von seinem ältesten Knecht, dass er für seinen Sohn Isaak eine

Braut aus seiner alten Heimat besorgt, denn der Sohne- mann sollte keine aus Kanaan heiraten. Das verspricht der Knecht, er schwört es sogar. Doch worauflegte man damals seine Hand zum Schwur?

Wir lesen im 1. Buch Mose, Kapitel 24, ab Vers 2: „Eines Tages sagte er (Abraham) zu seinem ältesten Knecht, der seinen ganzen Besitz verwaltete: ‚Leg deine Hand zwischen meine Beine und schwöre mir!‘“

In anderen Übersetzungen ist vom Griff „unter die Hüfte“ die Rede. Eine sehr poetische Umschreibung der damaligen Schwurpraxis: Damals berührte man sein Gegenüber an den Geschlechtsteilen, um einen Eid abzulegen. Das männliche Zeugungsglied als „Quelle des Lebens“ war heilig.

Und aus dieser für heutige Ohren ungewöhnlichen Praxis erklärt sich der ähnliche Wortstamm vermeintlich nichts gemeinsam habender Begriffe.



JUDISCHE RUNDSCHAU

Unabhängige Monatszeitung

Herausgeber: J. B. O. Jewish Berlin Online GmbH

Verlag: J. B. O. Jewish Berlin Online GmbH, Dahlmannstr. 23, 10629 Berlin

Für die Postsendungen: Postfach 12 08 41, 10598 Berlin

Tel.: (030) 54 71 02 50 Fax: (030) 23 32 88 60

E-Mail: redaktion@juedische-rundschau.de • www.juedische-rundschau.de

Redaktion: Simon Akstinat (V.i.S.d.P.) • Administration: Michail Goldberg • Layout: Maria Pokrovski

Kontaktmöglichkeiten

• per Post: J. B. O. GmbH, Postfach 120841, 10598 Berlin • per Mail: redaktion@juedische-rundschau.de

• per Telefon: (030) 54 71 02 50 • per Fax (auch Anrufbeantworter): (030) 23 32 88 60

• per Website: www.juedische-rundschau.de

Werbeabteilung: Tel.: (030) 54 71 02 51

E-Mail: werbung@juedische-rundschau.de

Druck: Pressedruck Potsdam GmbH, Friedrich-Engels-Str. 24, 14473 Potsdam

Die Zeitung erscheint monatlich. Abonnementpreis: frei Haus jährlich 39€, ermäßigt 32€ einschließlich 7% MwSt.

Alle in dieser Zeitung veröffentlichten Beiträge unterliegen dem Urheberrecht. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wider. Der Verlag haftet nicht für die Richtigkeit der mitgeteilten Angaben und für die Werbung. Für unaufgeforderte Manuskripte oder Fotos wird keine Haftung übernommen. Nachdruck nur mit ausdrücklicher Genehmigung der Redaktion. Für fernmündlich und handschriftlich erteilte Anzeigenaufträge übernimmt der Verlag keine Haftung.

© Copyright AFP Agence France-Presse GmbH – Das mit dem Kürzel «AFP» gekennzeichnete Bildmaterial dieser Seiten ist urheberrechtlich geschützt und ausschließlich für die persönliche Information bestimmt. Jede weitergehende Verwendung, insbesondere die Speicherung in Datenbanken, Veröffentlichung, Vervielfältigung und jede Form der gewerblichen Nutzung sowie die Weitergabe an Dritte – auch in Teilen oder in überarbeiteter Form – ohne explizite Zustimmung der AFP GmbH ist untersagt.

Es gelten AGB vom 01.05.2014 und Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 01.09.2014

Unsere Kontaktadressen



J. B. O., Postfach 12 08 41,
10598 Berlin



(030) 54 71 02 51
(Mo.-Mi. von 10.00 bis 16.00)



redaktion@juedische-rundschau.de



(030) 23 32 88 60 (auch Anrufbeantworter)



www.juedische-rundschau.de



www.facebook.com/jrundschau



@jrundschau



**COUPON
ABO-
BESTELLUNG**

Hiermit bestelle ich zum nächstmöglichen Termin die Monatszeitung «Jüdische Rundschau» im Abonnement zum Preis (in Deutschland) von

39 € für ein Jahr (Preis gilt für Deutschland, in anderen EU-Ländern und Schweiz - 58 €, in Israel zum Preis von 82 €)

49 € für ein Jahr in einem Umschlag (Preis gilt für Deutschland)

73 € für zwei Jahre (Preis gilt für Deutschland)

32 € für ein Jahr als Student (nur in Deutschland, mit Nachweis).

Name, Vorname _____

Strasse, Hausnummer _____

PLZ _____

Wohnort _____

Geburtsdatum _____

Telefon: _____

E-Mail: _____

Ich bin damit einverstanden, dass mein Abonnement sich um ein weiteres Jahr verlängert, wenn ich es nicht spätestens sechs Wochen von dem Ende schriftlich kündige. Mir ist bekannt, dass ich innerhalb von 14 Tagen meine Bestellung widerrufen kann.

Datum _____

Unterschrift **x** _____

Ich zahle gegen Rechnung:

Ich bin damit einverstanden, dass meine Daten für interne Verlagszwecke gespeichert und verarbeitet werden sowie dafür benutzt werden, um mich über die Neuigkeiten des Verlags zu informieren. Dieses Einverständnis kann jederzeit schriftlich widerrufen werden.

Jeder neuer Abonnent der Zeitung «Jüdische Rundschau» erhält einen Gutschein vom TuS-Reisebüro im Wert von 50 Euro, die bei Buchung einer Reise nach Israel verrechnet werden.

Füllen Sie bitte den Abo-Coupon aus, schneiden Sie ihn aus und schicken ihn uns per Post (J. B. O., Postfach 120841, 10598 Berlin), per Fax (030/23328860) oder als Scan

per E-Mail an: redaktion@juedische-rundschau.de. Sie können die Zeitung auch auf unserer Website www.juedische-rundschau.de abonnieren.